

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. Mai 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Des Hurra-Reichstags erste Session.

Die Reichstagsparten haben sich geschlossen — die erste Session des Bloch-Reichstags ist zu Ende.

Es ist eine kurze Session gewesen. Am 19. Februar begann sie. Und von den 12 1/2 Wochen, die sie dauerte, entfielen nur 9 1/2 auf Verhandlungstage. Daß in solcher Frist neben der Etatsberatung nicht allzuviel sonst erledigt werden konnte, muß der Blochpresse zugegeben werden. Wenn wir das Ergebnis der Tagung mager nennen, so nicht um der Quantität, sondern um der Qualität willen. So namentlich deshalb, weil der Reichstag von den Hoffnungen des linken Flügels der Majorität nichts erfüllt hat.

Es ist gekommen, wie es kommen mußte. Die Regierung hat die Dienste der Liberalen erhalten und die Gegenleistung ist ausgeblieben. Als treuer Knecht Fribolin hat der Freisinn auf Geheiß von oben verbrannt, was er einst anbetete, hat er direkte, nackte Verleugnungen seiner früheren Haltung vollführt. So vornehmlich in der Kolonialfrage, so bei der Bewilligung der Gelder für die Restaurierung der Hofkönigsburg, so bei der Erörterung der auswärtigen Politik und der Abrüstungsfrage, so bei der Entscheidung über die Redefreiheit der Abgeordneten. Das sind nur die markantesten, am meisten in die Augen fallenden Verrätereien, die der Freisinn an seiner Vergangenheit, an seinen angeblichen Grundsätzen verübt hat. Und der Lohn für all das? Versprechungen, Verheißungen! Nicht eine reale Gegenleistung für all diese Selbstentwürdigung ist ihm geworden! Wenn man nicht die Vorlage auf Einschränkung des Majestätsbeleidigungsparagraphen dafür nehmen will — den Entwurf eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie!

Es kommt mehr! Wartet auf die nächste Session, da mehr Zeit da sein wird! Trösten die Organe des Blochs, trösten sich der Freisinn selber. Gewiß, es werden noch einige Brocken von der zweifelhaften Art der Majestätsbeleidigungsparagraphen-Reform kommen. Aber sie werden nimmer den Anbruch einer gemäßigten, liberalen Ära bedeuten, nimmer die Durchziehung des konservativen Systems mit liberalem Sauerzeug. Geopfert werden dem Freisinn ein paar längst überlebte, wertlos gewordene Neugierigkeiten vom Bau der Reaktion — in seinen wesentlichen Teilen bleibt er unerschüttert erhalten. Das wird schon jetzt in der „Post“ dem Freisinn zu verstehen gegeben. Er hat weiter zu arbeiten treu und unbedorfen zur höheren Ehre der Junkerkaste — er soll sich aber nicht einfallen lassen, aus der großen Staatschiffel den gleichen Anteil zu verlangen, wie die Herren Preußens und des Reiches. Die „Post“ sagt, daß der Bloch bei der Frage des Abschusses der Reichsfinanzreform auf die schwerste Probe gestellt werde. Gnädigst wird zugegeben, daß dem Freisinn etwas Entgegenkommen gezeigt werden möge, sowohl bei der Finanzreform selber, als auch beim Börsengesetz und beim Reichsvereinsgesetz. Aber natürlich dürfte auch dem äußersten rechten Flügel des Blochs das Entgegenkommen nicht zu schwer gemacht werden. Deshalb sollen bei der Branntweinsteuergesetzgebung — die den Freisinnigen bisher stets als das kraffteste Beispiel der Liebesgabenpolitik in der Agitation gedient hat — die landwirtschaftlichen Interessen voll gewahrt werden, deshalb soll bei der Bankpolitik den Wünschen der Rechten entgegengekommen werden. Der Freisinn soll also um den Preis einiger halbmoderner Gesetze formalpolitischen Charakters sich zur agrarischen Politik bekehren. Vielleicht bringt er auch das mit der Zeit noch fertig.

So mager das Ergebnis der Session ist, wenn man prüft, was für das Volk, was vor allen Dingen für die Arbeiterklasse dabei herausgekommen ist, so wohlgerundet ist es an Beschlüssen, die neue Volksbelastungen bedeuten. Munter marschiert Deutschland in die fünfte Milliarde seiner Schulden hinein — nicht weniger als 254 Millionen Anleihen wurden bewilligt. Ein Staatssekretariat für die Kolonien, ein Oberkommando für die Kolonialtruppen, der Grundstock einer Kolonialarmee sind von diesem Hurra-Reichstag geschaffen worden — in einer Zeit der wachsenden Finanznot, an der Schwelle der Krise sind neue Schröpfköpfe dem Reichskädel, dem Volke angelegt worden. Als der „glorreiche Sieg“ der Blochparteien unter dem Schmutzlappen des Reichslügenverbandes gewonnen war, da hat die Sozialdemokratie vorausgesehen, daß der deutsche Michel seine Abstimmung teuer werde bezahlen müssen. Die erste Session des neuen Reichstags hat das ihrige getan, damit diese Prophezeiung in Erfüllung geht. Sie hat uns beschert neue dauernde, ständig wachsende Ausgaben, neue Anleihen, vermehrtes Bedürfnis nach neuen Steuern und die Abwirtschaffung des linksliberalismus. Für eine so kurze Session vollauf genug.

Es gibt noch milde Richter:

Vor der Strafkammer in Bonn am Rhein standen dieser Tage neun Mitglieder der Zentrumsparlei, weil sie am 13. Januar 1907, zur Zeit der Reichstagswahlbewegung, in dem benachbarten Orte Friesheim mehrere sozialdemokratische

Flugblattverteiler in rohester Weise mißhandelt und gegen einen der Mißhandelten eine Freiheitsberaubung begangen hatten. Unsere Parteigenossen hatten die Flugblätter zur nämlichen Stunde verteilt, da in Friesheim eine Zentrumsversammlung stattfand. Das Gerücht von der Anwesenheit der Sozialdemokraten und der Verteilung der Flugblätter verbreitete sich in der Versammlung; eine große Zahl von Zentrumsleuten eilte hinaus, nahm den Sozialdemokraten die Flugblätter ab und mißhandelte die Leute aufs schwerkste. Einer der frommen Banditen packte einen der Flugblattverteiler, einen Kleinen, wenig kräftigen Stellmachersgesellen, serrte ihn in das Versammlungslokal und stellte ihn dort mit den Worten vor: „Hier ist der rote Hund!“

Ein anderer Parteigenosse war ebenfalls mißhandelt worden; jedoch hatte er sich in Sicherheit gebracht, nachdem ein Dorfbewohner ihn gerufen hatte, er möge umkehren, wenn ihm sein Leben lieb sei.

Vier der Angeklagten, darunter derjenige, der den Stellmacher mißhandelt hatte, gaben die Beschuldigten zu; die fünf anderen bestritten die Angaben der Anklage, obwohl sie früher zugegeben hatten, sich an den Gewalttaten beteiligt zu haben.

Die Mißhandelten erkannten keinen der Begehrten wieder. Der Stellmacher belundete: ein Ortsbewohner sei an ihn herangetreten und habe von ihm ein Flugblatt gefordert; als er den Wunsch erfüllt habe, hätten ihm mehrere sofort zu Boden geworfen und derart mißhandelt, daß er am ganzen Leibe blaue Striemen und am Kopfe Beulen gehabt habe. Dann habe ihn einer gepackt und in die Versammlung gestochen, wo man ihn etwa fünf Minuten festgehalten habe. In der Versammlung habe er vergeblich einen dort anwesenden Polizeibeamten um Hilfe gebeten. Auf dem Wege zum Bahnhof sei er mit seinem Kollegen wieder verfolgt worden und die Menge habe mit Steinen geworfen. Zum Glück sei sofort ein Zug gekommen, in dem sie sich hätten in Sicherheit bringen können.

Ein anderer Flugblattverteiler belundete, er habe noch kein Haus betreten, sondern nur nach einem im Orte wohnenden Parteigenossen gefragt gehabt, da habe jemand ein Blatt von ihm gefordert, und als er es hergegeben habe, sei ihm sofort der Hut vom Kopfe gehauen worden; dann habe man ihn mit Fäusten geschlagen und dabei immer wieder gerufen: „Läuff du noch nicht!“

Der Staatsanwalt beantragte in seiner Verteidigungs-Parabon: Anklage gegen die vier Gefändigen je — 30 M. Geldstrafe, gegen den weiteren 30 M. wegen Rädigung, nicht wegen Freiheitsberaubung. Das Gericht sprach die fünf nicht gefändigen Angeklagten frei, verurteilte drei zu je 100 M. und den vierten zu 150 M. Geldstrafe.

Und dürstet nicht nach Rache gegen den brutalen Zentrumsanhang, zumal da wir wissen, daß solche feigen Ueberfälle die unausbleiblichen Früchte der Zentrumsagitation sind, wie sie auf dem Lande von Heppfassen und ähnlichen Elementen geübt wird. Wie würde aber angesichts der maßlos brutalen Ausschreitungen gegenüber völlig wehrlosen und friedlichen Leuten die bürgerliche Presse über auffallend milde Beurteilung durch den Staatsanwalt und die Richter gemurmelt haben, wenn etwa umgekehrt Sozialdemokraten sich in der geschehenen Weise an politischen Gegnern vergriffen hätten, oder wenn es sich um Streikzersetzer gehandelt hätte, bei denen die Mißhandelten Arbeitswillige gewesen wären. Hunderte von Gerichts-urteilen liegen vor, in denen es in den hier angezogenen Beispielen unter ähnlichen Verhältnissen Monate, in einzelnen Fällen sogar Jahre an Gefängnisstrafen geregnet hat.

Die Revolte in Ludwigshafen.

Zu den von uns bereits gemeldeten Vorfällen in Ludwigshafen wird uns noch geschrieben:

In der Nacht des Himmelfahrtstages kam es vor der Leimsfabrik in Ludwigshafen zu großen Erschüssen, die, soweit sich die Sache heute überblicken läßt, ihr Ende erreicht haben, da der eigentliche Streit endlich beigelegt und am Montag die Arbeit in dem Betriebe wieder aufgenommen wurde. Die bürgerliche Presse beginnt nunmehr aus den hinlänglich bekannten unsauberen Gründen den Fall als eine terroristische Handlung gegen die Partei und Gewerkschaftsbewegung auszusprechen. Gerade letzteres veranlaßt uns, den Vorgang mit seinen begleitenden Umständen etwas näher zu besprechen.

Die Gemeinde Ludwigshafen hat sich innerhalb weniger Jahrzehnte zu einer großen Fabrikarbeiterstadt entwickelt. In der Hauptsache hat sich die chemische Industrie da niedergelassen, sie beschäftigt viele Tausende zum größten Teil ungelernter Fabrikarbeiter. In der Auswahl ihrer Arbeitskräfte sind diese Betriebe rücksichtslos international gesinnt. Sie verlangen nur gesunde, kräftige Knochen; am liebsten werden die vom Militär entlassenen Bauernjöhne bevorzugt. Sie sind gefällig, anspruchslos, patriotisch und nicht von dem modernen Gift der Unzufriedenheit angestänfelt. Das war seit Jahrzehnten der Brauch. An der Spitze dieser Industrie steht die badische Anilin- und Sodafabrik mit etwa 6000 Arbeitern. Eine besondere Sorgfalt legen die Leiter dieser Fabriken darauf, ihre Arbeiter fern von jeder Arbeiterbewegung zu halten. Sie hielten eine Anzahl Spigel, welche die politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen besuchten und getreulich Bericht erstatteten. Nach Hunderten zählten die armen Opfer, die, nachdem sie 20 Jahre in dem Betriebe beschäftigt gewesen, ihre Knochen und Gesundheit geopfert haben, aufs Pfahler gesetzt wurden. Das Koalitionsrecht existiert für sie nicht. In einem Teil der Industrie, wie z. B. der Ruderfabrik in

Frankenthal, die jährlich Millionen ihren paar Aktionären abwirft, liegen die Zustände heute noch so.

Diese Industrien erzielen einen fabelhaften Gewinn. So verteilt die erwähnte Anilin- und Sodafabrik seit Jahrzehnten Dividenden bis zu 30 Prozent. Die hohen Aufsichtsräte hamstern viele Tausende für ihre „großen Bemühungen“ ein. Sie prunken mit einer Reihe sogenannter Wohlthätigkeitsanstalten, die aber in keinem Verhältnis zu der physischen Verheerung stehen, die diese Art Industrie in der Arbeiterkaste anrichtet. Schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit sind die kräftigsten Menschen Ruinen. Die Armenkassen von Ludwigshafen und einer ganzen Anzahl von Landgemeinden der weiteren Umgebung bestreiten diese traurige Laftage.

Die Ära der Zollpolitik neben der industriellen Hochkonjunktur machten sich schon im Frühjahr des vorigen Jahres bemerkbar. Die Lebensmittel wie die Wohnungspreise gingen rapid in die Höhe. Der Unternehmergewinn wuchs ins Ungeheure, aber nichts regte sich, auch die Arbeiter nur zu einem geringen Teil an demselben partizipieren zu lassen. Da brach plötzlich unerwartet in der badischen Anilin- und Sodafabrik eine Lohnbewegung aus. Nur ein ganz geringer Teil der Arbeiter war organisiert. Es war vorauszuweisen, daß dieser Kampf für die Arbeiter ein schlechtes Ende nehmen würde. Mit dem Aufgebot aller Kraft gelang es damals den politischen und gewerkschaftlichen Leitungen, es in diesem ungleichen Lohnkampfe nicht zum äußersten kommen zu lassen. Die Direktion ließ sich zu einer Reihe von Zugeständnissen herbei und versprach eine allgemeine Besserung eintreten zu lassen. Es traten daraufhin tausende der Arbeiter in die gewerkschaftlichen Verbände ein. Es gelangten damit aber auch Elemente hinein, die das Wesen der Gewerkschafts-Organisation noch nicht verstehen und glaubten, nunmehr plötzlich ihre gewöhnlichen Wünsche befriedigen zu können. Die erzieherische Tätigkeit der politischen und Gewerkschaftsbewegung, so lebhaft und intensiv sie auch wirkte, wurde besonders durch eine anarchisierende Mauthausarbeit sehr erschwert. Daß bei einer zum weitaus größten Teile unorganisierten, in patriotischem Dusef befangenen, zum Teil sozialistenfeindlichen, unterdrückten, ausgebeuteten Arbeiterkaste der Anarchismus einen guten Nährboden hat, das mußte unsere Bewegung in der Vorderpfalz schon mehrfach recht unangenehm empfinden. Mehr denn irgendwo ist hier der Mühsal zu gewaltigen Ausprägungen gegeben. Man muß nur in den Feierabendstunden die in allen Farben schillernden, den Fabrikatoren entfliehenden, ausgemergelten Arbeiter sehen, dabei einen Blick auf die finanziellen Ergebnisse für die Aktionäre werfen und auch für den geistig Beschränktesten ist die Frage, wer die Anreizer zur Unzufriedenheit sind, gelöst.

Vor etwa sechs Wochen stellten in einer Anzahl Gemischer und Textilbetrieben die Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit ein — nur zum geringen Teil waren sie organisiert, es waren die am schlechtesten entlohnten, sie hatten trotz der Teuerung noch keinen Nickel Zulage erhalten. Wohl war unter den Ausständigen eine große Erbitterung, aber sie nahmen mit dem Zugeständnisse eines Teiles ihrer Forderungen unter Führung der Organisationsleitung die Arbeit auf und es war Frieden. Ein Unternehmer nur lehnte jede Verständigung ab, es war Dr. Zimmermann, der Besitzer der Leimsfabrik. Dieser Betrieb ist einer der gesundheitschädlichsten. Er war auch bei der ganzen Einwohnerschaft aufs gründlichste verhasst, weil er über die ganze Stadt einen ekelhaften, penetranten Gestank verbreitete. Der Unternehmer mußte von der Behörde, deren Maßnahmen, weil sie Geld kosteten, er verweigerte, durch jahrelangen Kampf erst gezwungen werden, die notwendigsten hygienischen Vorkehrungen gegen die Schwelmerie zu treffen. Seine etwa 40 Arbeiter, zum Teil Frauen, hatten in dem stinkenden, gesundheitschädlichen Knochenbräu eine harte Arbeitszeit zu einem Lohne, wie er geringer in keinem der Nachbarbetriebe bezahlt wurde. Die Wehrforderungen der Arbeiter betragen nur wenige Pfennige. Als die Verhandlungen keinen Erfolg hatten, beschloßen die Arbeiter zu kündigen und für die Zeit der Kündigungsfrist keine Ueberstunden mehr zu leisten. Darauf erfolgte die Aussperzung der Arbeiter. Der Unternehmer bezog nun unter falschen Versprechungen Arbeiter aus Wäldhausen, die aber sofort als sie den Tatbestand vernommen, die Arbeit verweigerten. Schließlich gelang es ihm doch, eine Anzahl Streikbrecher aus dem Elßah zusammenzutrommeln. Wochenlang wurde diese Gesellschaft in den gesundheitschädlichen Fabrikräumen ohne nur einen Schritt aus denselben zu tun, eingesperrt. Die ausgesperrten Arbeiter, es befanden sich solche darunter, die schon 24 Jahre in dem Betriebe beschäftigt waren, wurden von dem Unternehmer beim Streikpostenstehen in der unwürdigsten Weise verhöhnt; nichts konnte sie die ganzen Wochen lang aus ihrer Ruhe bringen. Selbst das mehrfach vorgekommene Schließen aus der Fabrik auf die Ansehensstehenden änderte nichts an dieser Laftage. Dagegen wuchs mit jedem Tage die Empörung der Tausende von Arbeitern, die täglich des öfteren die Pforten der Leimsfabrik passieren mußten, sie konnten in ihrem Solidaritätsgefühl nicht verstehen, daß gerade dieser Unternehmer in seinem brutalen Herrenstandpunkt jedes Entgegenkommen brüst abwieß.

Am letzten Donnerstagabend passierten einige an der Aussperzung Unbeteiligte die Straße an der Zimmermannschen Fabrik, als wiederum ein Schuß aus der Fabrik fiel. Innerhalb weniger Minuten sammelten sich Hunderte von Passanten, rasch wuchs die Menge zu tausenden an. Ein Arbeitswilliger streckte die Zunge gegen die Ansehensstehenden heraus, da gab's kein Halten mehr, ein Trunkener drückte den Lattenzaun ein, die turbulente Jugend, die bei solchen Gelegenheiten nie fehlt, begann zu pfeifen und mit Steinen nach den Fenstern zu werfen. Es irrte und krachte. Die Polizei kam in Eile herbei die Arbeitswilligen unter ihre schützenden Flügel zu nehmen. Da half ihre Ausrüstung mit Mißgabeln usw. nichts mehr,

Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die letztgehaltene Kolonietabelle oder deren Raum 30 Bg., für politische und gewerkschaftliche Beirats- und Berammlungs-Anzeigen 30 Bg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 30 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg., Streifen- und Schmalzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die wurden aus der Fabrik in die Stadt geführt, wobei sie von den viel tausendköpfigen Angekommenen manchen Krampf erlitten. Doch gelang es, sie schließlich im Polizeiamt unterzubringen. Eine Anzahl Schutzleute wurden durch Steinwürfe, die von Wägen geschleudert wurden, verletzt. Bedauerlicherweise hatte der Bezirksamtmann, der Bemüht war die Ruhe wieder herzustellen, dasselbe Schicksal, er verfiel dabei in eine Ohnmacht und wurde vom Platze getragen, bald hatte er sich erholt und war weiter auf dem Platz tätig. Einem aufsehenden Arbeiter wurden durch einen Schuß aus der Fabrik die Geschlechtsorgane abgetrennt. Ein Schmal fandte die Schauer in die Welt, daß drei Wohngebäude, die Bureauküche usw. dem Erdboden gleichgemacht, daß die Niederwerfung des Fabrikhorns nicht ganz gelungen, daß eine fürchterliche Verheerung angerichtet worden sei. Die bürgerliche Presse nahm diese Nachricht, so unglücklich sie auch klang, mit Wohlbehagen auf. Tatsächlich ist neben dem Einbruch des Raumes, des Tores und einiger Bretterwände sowie der Niederwerfung der Gartenpflanzen nichts zerstört worden. Am weiteren Unglück zu verhüten und die Sicherheit aufzugeben zum Nachhausegehen zu veranlassen, schlug der erste Adjunkt der Stadt, Genosse Binder, vor, daß die Kesselfeuer gelöscht werden sollte. Die Polizeibehörde ging gern auf diesen Vorschlag ein, worauf sich dann allmählich die Menge in späterer Nachtstunde zerstreute.

Am folgenden Tage wurde der Fall auf Antrag des Justizars der badischen Anwaltschaft im Stadtrat besprochen. Letzterer verlangte energische Maßnahmen, um solchen Vorfällen ein für allemal vorzubeugen. Ramentlich forderte er eine energische Rüge gegen den Polizeikommissar, der ihm nicht schnell genug eingegriffen und widerrechtlich die Kesselfeuer habe löschen lassen. Unsere Genossen Ehrhart und Körner beleuchteten die Zustände wahrheitsgemäß, es war niemand in dem Kollegium, der ihre Ausführungen zu widerlegen vermochte, weshalb der Stadtrat auch davon abließ, weitere Beschlüsse zu fassen. Es wurde dabei festgestellt, daß weder die Streikenden noch die Gewerkschaften oder die sozialdemokratische Partei etwas mit dem Vorfall zu tun haben. Einen tiefen Eindruck machte die Unterstützung des Genossen Ehrhart, die Herren sollten sich einmal die im Verwahrschloß untergebrachten Streikbrecher ansehen, ob sie nicht selbst Beschämung empfinden, daß mit solchem Menschennaterial fleißige Arbeiter um die Früchte ihres Kampfes gebracht werden sollen.

Am Freitagabend fand in der Nähe des Verollgebietes eine von den Gewerkschaften berufene ungemein zahlreich besuchte Versammlung statt, in derselben sprachen die Leiter der Gewerkschaft der Fabrik- und Handarbeiter Regner und Prall und Genosse Ehrhart über den Vorfall, sie lehnten unter dem stürmischen Beifall der Versammlung jede Verantwortung ab und verpflichteten die Versammelten alles aufzubieten, um die Wasse zu beruhigen. Inzwischen wurde die Polizei um 50 Mann Gendarmen vergrößert, auch die Gewerkschaften stellten eine Anzahl Ordnungskräfte. Auch am Freitag waren wieder Tausende in den Straßen versammelt, aber es gelang den vereinigten Versammlungen, weitere Ausschreitungen zu verhindern. Das Militär in Germersheim und Landau war marschbereit, allein die Lokalbehörde lehnte das Anerbieten, sie kommen zu lassen, ab.

Inzwischen haben unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Einigungsverhandlungen stattgefunden, die von Erfolg waren. Der größere Teil der Arbeiter tritt wieder in seine Plätze, einige davon werden in städtische Dienste übernommen. Dies der nächtliche Tatbestand!

Der die bürgerliche Presse, vorab die pfälzisch-liberale, hat bereits ohne jede Information ihr Urteil gefällt, sie macht die Gewerkschaften und namentlich die sozialdemokratische Partei verantwortlich. Sie braucht solche Mittel gerade jetzt vor der Landtagswahl recht nötig, aber die Genossen werden ihr die Suppe versalzen.

Wie wenig unsere Partei und Gewerkschaften mit dem gewiß bedauerlichen Vorfall zu tun haben, zeigen auch die Verhafteten, sechzehn an der Zahl. Unter ihnen gehört kein einziger unfernen Reihen an.

Zum Parteitag der Sozialdemokratie Rußlands.

Der fünfte Parteitag der Sozialdemokratie Rußlands ist, wie unseren Lesern bekannt ist, in England zusammengetreten. Der Schwerpunkt der ganzen Debatten wird zweifellos nicht in Programmfragen, noch in Organisationsfragen, sondern in Fragen taktischer Natur liegen, und, wie leider schon seit Jahren, stehen sich auch diesmal zwei verschiedene Auffassungen über den gegenwärtigen politischen Moment und folglich auch über die taktischen Aufgaben der Partei gegenüber. Wir wollen im folgenden versuchen, geflüßt auf die bereits veröffentlichten Resolutionsvorschläge, die Gedankengänge der beiden Richtungen kurz zu skizzieren, um dadurch zum besseren Verständnis der Beschlüsse des Parteitages beizutragen.

Nach der Auffassung der Fraktion der „Wolshewiki“ (Leninsche Richtung) ist die russische Revolution eine demokratische. Gegenwärtig befindet sie sich wiederum im Stadium der Aufwärtsbewegung, zum großen Teil infolge der ökonomischen Krisis, dem Hunger und der Arbeitslosigkeit, die den Massenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, Bauernschaft und Gutbesitzern, ländliche Bourgeoisie und landarme Bauern verschärft. Immer neue Schichten der kleinen Bourgeoisie und des Bauernums schließen sich der revolutionären Bewegung an, und das Proletariat, das das größte Interesse an der konsequenten Durchführung der demokratischen Revolution hat, muß diese Bauernmasse mit sich führen und ihrem Kampf politisches Bewußtsein verleihen. Die liberal-monarchistische Bourgeoisie aber — hauptsächlich die Adelligen — haben der Revolution längst den Rücken gekehrt. Sie stützen sich auf einen Teil der mittleren Gutbesitzer und der Bourgeoisie, hauptsächlich aber auf die bourgeoise Intelligenz. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, diesenigen Schichten der ländlichen und städtischen Kleinbourgeoisie, die, teils aus Tradition, teils von den Liberalen direkt betrogen, den Adelligen nachläßt, diesem Einfluß zu entreißen. Sie muß zusammen mit den kleinstädtischen demokratischen Schichten einen Kampf nach zwei Fronten führen: gegen das alte Regime und gegen die „verräterische liberale Bourgeoisie“. Die Teilnahme an der diesjährigen Duma ist eine erzwungene, da die revolutionäre demokratische Haltung der Liberalen eine Wiederholung der Boykotttaktik unmöglich gemacht hat. Doch betrachtet die Sozialdemokratie die Duma noch wie vor als eine „konstitutionelle Fälschung“ und nicht ihr nur agitatorischen Wert zu, als Tribüne zur politischen Aufklärung der Massen und besonders zur Aufdeckung der Klassengegensätze zwischen Proletariat und der liberalen Bourgeoisie. Daher müssen die sozialdemokratischen Vorschläge in der Duma keinen gesetzgeberischen Charakter tragen, sondern nur Agitationszwecke verfolgen, auch muß sich die Sozialdemokratie hauptsächlich kritisch betätigen und den Vorschlägen der liberalen Parteien, die notwendigerweise nur Halbheiten sind, nicht beistimmen. Dagegen muß sie bestrebt

sein, durch ihr revolutionäres Auftreten alle wahrhaft demokratischen Elemente der Duma an sich zu scharen.

Der Standpunkt der „Wolshewiki“ (Richtung Plechanow-Alexrod) ist ein wesentlich anderer. Sie fassen die russische Revolution nicht von ihrer politischen, sondern von ihrer sozialen Seite auf: die russische Revolution ist eine bürgerliche, bourgeoise Revolution, da sie die alte, feudalistisch-absolutistische Ordnung stürzen und an ihre Stelle die Herrschaft einer neuen Klasse, der Bourgeoisie, setzen wird. Die Hauptaufgabe der Revolution, der unmittelbare Kampf um die politische Macht, konzentriert sich gegenwärtig auf dem Kampf für die Volksvertretung: die Wahlen haben gezeigt, daß dieser Gedanke immer festere Wurzeln in den weitesten Volksmassen faßt. In diesem Kampfe gibt es aber eine ganze Reihe intermediärer, nächstliegender Ziele, die das Proletariat mit verschiedenen sowohl bürgerlich-liberalen, wie auch bürgerlich-demokratischen Schichten gemein hat. Während aber das charakteristische Merkmal der ersten (liberalen bürgerlichen Demokratie, Adelligen) der Opportunismus, die Neigung zum Unterhandeln und Feilschen mit der Regierung sind, sind die letzteren (Bauernschaft, volkssozialistische Parteien) in kleinstädtischen Revolutionarismus und agrarischen Utopien befangen. Die durchaus selbständige Taktik der Sozialdemokratie muß bestrebt sein, diese oppositionellen und revolutionären Parteien zu beeinflussen. Indem aber die Sozialdemokratie alle ihre realistischen, opportunistischen usw. Bestrebungen bekämpft, muß sie es nie aufgeben, ihre Taktik mit derjenigen dieser Parteien zu kombinieren und koordinieren, insofern sie wirklich gegen das alte Regime gerichtet ist. Von diesen Voraussetzungen ausgehend, gelangen die „Wolshewiki“ auch zu einer anderen Auffassung der Duma: die Teilnahme an ihr ist notwendig, weil die Duma den Gedanken der Volksvertretung verkörpert und eine Waffe im Kampf gegen die alte Ordnung ist. Die Duma hat nicht nur agitatorischen, sondern auch — weil sie die ganze Aufmerksamkeit des Volkes konzentriert — organisatorischen Wert, sie kann unter Umständen selbst ein Werkzeug der Revolution werden. Die Sozialdemokratie darf es auch nicht verschmähen, im Falle ihre eigenen Beschneidungen nicht zur Annahme gelangen, diejenigen anderer Parteien zu unterstützen, die bei ihrer Verwirklichung dem Proletariat oder dem Volk als eine Waffe im Kampf dienen können.

Es läßt sich natürlich nicht voraussagen, welche der beiden Richtungen auf dem Parteitag die Oberhand behalten wird. Es ist aber mit Bestimmtheit zu hoffen, daß die Beschlüsse des Parteitages innerhalb der Partei allgemeine Beachtung und Befolgung finden werden, was leider infolge der Fraktionslosigkeit bisher nicht immer der Fall gewesen ist. Als ein gutes Omen in dieser Richtung muß die Tätigkeit der sozialdemokratischen Dumafraktion betrachtet werden, die, trotzdem in ihr beide Richtungen vertreten sind, stets mit größter Einmütigkeit und Disziplin vorgegangen ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Mai 1907.

Aufräumung und Vertagung.

Im Gesetzwirkungsbereich ging heute im Reichstag die Aufräumungsarbeit mit einer langen Reihe von Gesetzen — allerdings kleineren Kalibers — vor sich. Nur dann und wann fesselte ein halbes Stündchen lang irgend eine besondere Angelegenheit das Haus. So, als Genosse Que die Roborierexplosion und ihre Folgen in Annen besprach und die Regierung aufforderte, wirksame Vorkehrungen und Maßnahmen gegen dergleichen Explosionsgefahren zu treffen. Scharf tabelte Que die Anwesenheit der Regierung hinsichtlich der Entschädigung der von dem Unglück so unendlich schwer betroffenen bettelarmen Einwohner von Annen. Der Staatssekretär Graf Posadowsky erwiderte, der preussische Handelsminister habe eine — Durchsicht der einschlägigen Gesetze angeordnet! Die Entschädigungsfrage aber gehöre vor den preussischen Landtag.

Als darauf der freistimmige Abgeordnete Carstens, Besitzer von Steingutfabriken in Magdeburg, in Neubaldensleben und Elmshorn, frühere Ausführungen unseres Genossen Horn über die Lage der Glas- und der keramischen Arbeiter in unqualifizierbarer Weise angriff und die Arbeiterpolitik der Sozialdemokratie als eine „demagogische“ bezeichnete, stellte Genosse Horn die „Arbeiterfreundlichkeit“ Carstens ins rechte Licht.

Unsere Genossen Hoch und Stadhagen brachten eine Verjüngung des preussischen Handelsministers zur Sprache, nach der bei Tiefbauten verhütet werden soll, daß ländliche Arbeiter herangezogen werden, dagegen sollen Erleichterungen in der Heranziehung ausländischer Arbeiter eintreten! Diese zugunsten der Agrarier erlassene arbeiterfeindliche Verfügung ist ein Zeichen für die rückläufige amtliche Sozialpolitik. — Hoch verlangte außerdem wirksamere Vorschriften zur Verhütung von Unfällen im Tiefbau, da die Tiefbauangehörigen völlig unzureichende Maßnahmen getroffen habe.

Gegen Stadhagen randallerte die Rechte, als er in einer zweiten kurzen trefflichen Rede die eigenmächtige, verfassungswidrige Korrektur von Gesetzen durch den Bundesrat ohne Zuziehung des Reichstages feststellte und verlangte, daß da Komodur geschaffen werde. Der über diese Monita sehr erregte Schatzsekretär v. Stengel qualifizierte diese Korrekturen als „Druckfehler“, aber auch der Abgeordnete Biemer erklärte die — „Druckfehler“ für bedenklich und forderte gleichfalls Mitwirkung des Reichstages.

Eine äußerst animierte Debatte entspann sich noch über die Eisenbahngemeinschaft zwischen Preußen und Hessen, eine Debatte, in der Genosse Ulrich die preussische Eisenbahnpolitik als eine usurpatorische darstellte, da Hessen in seinen Entscheidungen über den Bau neuer Bahnen behindert sei.

Schnell vollzog sich die dritte Lesung des Etats. In einer auf 20 Minuten später anberaumten Sitzung wurde dann eiligst die dritte Lesung des Auslieferungsvertrages mit Griechenland sowie die „Prüfung“ von circa 30 Wahlen vollzogen.

Dann ward der Reichstag bis zum 19. November vertagt. Die Herren vom Block ziehen heim „zu Mutter“, um ein halbes Jahr auf ihren „Vorbeeren“ auszuruhen. —

Gründliche Arbeit beim — Jagdgesetz.

Das preussische Abgeordnetenhaus verbande auch heute fast die ganze Sitzung auf die Beratung des Jagdgesetzes. Eine Wahlrechtsvorlage konnte im Dreiklassenparlament nicht gründlicher und nicht

mit mehr Versuchen zur Verbesserung des Entwurfes beraten werden. Insbesondere dem heftigen Junfer Rabe v. Pappenheim wollte es durchaus nicht in den Kopf, daß das preussische Abgeordnetenhaus ein Gesetz annehmen sollte, das nicht ausschließlich zugunsten des Agrarierturns geschaffen ist. Er verbot alles mögliche gegen die Bestimmungen, die auch für die kleineren Grundbesitzer von Vorteil sein könnten, und trieb noch beim letzten Paragraphen Obstruktion, indem er plötzlich beantragte, das ganze Gesetz an die Kommission zurückzuverweisen. Er fiel indessen ab, und das Gesetz wurde nach schwerer Mühe endlich in zweiter Lesung angenommen.

Die morgige Sitzung bleibt für die dritte Lesung dieser hochwichtigen Vorlage reserviert. Außerdem stehen — wie heute — nur noch allerschand Kleinigkeiten auf der Tagesordnung.

Richtung! Russische Genossen!

Deutsche und russische Spitzel plündern eifriger als je auf russisches Freiwild. Die konservativ-liberale Kera hat wie auf anderen Gebieten so auch auf dem Gebiete des Fremdenrechts, der Gastfreundschaft gegenüber den Ausländern, besonders aber auf dem Gebiete der Behandlung der hier aufhältlichen Russen eine schändliche Reaktion gebracht. Ganze Kubel von Spürhunden sind besonders in Berlin gerade auch gegen unsere russischen sozialdemokratischen Freunde losgelassen. Der Fall des agent provocateur Dietrich war nur eine kleine Episode aus diesem Kesseltreiben. Wir mahnen daher unsere russischen Freunde allenthalben im Deutschen Reich zur größten Vorsicht. Sie mögen bedenken, daß Spitzel seit jeher aus Mäusen Elefanten und aus Zwirnsfäden Galgenstricke zu machen verstanden haben.

Ein Kriegsgerichtsrat als Sozialistenfresser.

Zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt nach dem Antrage des Vertreters der Anklage, Kriegsgerichtsrat Tschirische, des Breslauer Kriegsgerichtes der ersten Division unter Vorbehalt des Majors v. Kutschowski den Füsiliers Schneider vom Regiment 88 in Olsh wegen Verleumdung und Schandverleumdung seines Kompagniechefs. Um vom Militärdienst loszulassen, weil er ihm zu schwer ist, hat der Füsilier nach seinen Angaben dem Hauptmann Sähfeld einen anonymen Brief geschrieben, der von groben Ausdrücken kloyte, wie abgelebtes Schwein, indem er dem Offizier mit eventuellem Jus-Jenseits-Bedrohen drohte, daß er ein Schicksal erleben würde wie der Mittelmeister v. Krosigk, er würde ihn dem Oberst melden und dergleichen. Der Brief war unterzeichnet „Die rote Internationale“. Der Angeklagte gibt an, er habe gehofft, durch den Brief werde sich der Hauptmann einschüchtern lassen, daß er besser behandelt würde. Der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Tschirische, meinte, daß der Brief des Füsiliers enthalte wüste Schimpfereien, wie man sie in sozialdemokratischen Blättern, welche wählerische Heberei geschäftsmäßig betreiben, finden könne. Der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Gsche, betonte, der Angeklagte habe in grober Weise die Disziplin verletzt und müsse eine schwere Strafe erhalten. Der Vater des Angeklagten war Gendarm.

Das Vergehen des verurteilten Füsiliers war eine so krasse Torheit, daß es vielleicht angebracht gewesen wäre, den Verfasser des anonymen Drohbrieves noch einmal auf seinen geistigen Zustand untersuchen zu lassen, statt ihn ohne weiteres auf zwei Jahre ins Gefängnis zu schicken.

Das Verhalten des Kriegsgerichtsrats Tschirische erscheint durch die unheimlichen Ausfälle gegen die Sozialdemokratie in eigenartiger Beleuchtung. Daß der Füsilier seinen trübsüchtigen Brief mit der Unterschrift „Die rote Internationale“ verfaß, war ein so überaus kühnliches Schreymittel, daß es eher von geistiger Minderwertigkeit als von sozialistischer Bestimmung des Verfassers zeugte. Wenn der Kriegsgerichtsrat aber die Schimpfereien des Briefes auf das angebliche Vorbild der sozialdemokratischen Presse zurückführte, so war das ein wahrhaft grotesker Einfall. Denn um Schimpfworte und Kraftausdrücke zu erkernen, dazu bietet doch gerade der Kasernenhof die denkbar beste Gelegenheit! —

Soldatenshinder.

Im Reichstags hat der Kriegsminister kürzlich behauptet, die systematischen Schinderereien Untergebenen seien infolge des eifrigen Willens der Gerechtigkeit und der verschiedenen Kommandostellen in der Armee ausgerottet. Das war eine Täuschung. Noch ist die Aufsicht der oberen Vorgesetzten über die unteren nicht überall so gut, daß systematische Schinderereien in Kürze beseitigt werden könnten. Das zeigt wieder einmal ein Fall, der am 11. Mai vor dem Kriegsgericht der 18. Division zu Schleswig verhandelt worden. Dem jugendlichen Unteroffizier Peterson von der 4. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 84 in Schleswig wurden nicht weniger als 158 Mißhandlungen nachgewiesen! Zur Anklage standen ursprünglich 300! Wieviele mag der Mann begangen haben, die nicht aufgedeckt worden?! Dieser Unteroffizier warf mit einem Schmel nach den Leuten und verlegte dadurch einen Rekruten erheblich am Kopfe. Den geistlichschwachen Rekruten Schömer, der in die Stube geklopft hatte, zwang er durch wiederholten Befehl, sich hinzulegen und den Spießel wieder aufzusetzen. Eines Tages warf der Angeklagte, als seine Korporalschaft nicht schnell genug antrat, die Tischplatte mit dem darauffliegenden Kaffee und Brot um. Ratt mußte eines nachts aufstehen und auf der Stube im Grund freiliegen, ein anderes Mal mußte er längere Zeit „Geweckstrecken“ üben, sich hinzulegen und aufstehen.

Kußerdem hat dieser Unteroffizier von Untergebenen Geld geborgt und acht Mark, die er für die Rekruten einen Photographen zahlen sollte, unterschlagen.

Das Kriegsgericht verurteilte Peterson zu sechs Monaten Gefängnis und Degradation.

Neun Tage Militärrast erhielt vor dem Kriegsgericht zu Dresden der Unteroffizier Gertler von der 4. Kompagnie des 2. sächsischen Grenadier-Regiments. Er hat einen Grenadier ins Gesicht geschlagen, ihm den Helm auf den Kopf geschoben und ihm mit einer Wette über die Hand gehalten. Alles aus „Abertöndeltem Pflichter“, wie sein Hauptmann ihm bezeugte. Ein als Jauge geladener Leutnant, war derselben Ansicht, meinte auch, der Angeklagte habe mit der Wette „nicht absichtlich“ geschlagen. Er begründete diese Ansicht mit dem Ausspruch: „Vorläufig kann es nicht geschehen sein, weil dazu meines Erachtens eine größere Gewalt (!) gehört.“ Von der Anklage der Mißhandlung durch „Zurechtsetzen des Helms“ wurde der Angeklagte freigesprochen.

Wir Arbeitswilligen dürfen einen totschlagen!

Aus Rieburg a. d. Saale wird berichtet: In der Nacht vom Sonntag zum Montag befanden sich in einer Wirtschaft eine Anzahl Arbeiter zusammen mit vier Streikbrechern von der Rieburger Eisengießerei und Maschinenfabrik. Die Arbeiter, die übrigens nicht zu den Streikenden gehörten, redeten den Streikbrechern in aller Ruhe zu, sich solidarisch mit den Streikenden zu erklären. Es kam dabei noch nicht einmal zu harten Worten und man trennte

sich bald darauf ganz friedlich unter gegenseitigem Gruße. Die Streikbrecher verließen zuerst das Lokal. Draußen stellten sie sich auf und erwarteten die Arbeiter, die sie mit Revolvern schiffen begriffen, wobei einer der Streikbrecher kommandierte. Beim vierten Schuß brach einer der Arbeiter tot zusammen. Die Streikbrecher retteten sich nun schleunigst hinter die schützenden Tore der Fabrik, der sie ihre schätzenswerten Dienste leisten, der Mörder ist aber inzwischen verhaftet worden. Die rohe Tat erweckt hier großes Aufsehen und wird allenthalben verurteilt.

Auswahlleistungen im Nürnberger Landtagswahlblock.

Es ist kürzlich erklärt die Nürnberger Demokraten, daß sie alle Blockkandidaturen unterstützen würden, nur die des im ersten Wahlkreise aufgestellten Mittelständlers Probst nicht. Als Grund führten sie seine reaktionäre Gesinnung ins Feld, aber die wirkliche Ursache wird wohl der Umstand gewesen sein, daß sie bei der Aufstellung der Kandidaturen vollständig übergegangen wurden, während der kleineren nationalsozialistischen Gruppe eine solche zugestimmt wurde. Nun tracht es aber auch mit diesen. Ihnen wurde der sechste Kreis zugeteilt, der die Vorstadt Steinbühl umfaßt und der geschlossenste und räumlich kleinste von allen sechs Kreisen ist. Die Nationalsozialisten vermähnen sich allen Ernstes, den Kreis gegen unsere Genossen Hüller zu gewinnen, und richteten zum Zwecke einer systematischen Bearbeitung schon vor Wochen ein ständiges Wahlbureau am Kreise ein. Sie spekulierten dabei hauptsächlich auf die zahlreichen Verkehrsbeamten, die in der an den Bahnhof angrenzenden Vorstadt Steinbühl wohnen. Die Siegesicherheit der Nationalsozialisten reizte aber den Appetit ihrer freisinnigen Bundesbrüder, die nun eine umfassende Wählerarbeit in Szene setzten, um zu bewirken, daß der nationalsozialistische Kandidat den Wahlkreis mit dem im fünften Wahlkreise aufgestellten freisinnigen Vorkandidat Bengert austausche. In zwei Tagen waren 1200 Unterschriften von Verkehrsbeamten gesammelt, die die Aufstellung Bengerts verlangten, widerstandslos für eine Protestversammlung einberufen und am Wahltag Fettel für Bengert abgegeben würden. Im freisinnigen Lager suchte man es zwar so hinzustellen, als ob es sich um eine spontan entstandene Bewegung unter den Berufsgenossen Bengerts handele, aber die Führer des Freisinn standen den Treiberen nicht fern, einer von ihnen trat offen für die Kandidatur Bengert ein, weil er katholisch sei und die Zentrumstimmen gewinnen könne! So empfahlen sie auch den Nationalsozialisten, dem Verlangen der Verkehrsbeamten zu entsprechen, und jene befolgten auch diesen Wink mit dem Jaunsfahl, wobei sie jedoch, um sich als „Männer“ zu zeigen, dem Selbsteinstimmigen der Demokraten folgten und erklärten, sie würden alle Blockkandidaturen unterstützen, mit alleiniger Ausnahme der des Herrn Bengert. Die Sozialdemokraten werden dafür Sorge tragen, daß die Blockbrüder sich umsonst zertrübt haben.

Der Peters-Prozess

der „Münchener Post“ ist vertagt worden. Er sollte am 23. d. M. vor dem Schöffengericht München zur Verhandlung kommen. Von dem Beklagten ist die Vernehmung zahlreicher Reichsbeamten aus dem Kolonialdienst und der Kolonialabteilung beantragt worden. Da für die Beamten erst die Genehmigung des Reichslänglers zur Abreise eingeholt werden muß, hat der Vorsitzende Oberlandesgerichtsrat Meher den Termin abgesetzt und einen neuen Termin auf den 20. Juni anberaumt.

Schweiz.

Die Auslieferung des polnischen Sozialisten Mikaczki an Rußland ist nun doch von den 11 Bundesrichtern in Lausanne einstimmig beschlossen worden! Dieser ungeheuerliche Entschluß bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Verhängung der Todesstrafe über Mikaczki, denn wie der russische Jarissmus mit den politischen „Verbrechern“ umspringt, das dürfte sogar den gewissenlosen Lausanner Bundesrichtern nicht unbekannt sein.

Es versteht sich von selbst, daß unsere Schweizer Parteipresse diesen indirekten Justizmord und seine „republikanischen“ Urheber nach Gebühr geißelt.

Der Genfer „Peuple“ z. B. nennt die Auslieferung eine vollendete Infamie und sagt weiter:

„Es braucht nur der kleinste, gemeinste und verkommenste fremde Gewaltthäter von der Schweiz einen Scherzgedienst für sein bestialisches Treiben zu wünschen, und in tieferlicher Gesandtheit rückt die stolze, freie, republikanische Helvetia auf dem Bauche und läßt ihm die Fäße. Das Vorkleid der fremden Freiheitskämpfer ist durch diesen Fall ein für allemal illusorisch gemacht. Die Auslieferung Mikaczki an die bestialischen Schergen des tschakischen Jarissmus trägt als ewiges Denkmal der Schmach und Schande aus den Gipfeln der Schweizer Alpen herab. Jetzt ist es an der Zeit, daß die schweizerische Arbeiterschaft und das ganze zivilisierte Europa spricht, um der schweizerischen Regierung, die sich jetzt allseitig als Henker des russischen nach Freiheit leidenden Volkes entpuppt hat, Achtung einzulößen vor dem Kampfe um Kultur und Freiheit.“

Der „Peuple“ fordert schließlich die Freilassung Mikaczki, um die politische Geschichte der Republik vor dem Schandfleck dieser Auslieferung zu bewahren.

Stabsabstimmung im Kanton Zürich.

Zürich, 13. Mai. (Eigener Bericht.)

Die sozialdemokratische Parole: „Ohne Kantonsratsproporz keine Wahlreform!“ hat gefiegt, indem mit 87508 gegen 25916 Stimmen die bezügliche Verfassungsänderung und mit 38738 gegen 26064 Stimmen das Wahlsystem abgelehnt wurden. Die Arbeiterschaft hat sich wieder sehr gut gehalten, jedoch hat auch das Land stark verstimmt, natürlich aus anderen Gründen als die Sozialdemokraten. Von den 11 Bezirken des Kantons haben nur 2 Reichheiten für die beiden Vorlagen ausgebracht, wovon der eine der Bezirk Zürich!

Die ob ihres Mißerfolges ärgerliche „N. Zür. Blg.“ erwartet nun von den Proportionalisten neue Arbeit, die diese auch zu geeigneter Zeit tun werden. Der große Stadtrat Zürich wird jetzt wiederum nach dem Mehrheitsprinzip gewählt.

Noch erkennlicher als der Erfolg der Verwerfung der unzulänglichen Wahlreform ist der positive Erfolg der in der grandiosen Annahme des Sonntagseruhegesetzes mit 51683 gegen 17892 Stimmen liegt. Die Ausdehnung und Verallgemeinerung der Sonntagseruhe ist damit von allen Bevölkerungskreisen als ein dringendes Bedürfnis für alle anerkannt. Das Gesetz tritt bereits mit dem 1. Juli in Kraft.

Italien.

Giolitti Merkmalungs.

Rom, 9. Mai. (Eig. Ber.)

Die heutige ministerielle Mehrheit ist bekanntlich von den Merkmalen aus der Taufe gehoben worden. Es ist also begrifflich, daß Giolitti sich den Merkmalen dankbar erweist. So sehen wir denn ohne Erstaunen — wenn auch nicht ohne Stolz — die wachsende Verfassung des offiziellen Italiens mit an. Jene tiefe Verachtung seiner eigenen Partei, die für Giolitti charakteristisch ist, hat ihn längst über die idealen Oubliettes hinwegweisen lassen, die einer Merkmalen Regierungspolitik in Italien entgegenstehen sollten. Daß die italienische Bourgeoisie den Kampf für die Einheit ihres Vaterlandes in erster Linie als den Kampf gegen den Papsttum gekämpft hat, daß die ruhmvollen Traditionen des Risorgimento (Wiederauferstehens) ganz und gar antiklerikal sind, das sieht Giolitti nicht an. Er kennt seine Leute und weiß, daß er die idealen Motive der heutigen Bourgeoisie gar nicht tief genug anschlagen kann. Und

so zählt er — in regelmäßigen, plänklichen Noten — dem Pflasterum den wohlverdienten Lohn, und seine „liberale“ Mehrheit schweigt dazu in dankbarer Erinnerung an die Merkmalen Stimmen, denen so viele ihrer Abgeordneten ihren Sitz im Parlament verdanken.

Das heutige Kernstück ist nur ein Glied in der Kette. Man hat den Kardinal Lorenzelli, Erzbischof von Lucca, mit militärischen Ehren empfangen, ist ihm beim Klange der Nationalhymne und mit wehender Tricolore entgegengezogen! Was ist weiter dabei? — Hat nicht neulich der „liberale“ Abgeordnete Cimati in der Kammer den Vorschlag vertreten, man solle in den armen Landgemeinden, wo das Geld für den Lehrer fehlt, den Elementarschulunterricht dem Priester anvertrauen?! Hat man nicht in jüngster Zeit Soldaten beordert zu Prozessionen, Transporten von Heiligenknochen und dergleichen zeitgenössischen Unternehmungen mehr? Und hat nicht ein Schiff der italienischen Kriegsmarine die Feier des Festes von San Francesco da Paola erhöhen helfen? Ist aber nicht ein lebendiger Kardinal so viel wert wie ein toter Heiliger?

Freilich, allerlei ungemütliche Einzelheiten laufen mit unter. So weiß man z. B., daß der Marsch der italienischen Tricolore die Pforten der Kirchen versperrt, wenn sie bei einem Zeichenbegriff mitgetragen wird. — Auch hat der Vatikan sich gleich aufs hohe Pferd gesetzt und in einer offiziellen Note bekannt gegeben, daß der Kardinal Lorenzelli keineswegs um die militärischen Ehrenbezeugungen nachgesucht hat! Er ist eben kein konstanter Bundesgenosse, der liebe Vatikan, aber jedenfalls sehr nützlich und verwerthbar gegen den „Unsturz“.

Zweimal hat man — gestern und heute — Giolitti wegen der Ehrung von Lucca interpelliert und zur Antwort erhalten, daß es sich um einen reinen Höflichkeitssatz handle, dem keinerlei politische Bedeutung zukomme. — Sehr angenehm schien dem Ministerpräsidenten die Sache aber nicht geworden zu sein; denn eine Merkmalen Regierungspolitik — so offen und brutal Merkmalen wie die der letzten Tage — ist beim Gros der Wählermasse denn doch nicht populär. Giolitti würde daher gut tun, statt die Verfolgung von Offizieren zu begünstigen, die dem Freimaurerorden angehören, die Aufklärung zu ihrem Rechte kommen zu lassen. Sonst kann das dritte Italien bald mit der Tricolore und unter dem Klange der Nationalhymne nach dem Vatikan ziehen und den Pantoffel küssen.

Schweden.

Wahlrecht.

Stockholm, 14. Mai. Der vom Wahlrechtsausschuß vorgeschlagene Kompromißantrag betreffend die Herabsetzung des Zensus für die Wahlberechtigung zur ersten Kammer auf ein Einkommen von 3000 Kronen wurde von der ersten Kammer mit 110 gegen 20 Stimmen und von der zweiten Kammer mit 128 gegen 98 Stimmen angenommen. Die jetzt angenommenen Reformen des politischen und des kommunalen Wahlrechts sind tief eingreifender Natur; sie beruhen auf der Grundlage der Proportionalwahlmethode und des allgemeinen Wahlrechts zur zweiten Kammer, einer starken Demokratisierung der ersten Kammer sowie einer bedeutenden Herabsetzung der kommunalen Wahlstufala. Die Annahme der Reformen ist indessen nicht definitiv. Die Reformvorschlüge bleiben vorläufig bis zum Jahre 1909 unerledigt, um dann vom Reichstage beraten zu werden, wenn die neuen Wahlen zur zweiten Kammer stattgefunden haben.

Indien.

Die Agitation in Indien.

London, 12. Mai. (Eig. Ber.) Am 10. d. M. waren es 50 Jahre seit dem Ausbruch der indischen Rebellion im Jahre 1857, die bekanntlich zur Uebernahme Indiens durch England führte.

In den letzten zwei Jahren machte sich unter der indischen Intelligenz eine freiheitliche Bewegung geltend, die in ihrer extremen Richtung auf Erlangung der Selbstregierung abzielte. Unglücklicherweise fehlt es ihr an Einigkeit, da die Muhammedaner gegen die Hindus sind und von einer Agitation gegen die britische Regierung nichts wissen wollen. Die Agitation nahm deshalb einen bitteren Rassenscharakter an und führte schließlich zu aufgeregten Szenen in einigen Städten Ostbengalens und Pandschabs. Die britische Regierung befürchtete nun, daß dort am 50. Jahrestage der indischen Rebellion Unruhen ausbrechen werden und verstärkte daher die Garnison, ließ drei der Führer verhaften und deportieren. Ferner wurde in den unruhigen Distrikten das Versammlungsrecht beschränkt. Die Beschränkung besteht darin, daß jede Versammlung an einem Orte werden muß und daß die Regierung einen oder mehrere Polizeibeamte in die Versammlung schicken darf, um über deren Verlauf zu berichten. Ebenso darf eine Versammlung verboten werden, wenn der Distriktsmagistrat befürchtet, daß die Versammlung zu Unruhen führen könne.

Die britische Regierung ist Wind in Indien. Sie wird über kurz oder lang Sturm reiten.

Aus der Partei.

Ein neuer Kampfschloß. Die Breslauer Genossen lassen am Freitag die erste Nummer des „Landboten“ erscheinen, ein Propagandablatt für jene Bevölkerungsteile, die bisher noch kein sozialdemokratisches Blatt lesen. Es wird mit der „Vollmacht“ an ihre Leser auf dem Lande, in Klein- und Mittelstädten versandt, damit sie es umsonst weiter geben.

Die vier Sozialdemokraten im Züricher Stadtrat erhielten folgende Departements zugewiesen: Vogelsänger das Polizeiwesen, das er schon in den 90er Jahren einmal verwaltete, Wisemann das Gesundheitswesen wie bisher, Wyl eine Abteilung des Bauwesens wie bisher und Aldi das Steuerwesen.

Die deutschsprachigen Sozialdemokraten Ungarns halten am 20. und 21. Juli d. J. in Budapest eine Landeskonferenz ab. Auf der vorläufigen Tagesordnung steht unter anderem: Die Wahlreform und die Nationalitäten; Organisation und Presse.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Sonntagskämpfer“. Das Schöffengericht in Genthin (Provinz Sachsen) sprach am 23. Februar und 4 März d. J. 9 Genossen, die am 26. Dezember 1906 und am 20. Januar d. J. sozialdemokratische Wahlflugblätter verteilt hatten, von der Anklage der Sonntagseruhe frei, weil nicht angenommen wurde, daß sie eine öffentlich bemerkbare Arbeit verrichtet hätten. Die Verurteilung kammer zu Magdeburg hob am Montag zwei Urteile auf und belagte die sieben Angeklagten mit je 1 M. Geldstrafe. In dem dritten Falle wurde die Verurteilung der Staatsanwaltschaft verworfen, weil die beiden Angeklagten die Flugblätter nicht sichtbar getragenen hätten. — Das Schöffengericht zu Ruppach sprach am 7. März d. J. einen Genossen, der Sonntag Wahlflugblätter verteilt hatte, von der Anklage der Sonntagseruhe frei. Die Verurteilungskammer zu Magdeburg hob auch das Urteil auf und erkannte auf 1 M. Geldstrafe.

Die Presse vor der Revisionsinstanz. Vom Landgericht Frankfurt a. M. war am 12. Dezember der Genosse Wilh. Jander von der „Vollmacht“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. In einem Verdict über eine Stadtverordnetenwahl in Oberursel war die Rede des Stadtverordneten J. gegen den Bürgermeister J. wiedergegeben, in der dieser der Verurteilung der Katholiken beschuldigt wurde. In dieser Wiedergabe wurde eine

Verleumdung des Bürgermeisters erblickt. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Gewerkschaftliches.

Krieg oder Frieden.

Die „Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen“, gemeinhin „Lante Voss“ benamset, brachte schon während der Holzarbeiter-Aussperrung Nachrichten über die Bewegung, die mit der Wahrheit auf recht gespanntem Fuße standen. Jetzt füllt sie sich berufen, eine Mahnung an die Bauarbeiter zu richten, was an sich ihr gutes Recht ist und an sich recht löblich sein möchte, wenn sie dieselbe nicht mit einer Verächtlichmachung der Holzarbeiter einleiten würde. Anscheinend daselbe eisenstärkige Subjekt, das auch während des Kampfs das weiße Papier der an sich nach jeder Richtung hin unschuldigen „Vossin“ dazu mißbrauchte, die Holzarbeiter der Zurückweisung von Einigungsvorschlägen zu verächtlichen, leitet einen „Krieg und Frieden“ überhiesigen Artikel so ein:

„Der langwierige Krieg in der deutschen Holzindustrie ist zum Abschluß gelangt. Wenn die Arbeiter sich fragen, was sie erreicht haben, so können sie mit Recht antworten: Und warum monatlang gefeiert und gedacht? Darum Millionen aus Verbandsmitteln verbraucht und viele Millionen Lohn verloren? Das Ergebnis ist lässlich.“

Welches Ergebnis denn? Das der Aussperrung doch! Während der königlich privilegierte Spieker seinem Verborgen aus der Breitenstraße notgedrungen entnehmen muß, die Arbeiter hätten einen „langwierigen Krieg“ begonnen, also gestreikt.

Wie stand es in der Holzindustrie?

Wochenlang hatten im Vorjahre die Vertreter der Parteien in der Schlichtungskommission über die Erneuerung des Vertrages verhandelt. Die Unternehmer lehnten alle Anträge der Arbeiter, welche eine Verbesserung des bestehenden Vertrages wünschten, entschieden ab. Nicht das geringste Zugeständnis wollten sie machen. Während die Verhandlungen noch schwebten, erließ die Leitung der Arbeitgeber-Verbände (I) am 16. Dezember Verhaltungsmaßregeln, worin die Tischlermeister angezogen wurden, den Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes am 22. Dezember zu kündigen und alle Vorbereitungen zu treffen, um am 12. Januar die Arbeiter auszusperrten. Der Holzarbeiter-Verband war es, der deswegen das Einigungsamt anrief! Die Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes haben auch während der Verhandlungen oft genug gesagt, daß sie zu einer Verständigung bereit seien und in dieser Hinsicht Vorschläge der Unternehmer erwarten. Die Unternehmer erklärten aber in allen Stadien der Verhandlung, daß sie keine Vorschläge zu machen haben, sondern daß es nur ihre Aufgabe sei, den Arbeitern klar zu machen, daß sie keine Verbesserung zu erwarten haben und ausgesperrt werden, wenn sie den Vertrag nicht ohne jede Verbesserung verlängern!

Als schließlich die Aussperrung gegen den Willen des Holzarbeiter-Verbandes perfekt wurde, erklärte die Ortsverwaltung desselben öffentlich: „Die Kollegen, die nicht ausdrücklich entlassen werden, arbeiten weiter. Forderungen werden in den Werkstätten nicht gestellt!“

Der Meister hatte recht, der in der vorgestrigen Arbeitgeberversammlung erklärte: „Mit dem, was jetzt bewilligt worden ist, würden die Arbeiter schon zu Weihnachten zufrieden gewesen sein und die Arbeitgeber hätten die Betriebe keine Stunde schließen brauchen.“ — Ganz recht hat aber dieser Herr auch noch nicht. Ohne die Aussperrung brauchten die Unternehmer nämlich dem Holzarbeiterverband nicht die Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen an Orten zu zugestehen, wo dieser an eine Bewegung überhaupt gar nicht gedacht hatte!

Der Holzarbeiterverband hätte einen Erfolg zu verzeichnen gehabt, wenn er nur die Aussperrung der Unternehmer abschlug, daß er darüber hinaus diesen Zugeständnisse abrang, kennzeichnet das Ende der Aussperrung als eine effektante Niederlage der Scharmacher.

Die „Vossische Zeitung“ verlegt sich dann auf das recht mißliche Prophezeien und sagt:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Streit im Baugewerbe ein für die Arbeitnehmer noch viel unerfreulicheres Ende nehmen wird als in der Holzindustrie. Die Arbeiter werden unterliegen, vollkommen unterliegen.“

Die Bauarbeiter sind bekanntlich bereit, den Vertrag genau unter denselben Bedingungen abzuschließen wie jetzt die Holzarbeiter, nämlich mit einer halb so großen Verkürzung der Arbeitszeit, als sie dieselbe erst forderten, und ebenfalls erst nach Ablauf von zwei Vertragsjahren. Nun liegt es an den Unternehmern, sich zu diesem Vermittlungsvorschlag zu äußern. Kommt es aber zum Kampfe, dann wagen wir zwar nicht zu prophezeien, wer den Sieg davontragen wird, aber das wissen wir, daß die Dauer des Kampfes nicht geringer sein wird, als der der Holzarbeiter war! Warum die Unternehmer keine Konzessionen, so dürfen sie vor Ende September auf kein Zurückweichen der Arbeiter rechnen! Daß es ihnen nur nicht so geht, wie Herrn Mahardt, der bekennen mußte: „Die Mittel des Holzarbeiterverbandes hätten weiter gereicht, als man in den Reihen der Meister glaubte!“ Wenn nur einer der beteiligten Verbände, der Maurerverband, so lange durchhält, können auch die übrigen beim besten Willen die Arbeit nicht aufnehmen. Und der Maurerverband kann das, wenn er will! Herr Mahardt schätzt den Verlust der Berliner Holzindustrie auf 14 bis 15 Millionen. Können die Berliner Bauunternehmer 60 bis 100 Millionen zum Fenster hinauswerfen? Nur dann mögen sie den Kampf beginnen. Was sie bewilligten, die Lohnerhöhung, werden sie auf andere abzuwälzen wissen, wie jetzt die Tischlermeister. In prinzipieller Beziehung, in bezug auf die Arbeitszeit, haben sie alles verweigert. Hier sind gerade die Arbeiter die Entgegenkommenden gewesen. Sie reduzierten ihre Forderung auf die Hälfte und rückten ihre Erfüllung in weite Ferne.

Die Arbeiter haben die Hand zum Frieden hingehalten, mögen die Unternehmer einschlagen!

Berlin und Umgegend.

Lebensbewegung der Bäcker.

In der Sitzung des Einigungsamtes am Dienstag verhandelte der Vorsitzende v. Schulz folgenden Schiedspruch:
1. Die Parteien haben sich am 10. Mai 1907 vor dem Einigungsamt über ihre Vorschläge für einen neuen Tarifvertrag acciniat — mit Ausnahme der Forderung der Gefellen, eines

wöchentlichen Ruhezeit zu gewähren und mit Ausnahme der Bestimmung über die Dauer des zukünftigen Vertrages.

11. Bezüglich dieser beiden Punkte wird folgendes bestimmt: a) Es ist jedem bei Herstellung von Badware beschäftigten Arbeiter eine ununterbrochene 30tägige Ruhepause zu bewilligen, und zwar:

1. Jede Woche bei Betrieben mit 5 und mehr Gesellen bzw. Arbeitern;
2. Alle zwei Wochen bei Betrieben mit 3 bis 4 Gesellen bzw. Arbeitern;
3. Alle vier Wochen bei Betrieben mit 1 bis 2 Gesellen bzw. Arbeitern.

Wenn eine Firma mehrere Bäderereien besitzt, so sind behufs Feststellung der Ruhepausen in Gemäßheit der Bestimmungen zu a) 1, 2, 3, die sämtlichen bei Herstellung von Badware beschäftigten Personen zusammenzuzählen.

Das Einigungsamt hat auf Antrag der Parteien den Zeitpunkt zu bestimmen, von welchem ab die Ruhepause zu gewähren ist.

b) Diejenigen Bädermeister, welche der Tarifgemeinschaft beitreten, haben dies dem Gewerbeamt anzuzeigen, bezw. daselbst zu Protokoll zu erklären.

c) Der neue Tarifvertrag soll mit dem 1. Juni 1907 in Kraft treten. Der Vertrag soll, falls er, wie vereinbart, gekündigt, mit dem 10. Mai 1910 ablaufen.

d) Für den Fall, daß in einzelnen Bäderereien günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, als in dem neu zu vereinbarenden Vertrage festgesetzt werden, bezw. in diesem Schiedsspruch dargelegt sind, sollen diese günstigeren Bedingungen auch fernerhin Geltung behalten.

Eine Versammlung der Vertrauensmänner des Bäderverbandes trat am Dienstagmorgen zusammen, um zu dem Schiedsspruch Stellung zu nehmen. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß der Schiedsspruch hinsichtlich des freien Tages den Erwartungen der Arbeiter nicht entspreche. Man könne deshalb mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden sein, denn ein freier Tag in jeder Woche ohne Ausnahme sei eine unerlässliche Forderung. Ein Teil der Redner trat für Ablehnung des Schiedsspruches ein, ein anderer Teil war für Annahme desselben. Man sagte sich, wenn man auch nicht zufrieden sei mit dem, was der Schiedsspruch bietet, so möge man ihn doch annehmen, um sich die Sympathie der öffentlichen Meinung zu erhalten. Aus diesem Grunde erklärte sich die Versammlung einstimmig für Annahme des Schiedsspruches.

Eine Mitgliederversammlung des Bäderverbandes tagte kurz nach Schluß der Vertrauensmännerversammlung in Kellers Saal. Gehsold erstattete Bericht über die Verhandlungen mit der freien Vereinigung und führte aus: Das Einigungsamt habe ja einen erheblichen Abbruch an der ursprünglichen Forderung gemacht, aber es dürfe doch nicht verkannt werden, daß die abschließende Haltung der Meister auch nicht als berechtigt angesehen werden sei. Das Prinzip der Meister: den freien Tag erst nach Abschaffung der Nachtarbeit zu gewähren, sei durch den Spruch des Einigungsamtes durchbrochen. Es sei immerhin ein gewaltiger Fortschritt gegenüber den jetzt bestehenden Verhältnissen. Der Redner empfahl die Annahme des Schiedsspruches und die Ueberföndung desselben nebst den anderen mit der freien Vereinigung getroffenen Vereinbarungen an die anderen Meister mit dem Entzwecken, diese Forderungen auch für ihre Betriebe zu bewilligen. Man müsse jedoch damit rechnen, daß selbst diese Forderungen nicht ohne weiteres von den Innungsmeistern anerkannt werden. Ohne harte Kämpfe werde die allgemeine Anerkennung der Forderungen nicht erreicht werden. — Bei Ueberföndung der Forderungen sollen die Meister ersucht werden, bis zu einem bestimmten Termin, den die Verbandsleitung festsetzt, auf die Forderungen zu antworten.

Die rege Diskussion, an der auch der Verbandsvorsitzende Müller an n. n. Hamburg teilnahm, bewegte sich meist im Sinne des Referenten. Vereinzelt wurde für Ablehnung des Schiedsspruches und möglichst baldigen Eintritt in den Streit gesprochen. Demgegenüber bemerkten die Verbandsvertreter, es werde auch bei Annahme des Schiedsspruches zum Streit kommen, denn die Meister würden die Forderungen nicht ohne weiteres anerkennen. Wenn der Streit erklärt werden sollte, das könne der Verbandsleitung überlassen bleiben, sie wisse schon, welches der günstigste Zeitpunkt ist. — Nach Schluß der Debatte wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung bedauert, daß bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt die Vertreter der freien Vereinigung der Bädermeister durch ihr ungenügendes Entgegenkommen auf unsere berechtigten Forderungen das Einigungsamt zu einem Schiedsspruch gezwungen haben. — Dieser Schiedsspruch befriedigt die Versammlung nicht, sondern sie hätte mehr Entgegenkommen erwartet. Nur als Abschlagszahlung auf unsere berechtigten Forderungen beschließt die Versammlung, den Schiedsspruch anzuerkennen und beauftragt die Verbandsleitung, jetzt allen Bäder-Zustehern in Berlin und Umgegend denselben als unsere Forderungen zu unterbreiten.

Zur Bewegung im Baugewerbe.

Nicht weniger als 26 Mitgliederversammlungen hatte der Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgegend, einberufen, um den Mitgliedern in kleineren Kreisen Gelegenheit zu geben, sich über den Aussperrensbeschluss der Unternehmer und die dadurch notwendig werdenden Maßnahmen zu äußern. 11 dieser Versammlungen haben bereits gestern abend stattgefunden, die übrigen sind auf heute abend einberufen. Es zeigte sich in jenen Versammlungen, daß wie die übrigen Arbeiter des Baugewerbes, auch die Zimmerer sich keineswegs vor dem Kampf fürchten, den ihnen das Unternehmertum aufringt. Im Gegenteil, es trat häufig der Wunsch zutage, die Ausspernung sogleich mit einem allgemeinen Streik zu beantworten. Jedoch mahnten die Referenten zu einer künftigen, wohlüberlegten Taktik, wie sie bereits die Zustimmung der bei dem großen Kampf in Betracht kommenden Organisationsleitungen gefunden hat. Man wird zunächst eine abwartende Haltung einnehmen, um erst einmal zu sehen, wie denn die Unternehmer ihren Aussperrensbeschluss durchführen. Doch es sollen die notwendigen Gegenmaßnahmen dadurch keineswegs verzögert werden. Aus den Mitteilungen der Referenten ging hervor, daß alle Vorbereitungen getroffen sind, um den Kampf aufzunehmen und dem Unternehmertum ebenso ruhig wie entschlossen entgegenzutreten. Die guten Gründe, die für ein Kuges, wohlüberlegtes und einmütiges Vorgehen sprechen, fanden denn auch in den Versammlungen die nötige Würdigung.

Definitive Beschlüsse konnten nicht in den gestrigen und können ebensowenig in den heute stattfindenden Versammlungen gefaßt werden. Dazu ist bei den zentralorganisierten Zimmerern Berlins und der Vororte die Zahlstellenversammlung da, die sich aus Delegierten — je einer aus 50 Mitglieder — zusammensetzt. Die Bezirke, in denen gestern Versammlungen stattfanden, haben dort zugleich ihre Delegierten zur Zahlstellenversammlung gewählt, und derselbe Punkt steht auch auf der Tagesordnung der auf heute einberufenen Versammlungen.

Deutsches Reich.

Achtung! Formner und Gießerarbeiten.

Die Kollegen in Budapest sind in den Aufstand getreten. Budapest ist für Formner und Gießerarbeiten gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Grifferte Freiheit.

Ein Studium von Aniges Umgang mit Menschen wäre den Unternehmern des Dresdener Barbier- und Friseurgewerbes sehr zu empfehlen. Seit einem Monat finden Verhandlungen über den Abschluß eines Lohnvertrages zwischen Meistern und Gesellen

statt. Es wurde schließlich noch eine Einigung zwischen den Vertretern der Innung und denen der Gehilfen erzielt. Hauptergebnis dieser Einigung war ein Lohn von 18,50 M. Als aber die Innungsversammlung der Meister dazu Stellung nehmen sollte, wozu der Gehilfenauschuss eingeladen war, erhob sich nach der Begründung der Lohnforderung durch den Obmann des Gehilfenauschusses ein wüster Lärm, daß der Gehilfenauschuss es vorzog, nachdem auch diese Hauptforderung abgelehnt worden war, den Saal zu verlassen und die Verhandlungen abzubrechen. Hinter den Abziehenden riefen die noblen Meister her: „Freche Lämmels“, „Schafe“ usw. — Für die Kundschaft ein süßes Lächeln, für ihre Arbeiter ein freches Wort!

Zum Konflikt bei Seidel u. Raumann.

Der Firma Seidel u. Raumann scheint das Wasser an der Kehle zu stehen. In einer Provinzialzeitung der Umgebung Dresdens steht eine Notiz, die wahrscheinlich von ihr inspiriert ist. Darin wird gesagt, daß sie mit Aufträgen besonders aus Rußland überhäuft und nicht instande ist, diese Lieferungen ordnungsgemäß zu bewirken. Ihre Hausmeister — von denen sie angeblich 1500 in ihrem Betriebe haben will, scheinen demnach an einem starken Mangel an Leistungsfähigkeit zu leiden. Zugleich wird in dem „Führer“ darauf hingewiesen, daß „man hört“, daß an den Oberbürgermeister Beutler und an den Geheimrat Böhmert wegen Uebernahme der Vermittlung zwischen der Firma Seidel u. Raumann und deren Arbeitern herangetreten werden soll.

Die Arbeiter sehen diesen Vermittlungsversuchen mit kühler Gelassenheit entgegen. Sie können das mit Rücksicht auf ihre gute und leistungsfähige Organisation und auf die Situation, in der sich die Firma durch eigene Schuld befindet. Es hat sich auch in diesem Falle einmal wieder gezeigt, daß dafür gesorgt ist, daß die Räume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen können. Nebenfalls wird eine Vermeidung des Kampfes nur eintreten können, wenn von der Firma Garantien dafür gegeben werden, daß sie mit ihren Provokationen und Mahregelungen aufhört und ehrlich einen geschlossenen Frieden hält. Sie wird wohl die harten Lehren, die ihr der Verlauf der vorjährigen Ausspernung und des diesjährigen Streiks gegeben haben, so bald nicht wieder vergessen.

Die Wahlen in Oesterreich.

Gestern fanden in Oesterreich die so lange ersehnten Neuwahlen des aufgelösten Abgeordnetenhauses statt: die ersten Wahlen nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht! Es ist begreiflich, daß man ihren Ergebnissen allenthalben mit der größten Spannung entgegensteht.

Das Abgeordnetenhaus besteht nach dem neuen Wahlgesez aus 516 Abgeordneten, doch wurde gestern in Galizien und Dalmatien noch nicht über alle Mandate entschieden, da für diese beiden Länder mehrere Wahlstage bestehen. Aber sonst wurde in allen Ländern Oesterreichs gewählt.

Nach Nationen gereiht ist die Gruppierung folgende:

Deutsche Abgeordnete	238
Tschechische	107
Slowenische	24
Italienische	19
Rumänische	5

Dazu kommen noch galizische, dalmatinische, ruthenische, serbokroatische Mandate, so daß im ganzen gestern 439 Abgeordnete zu wählen waren.

Die Sozialdemokratie hat in fast allen Wahlbezirken Kandidaten aufgestellt, die deutsche und die tschechische Sozialdemokratie in allen Wahlbezirken, die übrigen Parteigenossenschaften in allen industriellen Gebieten.

Ueber die Wahlergebnisse liegen uns folgende Telegramme vor:

Wien, 14. Mai, 8 Uhr abends. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die erste Wahl des allgemeinen Wahlrechts entsefette überall eine gewaltige Wahlbeteiligung. Insbesondere in Wien und Niederösterreich, wo die Wahl-Pflicht gilt, stieg die Wahlbeteiligung auf über 90 Prozent.

Ein großer Wahlsieg der Sozialdemokratie ist schon jetzt zu erkennen. Gewählt sind bisher in

Wien:

Abler und Kenmann in Favoriten, Schummeier und David in Ottakring, Seis in Floridsdorf, Ellenbogen in Brigittenau, Skaret in Rudolfsheim, Widholz in Simmering.

Die Liberalen eroberten in Wien die innere Stadt I und kommen in Leopoldstadt I und Alsergrund I in sichere Stichwahl. In Himmelspfort kommt Fortner (Soz.) mit dem christlichsozialen Mechaniker Schneider in Stichwahl.

In den niederösterreichischen Landstädten sind die Christlich-Sozialen überall geschlagen worden. Vier Mandate haben die Sozialdemokraten erobert, und zwar sind gewählt: Smitta in Ebreichsdorf, Tomshil in Piesing, Bretschneider in Lilienfeld, Dr. Renner in Reunkirchen.

Bisher sind im Reich 21 deutsche Sozialdemokraten gewählt. Einen gewaltigen Sieg haben die tschechischen Genossen zu verzeichnen.

Wien, 14. Mai, 9 Uhr abends. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bisher sind 32 Sozialdemokraten, und zwar 20 deutsche und 12 tschechische gewählt. Von den deutschen entfallen 8 auf Wien, 4 auf das übrige Niederösterreich, 6 auf Böhmen, je einer auf Mähren und Kärnten. In Wien stehen die Sozialdemokraten außerdem in 4 Bezirken in Stichwahl, in Niederösterreich in 3 Bezirken, darunter in Baden Genosse Binarski gegen den Unterrichtsminister Dr. Marchel.

Wien, 15. Mai. (Privatdepeche des „Vorwärts“.) Bisher 43 Siege. Die Fraktion wird daher 60 Mandate stark.

Wien, 14. Mai. Die Beteiligung an den Reichstagswahlen, die heute früh um 8 Uhr begonnen haben und um 5 Uhr nachmittags enden, ist eine rege; trotzdem zeigt die Stadt das gewöhnliche Bild. Der Andrang der Arbeiterschaft zur Wahl war schon in den ersten Morgenstunden ziemlich lebhaft. Auch aus den Landeshauptstädten wird eine rege Wahlbeteiligung gemeldet.

Wien, 14. Mai, 3 Uhr nachm. (B. L. B.) Die Wahlen vollziehen sich bisher sowohl in Wien wie in der Provinz in großer Ruhe und Ordnung, nur aus Galizien laufen wieder Beschwerden über Wahlbeeinträchtigungen durch Polen und durch Regierungsorgane ein. Die Wahlergebnisse werden erst in später Nachtstunde, zum Teil erst morgen bekannt werden, da jede Gemeinde von 500 Einwohnern Wahlort ist. Man rechnet auf zahlreiche Stichwahlen. Wo die Wahlpflicht eingeführt wurde, ist die Wahlbeteiligung enorm; in Wien waren mittags in allen Sektionen mehr als die Hälfte der Stimmen abgegeben.

Wien, 14. Mai, 9 1/2 Uhr abends. (B. L. B.) Von 33 Wiener Wahlbezirken sind bisher 29 Resultate bekannt geworden. Siervon sind 19 Christlich-Soziale, 6 Sozialdemokraten und ein Deutsch-Fortschrittlicher gewählt. In 3 Wahlbezirken finden Stichwahlen statt. Vier Resultate stehen noch

aus. Unter den gewählten Christlich-Sozialen wurde Bürgermeister Lueger zweimal gewählt.

Wien, 14. Mai, zehn Uhr abends. (B. L. B.) Die bisherigen Wahlmeldungen ergeben ein starkes Anwachsen der Sozialdemokratie, insbesondere in Böhmen, wo 20 bis 23 Sozialdemokraten gewählt werden dürften. Die Führer der Alldeutschen Schönerer und Stein sind in Eger und Aisch den Sozialisten unterlegen. Dagegen wurde Graf Adalbert Sternberg in Kuttenberg wiedergewählt. In Wien, Innere Stadt, wurde Ministerialrat Kamill Kuranda, Deutsch-Fortschrittlich, gewählt, in der Leopoldstadt kommt der Sozialpolitiker Dr. Julius Diner in Stichwahl mit dem Christlich-Sozialen Kammerat Jekowit. In dem Parkviertel siegte der Christlich-Soziale Bielowet mit 40 Stimmen gegen den Deutsch-Fortschrittlichen Dr. von Layenthal.

Böhmen.

In Böhmen sind 130 Mandate zu vergeben: 75 deutsche und 55 tschechische. Um diese 130 Mandate bewerben sich — abgesehen von 40 Zählkandidaten — nicht weniger als 465 Mann! Die Sozialdemokraten haben in allen 130 Kreisen Kandidaten aufgestellt.

Wir erhielten folgende Nachrichten:

Prag, 14. Mai, nachm. 4 Uhr. (Privatdepeche des „Vorwärts“.) Die Wahlbeteiligung in allen Prager Bezirken und auch auf dem Lande ist — soweit bis jetzt Nachrichten vorliegen — sehr groß. In Klado und in Bilfen ist Militär konfigniert: Man befürchtet Krawalle. In Aisch geht die Wahl unter sehr großer Erregung vor sich. Das Mandat des berüchtigten Alldeutschen Franko Stein ist gefährdet.

Prag, 14. Mai. (9,32 Uhr nachmittags.)

(Privattelegramm des „Vorwärts“.) Ein großer Wahlsieg der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie in Böhmen. Bis 8 Uhr waren Sozialdemokraten gewählt:

Tschechen:

In Prag 6: Soukup. Prag 7: Kemec. Prag-Smichow: Winter. Prag-Bizlow: Cerny. Prizibram: Johannis. Klado: Auzl.

Landgemeinden: Sonidow: Eweceny. Schlan: Hornof. Bilfen: Habermann. Rokihan: Bid. Böhmisches-Brod: Jarofch.

Deutsche.

Aufzig: Schrammel. Duz: Heinrich Beer. Kragan: Hanusch. Reichenberg-Land: Schäfer. Teitschen: Rieger. Aufzig-Land: Ventel. Teplitz: Seeliger. Friedland: Winowsky. Eger (Land): Doetsch.

In Mähren.

Tschechen:

Brünn II: Ohbesh. In Stichwahl stehen in Böhmen vorläufig 10 tschechische und 4 deutsche Genossen. Gewählt sind bisher 12 tschechische und 9 deutsche.

Die 5 im Aufziger Gebiet gewählten Genossen haben große Majoritäten erzielt.

Bukowina.

Gernowit, 14. Mai. (B. L. B.) Bei den Wahlen kam es hier heute zu blutigen Zusammenstößen zwischen Antisemiten und Sozialdemokraten, sodaß Militär einschreiten mußte.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine verunglückte Breslauer Justifikation.

Breslau, 14. Mai. (Privatdepeche des „Vorwärts“.) In dem heute zur Verhandlung gekommenen Prozeß wegen der im Jahre 1906 gehaltenen Rede des Genossen Redakteur Albert beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung. Das Gericht entschied demgemäß. Diese verunglückte Aktion gegen Albert gewinnt an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß die Rede im Vorjahre als so frevelhaft angesehen wurde, daß der Untersuchungsrichter den Missetäter in Untersuchungshaft steckte.

Ertrunken.

Krefeld, 14. Mai. (B. S.) Im Spoh-Kanal in Cleve sind drei Personen ertrunken.

Raubmord.

Kuhrort, 14. Mai. (B. S.) In Buschhausen wurde der Arbeiter van Peer mit 20 Messerschneiden im Bett tot aufgefunden. Der Mann, Vater von 4 Kindern, ist einem Raubmord zum Opfer gefallen. Der Mörder ist unerkannt entkommen.

Fabrikbesitzer und Brandstifter.

München-Giesbach, 14. Mai. (B. S.) Der Welschmiedfabrikant Kraus, seine Frau und deren Vater wurden wegen des dringenden Verdachts der Brandstiftung und des Betruges zum Nachteil der Versicherungsgesellschaft verhaftet. In der Fabrik waren mehrfach Brände ausgebrochen.

Die Furcht vor der Organisation.

London, 14. Mai. (B. L. B.) Nach einer Meldung des Evening Standard sind die Direktoren aller großen Eisenbahngesellschaften bereits zusammengesessen, um über die Forderungen ihrer Leute zu beraten, und haben mit Ausnahme der North-Eastern Railway-Gesellschaft einstimmig beschlossen, fest zusammenzusteilen und unter keinen Umständen den Eisenbahnerverband als Vertreter der Eisenbahngestellten anzuerkennen.

Die Unruhen in Indien.

London, 14. Mai. (B. L. B.) Nach einer Meldung des Evening Standard aus Ladnan hat in Delhi, wo die Hindus an Zahl gegen die Mohammedaner überwiegen, ein erster Tumult auftrereicheren Charakters stattgefunden. Einer dort befindlichen Statue der Königin Victoria soll die Krone abgeschlagen sein. Die Unruhe in der Bevölkerung ist jetzt bereits bis zum Süden der Halbinsel vorgebrungen. In Madras patrouillieren Truppen in den Straßen.

Lohnerhöhung.

New Bedford (Massachusetts), 14. Mai. (B. L. B.) Die Vereinigung der Baumwollfabrikanten hat den Beschluß gefaßt, die Löhne um 10 Proz. zu erhöhen. Diese Lohnerhöhung erstreckt sich auf 25 000 Angestellte.

Reichstag.

58. Sitzung vom Dienstag, den 14. Mai 1907, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratssitzung: Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Stengel, Kraetke, v. Einem, Dernburg.

Der Antrag auf Vertagung des Reichstages bis zum 19. November wird debattelos angenommen.

Ein schleuniger Antrag Dr. Abt (fr. Sp.) auf Einstellung einer gegen den Abg. Dr. Reumann-Hofer (fr. Sp.) schwebenden Privatklage wird debattelos angenommen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Auslieferungsvertrages zwischen dem Reich und Griechenland.

Abg. Dr. Müller-Reiningen (fr. Sp.): Wir werden den Vertrag annehmen, nachdem wir die Einzelheiten geprüft haben. Doch bitten wir, daß so wichtige Angelegenheiten uns in Zukunft etwas früher zugehen. Auch wünschen wir ein Auslieferungsgesetz, durch welches die Prüfung der Auslieferungen vor einem unabhängigen Gericht festgelegt wird. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Heine (Soz.):

Auch wir wollen dem Vertrage nicht widersprechen. Ich halte es aber für nötig, um eine Aufklärung hinsichtlich des Wortlauts in einem Punkte zu bitten. Es heißt im ersten Absatz des Artikels 6: „Die Auslieferung soll nicht bewilligt werden, wenn die strafbare Handlung... als ein politisches Vergehen... angesehen wird.“ Im zweiten Absatz heißt es dann: „Der Ausgelieferte darf wegen seiner anderen Straftat... bestraft werden.“ Warum dieser Wechsel im Ausdruck? Wir haben eine ziemlich bestimmte juristische Terminologie, die zwischen „Soll“ und „Muss“-Vorschriften unterscheidet. Die Wahl des Ausdrucks „Soll“ läßt erkennen, daß es sich nur um einen Wunsch handelt. Der französische Text dagegen läßt vermuten, daß es sich auch im ersten Absatz um eine „Muss“-Vorschrift handelt. Wozu dann aber der Widerspruch des Ausdrucks im ersten und zweiten Absatz, der sehr leicht dazu benutzt werden könnte, die Bedeutung des ersten Absatzes abzuschwächen. Ich würde dankbar sein, wenn die Erklärung des Regierungsvorstehers klar erkennen ließe, daß es sich auch im ersten Absatz um eine „Muss“-Vorschrift handelt. Im übrigen haben wir nichts gegen den Vertrag einzusetzen. Unsere Stellung zu den Auslieferungen überhaupt ist schon verschiedentlich im Hause erörtert worden. In Rücksicht auf die Geschäftsfrage des Hauses will ich heute auf weiteres verzichten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im auswärtigen Amt Geheimrat v. Frankfus: Der Wechsel des Ausdrucks ist dem französischen Text angepaßt. Eine Bedeutung hat der Wechsel des Ausdrucks nicht, es handelt sich nur um kleine Nuancen der Sprache.

Abg. Kirsh (Z.) [auf der Tribüne verständlich] scheint dem Wunsch nach einem Auslieferungsgesetz zu widersprechen.

Abg. Heine (Soz.): Die Erklärung des Regierungsvorstehers befriedigt mich, doch hätte man im ersten Absatz den Text klarer überlegen können mit: „wird nicht bewilligt werden“, wie es zum Beispiel in Belgien Auslieferungstratägen geschehen ist. Dann wäre der Zweifel von mir gar nicht erhoben worden. Da die Juristen den Grundsatze aufstellen, daß in die Worte alles hineinzu legen ist, was hineingelegt werden kann, und da sie selbst feierliche Erklärungen vom Regierungssitz und vom Parlament nicht immer spekulieren, so kann man bei der Wahl seiner Ausdrücke nicht vorichtig genug sein.

Dem Abg. Kirsh erwidere ich, daß ich nicht einsehe, warum wir nicht durch ein Gesetz das Verfahren unserer Behörden bei der Auslieferung regeln sollen, wobei dann das Gesetz den mit anderen Staaten zu schließenden Verträgen zugrunde zu legen wäre. (Beifall links.)

Abg. Dode (fr. Sp.) spricht sich ebenfalls für ein Auslieferungsgesetz aus.

Abg. Dr. Junk (natl.): Auch im ersten Absatz des Artikels 6 handelt es sich um eine „Muss“-Vorschrift und es lohnt sich wohl, daß das hier ausdrücklich festgelegt wird. Was den Gedanken eines Auslieferungsgesetzes anlangt, so treten auch wir den Regierungen der Partnerstaaten bei. Es würde sich bei dem Gesetz darum handeln, die Grundsatze festzulegen, nach welchen mit anderen Staaten Auslieferungstratägen geschlossen werden sollen. England z. B. besitzt ein solches Auslieferungsgesetz, und es sieht nichts im Wege, daß auch wir ein solches schaffen.

Dann schließt die Diskussion. Der Reichstag wird in seinen einzelnen Bestimmungen angenommen.

Ein Auslieferungsvertrag zu dem Auslieferungstratägen zwischen dem Reich und Norwegen wird debattelos in dritter Lesung, ebenso das Handelsprotokoll zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten angenommen.

Die drei neuen Beamtenpensions- und Hinterbliebenenversorgungsgesetze beantragt Abg. v. Heibelberg (natl.) en bloc anzunehmen. Das kann nur geschehen, wenn niemand widerspricht. Das ist nicht der Fall. Die drei Gesetze werden also in dritter Lesung einstimmig en bloc angenommen.

Darauf wird die dritte Lesung des Reichshaushaltsetats beim Etat des Auswärtigen Amtes

fortgesetzt. Abg. Wassermann (natl.) und Dr. Müller-Reiningen (fr. Sp.) klagen über die mangelhafte und energielose Vertretung der deutschen Interessen im Auslande. Insbesondere habe die Regierung nicht gekümmert, an die russische Regierung Schadenersatzforderungen für die durch die Aufstände geschädigten Firmen zu stellen.

Staatssekretär v. Tschirschky: Den Vorwurf, daß es der deutschen Vertretung im Auslande an Energie in der Wahrung des deutschen Interesses mangle, muß ich entschieden zurückweisen. Die russische Regierung hat allen Staaten gegenüber die Entschädigung für die Schäden der Aufstände abgelehnt. Dagegen können wir völkerrechtlich nichts unternehmen. (Ironisches Bravo!)

Abg. Dr. Müller-Reiningen (fr. Sp.): Eine vereinte Aktion der Kulturmächte könnte Ausland wohl eine andere völkerrechtliche Auffassung beibringen. (Sehr wahr links.)

Abg. Held (natl.) verteidigt den Allgemeinen Schuldverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande gegenüber Angriffen, die der Abg. v. Chiznowski in der zweiten Lesung erhoben hat. Damit schließt die Diskussion; der Etat wird bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichsamtes des Innern.

Abg. Raden (Z.) führt Klage über die Unterdrückung des Koalitionsrechts durch die unteren Polizeiorgane, denen jeder Sinn für soziale Gleichberechtigung und Gerechtigkeit fehle. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie glaubten, sich eine besonders gute Note zu erwerben, wenn sie recht brutal gegen die Arbeiter vorgingen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bei einem Streik der Metallarbeiter bei Aachen habe man den gütlich unbescholtenen christlichen Gewerkschaftsführer Schümmer früh um 5 Uhr aus dem Bette verhaftet und ihn zu Fuß nach Aachen geführt, begleitet von einem Gendarmen zu Fuß und einem Gendarmen zu Pferde! Die Bevölkerung sei sehr überzeugt, daß diese Verhaftung weniger aus landespolizeilichen Gründen als dem Unternehmer zuliebe erfolgt sei, dem man den verhassten Gewerkschaftsführer vom Hals schaffen wollte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Solche Vorgänge beweisen die Unhaltbarkeit des § 153 der Gewerbeordnung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Strombeck (Z.) verteidigt die christlichen Hausierer des Reiches gegen die Angriffe anderer Zentrumsabgeordneter.

Abg. Hue (Soz.):

Ich muß Ihre Aufmerksamkeit auf

die Explosion der Roburritfabrik in St. Annen

lenken, die sich am 11. November vorigen Jahres ereignet hat. 40 Menschen sind dabei getötet, über 50 sind schwer, zirka 100 leicht verletzt. Der materielle Schaden, der verursacht ist, beträgt drei Millionen Mark, wovon 700 000 M. durch freiwillige Sammlungen gedeckt sind. Eine ganze Reihe von Häusern sind vollständig zerstört; sie stehen aus, wie wenn sie Stundenlang mit Granaten beschossen wären. Betroffen sind in erster Linie vor allem kleine Leute, vielfach Bergarbeiter, deren eigenes kleines Haus völlig zerstört ist und die kein Geld haben, es wieder aufzubauen. Die Feuerversicherungsgesellschaften — mit Ausnahme der Spiegelglasversicherung — haben sich geweigert, eine Entschädigung zu zahlen, da die Ursache der Schäden eine Explosion, nicht Feuer gewesen ist! Man fragt es sich, wer für den Schaden haftbar ist. Roburit wird als „Sicherheits-Sprengstoff“ behandelt, obwohl bereits vor der letzten Explosion zwei Explosionen sich ereignet hatten. Die Konzessionierung einer Roburritfabrik erfolgt, wenn nach der Veröffentlichung im Amtsblatt kein Widerspruch der Anwohner erfolgt. Wer liest aber diese Veröffentlichung, und wer erhebt Widerspruch, wenn die Behörde die Herstellung von Roburit für gefahrlos hält? Auch heute noch lagern große Mengen von Roburit in unmittelbarer Nähe von menschlichen Wohnungen, als ob nichts passiert wäre. Die Bestimmungen über die Konzessionierung von Roburritfabriken und über das Lagern sowie das Transportieren von Roburit bedürfen dringend einer Revision; es geht nicht an, daß dieser Sprengstoff wie bisher wie ein Sicherheits-Sprengstoff auf den Eisenbahnen verladen und transportiert wird. Aber abgesehen von dieser Frage: Wer erlegt den armen Leuten ihren Schaden? Die Fabrikbesitzer sollen zahlungsunfähig sein; die Feuerversicherungsgesellschaften erklären sich — wie gesagt — nicht für verpflichtet. Allerdings soll nach den Untersuchungen der Behörde die primäre Ursache der Explosion Feuer gewesen sein, jedoch die Gesellschaften doch wohl haftbar gemacht werden könnten. Wenn das aber nicht der Fall ist und wenn auch die konzessionierende Behörde nicht haftbar ist, wer entschädigt dann die armen Leute? Ueber diese Frage herrscht im ganzen Ruhrgebiet bei keiner Partei Meinungsverschiedenheit. Aus den Mäulern aller Leute, die zu uns kamen, klang heraus: Wenn wir bei solchem Unglück nicht entschädigt werden, sind wir tatsächlich vogelfrei; jeden Tag kann eine solche Katastrophe sich wieder ereignen!

Ich wäre am ersten geneigt, der konzessionierenden Behörde die Haftpflicht aufzuerlegen. Nachdem schon vorher sich Explosionen ereignet hatten und die Leute, im Vertrauen auf die Behörde, sich beruhigt hatten, hat diese die moralische Pflicht, die armen Leute mindestens mit unerschöpflichen Darlehen zu unterstützen oder auch ihnen eine volle Entschädigung zu zahlen. Ich rede hier nicht für die reichen Fabrikbesitzer, sondern für die Leute, die arm sind wie Iob, die ihr Alles verloren haben und wie die Tiere des Waldes kein Heim finden. Es wäre wohl angebracht, daß das Reich für diese Leute etwas übrig hat. Als vor wenigen Tagen hier die Entschädigungsfrage für die südafrikanischen Farmer erörtert wurde, wurde von allen Seiten betont, daß ein Rechtsanspruch der Farmer nicht existiert, wohl aber die moralische Verpflichtung des Reiches gegenüber den Leuten, die im Vertrauen auf das Reich sich dort niedergelassen haben. Gilt das nur für die Reichsangehörigen im Auslande? Für die, die sich in Afrika oder Aßen ansiedeln und nicht ebenso oder vielleicht noch mit mehr Recht für die Einwohner unseres Landes? Haben nicht auch diese ein Recht darauf, daß bei solchen Katastrophen die Regierung und der Reichstag ihnen beistehen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine, auch hier liegt eine nationale Pflicht vor. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht könnte die Regierung einige hunderttausend Mark aus dem ihr zur Verfügung stehenden Dispositionsfonds zur Hilfeleistung bereit stellen. Ich erinnere an die grobartige Hilfe, die der amerikanische Kongreß bei dem Unglück in San Francisco den dortigen Wirgern geleistet hat. Auch das französische Parlament hat in ähnlichen Fällen schon Hilfeleistungen gewährt. Ich weiß wohl, daß der Staatssekretär mich an den preussischen Staat verweisen wird. Aber ich appelliere an den Reichstag, daß man die offene Hand, die man den südafrikanischen Farmern gezeigt hat, auch den armen westfälischen Bergleuten zeigt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich halte es für möglich, daß ein zunächst sicherer Explosionsstoff allmählich innere Ferkungen erleidet, durch welche er im Laufe der Zeit gefährlich werden kann. Der preussische Handelsminister hat mich gebeten, durch Vermittlung des auswärtigen Amtes zu ermitteln, unter welchen Bedingungen in anderen Staaten Konzessionen an derartige Fabriken erteilt werden. Ich entnehme daraus, daß er eine Revision der Bestimmungen auch bei uns für notwendig hält. Ich werde feinerzeit Mitteilungen darüber machen. Die Entschädigungsfrage ist so schwierig, daß ich mich darüber nicht äußern kann. Einerseits ist es eine zivilrechtliche Frage gegenüber den Feuerversicherungsgesellschaften, andererseits ist es eine Frage der Ermägung der zuständigen preussischen Instanzen. Ich werde nicht ermangeln, über die Ermägungen dieser Instanzen Ihnen Mitteilung zu machen.

Abg. Carstens (fr. Sp.): Ich muß auf die Ausführungen zurückkommen, die der Abg. Horn bei der zweiten Beratung über die Verhältnisse der Glasarbeiter

gemacht hat. Die Gefahren in diesen Betrieben sind gewiß sehr groß, und das Reichsgesundheitsamt muß ihnen seine Aufmerksamkeit zuwenden. Auch das Verlangen nach Schutzvorschriften ist berechtigt. Aber von den Unternehmern sind vielfach Schutzvorrichtungen eingeführt worden, ehe die Sozialdemokraten ihre Wünsche in demagogischer Weise aufgestellt haben. Das völlige Verbot der Nachtarbeit ist in der Praxis unausführbar. Ich unterbreite mit den Sozialdemokraten das Verlangen nach Erweiterung der Sonntagsruhe, bemerke indes, daß völlige Sonntagsruhe nicht immer durchführbar ist. Ebenso bin ich ein Freund der Verkürzung der Arbeitszeit; doch haben wir durchschnittlich, wie die Berichte der Fabrikinspektoren beweisen, nicht eine zwölf- bis fünfzehnstündige, sondern eine zehnstündige Arbeitszeit, und von dieser kann man nicht ohne weiteres auf eine achtstündige heruntergehen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Spahn (Z.) [auf der Tribüne schwer verständlich] wünscht, daß der Etat zeitiger vorgelegt wird.

Reichshaussekretär Freiherr v. Stengel: Wir sind immer bestrebt, den Etat so zeitig wie möglich an den Reichstag zu bringen. Ausnahmsweise Verspätungen haben stets ihren Grund in ausnahmsweisen Verhältnissen. Aber alles auf der Welt hat seine zwei Seiten. (Große Heiterkeit.) Und wenn man das Reichshausamt zu sehr drängt, so würde der Etat erheblich teurer werden.

Abg. Dr. Strauß (natl.): Die Darstellung des Abg. Hue von der Roburritexplosion in St. Annen kam ich im großen und ganzen befähigen. Aber gegen die Behörden ist wohl kein Vorwurf zu erheben. Roburit wurde allgemein für sicher gehalten, auch hatten in derselben Fabrik schon zwei Brände stattgefunden, ohne daß eine Explosion eintrat. Natürlich ist damit nicht gesagt, daß nicht eine Neuordnung der Bestimmungen über Roburit zu fordern ist. Die Frage der Haftbarkeit ist sehr schwer, und ich freue mich, daß der Staatssekretär versprochen hat, ein gutes Wort bei den Instanzen in Preußen einzulegen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Cuno (fr. Sp.): Ein Irrtum der Behörden über die Größe der Gefahr bei der Roburritfabrikation liegt wohl vor, freilich ein

entschuldigbarer Irrtum. Aber dieser Irrtum bedingt eine volle Haftpflicht der Behörden gegenüber den Geschädigten.

Abg. Dr. Gahn (Ed. d. Landm.): Die Frage der Roburritexplosion und der Entschädigung der Geschädigten gehört unzweifelhaft ins preussische Abgeordnetenhaus. Trotzdem ist es ein Verdienst des Abg. Hue, die Aufmerksamkeit auf diese Frage gelenkt zu haben. Die Haftbarkeit der Industriellen für Schäden, welche der Fortschritt der Industrie mit sich bringt, Verpestung der Luft, Verunreinigung von Flußläufen, Senken des Wasserpiegels usw. ist viel zu gering, namentlich verglichen mit der Haftpflicht von Landwirten. (Zustimmung rechts.)

Abg. Horn (Soz.):

Unter arbeiterfreundlicher Maske hat Herr Carstens hier den Standpunkt der Unternehmer vertreten. Wenn er gegen die achtstündige Arbeitszeit auftritt, so verweise ich ihn auf seinen Parteifreund Frese, in dessen Betrieb sie durchgeführt ist. In seinen Darlegungen stützte er sich auf die Berichte der Fabrikinspektoren. Ich kenne aber die Verhältnisse in den Glasbetrieben besser und werde im Herbst Veranlassung nehmen, auf die Zustände dieser Herren einzugehen. Herr Carstens kann versichert sein, daß, wenn die deutschen Glasarbeiter Forderungen erheben, diese genau überlegt und auch durchführbar sind. Die Forderungen der Sozialdemokratie, die auch die der deutschen Glasarbeiter sind, hat Herr Carstens als demagogische bezeichnet. Wenn seine Arbeiterfreundlichkeit echt wäre, so hätte er diese Forderungen unterstützen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das hat er nicht getan, und damit ist der Beweis erbracht, daß seine Arbeiterfreundlichkeit eine demagogische ist, die nur die Glasarbeiter irreführen soll. (Unruhe bei den Freisinnigen. Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Carstens (fr. Sp.): Ich habe keine Veranlassung, den Verichten der Fabrikinspektoren weniger Vertrauen zu schenken, als Herrn Horn. Die gegen mich gerichteten Vorwürfe sind unbedeutend. Von der Sozialdemokratie ist es bekannt, daß sie bei ihrer Agitation nicht wählertisch verfährt. Die Freisinnigen agitieren dagegen stets objektiv. (Zustimmung bei den Freisinnigen. Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Die Unterstellung, daß ich einseitig die Interessen der Unternehmer vertritt, weise ich entschieden zurück. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Raab (wirtsch. Vg.): Die Regierung sollte dem Egoismus der Reeder endlich energisch entgegenzutreten. Herr Hartmann hat sich über seinen Gegenstand nur bei Angestellten der Reedereien informiert; auf diesem Wege konnte er allerdings nicht erfahren, wie die Kapitäne in Wirklichkeit behandelt werden und wie ihre Gesundheit und oft sogar das Leben der Mannschaft leidlich gefährdet wird. Sozialpolitische Maßnahmen zugunsten der Seeleute sind nicht länger aufzuschieben; wir müssen nicht bloß an den Profit der Reeder, sondern auch an unsere 50 000 Brüder denken, die ihr saures Brot auf See erwerben müssen. (Beifall.)

Abg. Deckher (fr. Vg.): Die deutschen Schiffsahrtsvereinigungen halten in jeder Beziehung den Vergleich mit dem Auslande aus. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß deutsche Reedereien ihre Kapitäne unter Beachtung seemannischer Vorschriften mahlen lassen.

Abg. Raab (wirtsch. Vg.): Die Vorgänge der deutschen Schifffahrt beruhen auf ihrer durchaus zuverlässigen Mannschaft. Gerade deshalb müssen wir dafür sorgen, daß es dieser Mannschaft in unserer Marine auch gefalle. Gegenwärtig dient ein großer Teil der deutschen Seeleute auf englischen Handelsschiffen.

Abg. Cuno (fr. Sp.): Der Abg. Raab ist in den Fehler der Verallgemeinerung verfallen. Mit ihm muß ich es jedoch bedauern, daß die Reeder in neuerer Zeit das Koalitionsrecht ihrer Angestellten gefährden. (Beifall links.)

Abg. v. Wolff-Meternich (Z.) bespricht die Lage des Weinbaues in seinem Wahlkreise, bleibt jedoch auf der Tribüne verständlich.

Abg. Erzberger (Z.) trägt eine Reihe von Wünschen, betreffend die Versicherungsgebung und ihre Handhabung vor. Redner beklagt sich ferner darüber, daß die konservative Parteilichkeit in der Verwaltung der Krankenhäuser und Heilanstalten nicht gewahrt werde.

Staatssekretär Graf Posadowsky weist diese Angriffe in kurzen Worten zurück.

Abg. Hoch (Soz.):

rügt, daß die Landesversicherungsanstalten auf Gewerkschaftshäuser keine Hypotheken gewähren.

Anlässlich der zahlreichen Kanalarbeiten müssen wirksamere Unfallverhütungsvorschriften für den Tiefbau erlassen werden. Die meisten Unfälle in diesem Betriebe ereignen sich bei Transportarbeiten, die daher nur ganz eingearbeiteten Arbeitern übertragen werden dürfen. Wenn man ungeeignete Arbeiter verwendet, so entstehen natürlich Unfälle, für die die man aber die Arbeiter dann nicht verantwortlich machen kann. Aber die preussische Regierung sucht in der Desentlichtheit den Eindruck hervorgerufen, als wenn der größte Teil der Unfälle durch die Schuld der Arbeiter hervorgerufen wird. Die Gewerbeaufsichtsbeamten wurden beauftragt, den Umfang der Beteiligung der Arbeiter an der Unfallverhütung festzustellen, und erklärten, daß sie fast gar nicht beteiligt seien! Die Art der Fragestellung wirkt um so eigenartiger, weil gleichzeitig mit auffällender Sorgfalt alles vermieden ist, was auf eine Schuld der Unternehmer hindeuten könnte. Wenn die Arbeiter die Unfallverhütungsvorschriften nicht beachten, so hat das Anreißer- und Alfordsystem meistens die Schuld. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen die Meinung nicht auskommen lassen, als ob die Arbeiter die Schuld an den Unfällen haben, sondern mit allen Kräften müssen wir verlangen, daß eine stärkere Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften durch stärkere Kontrolle an der auch Arbeiter beteiligt sind, erzwungen wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Bei der Vorlage über die Erweiterung des Rordostseebans hat Graf Posadowsky geäußert, er halte es für ganz selbstverständlich, daß bei den Arbeiten möglichst nur deutsche Arbeiter Verwendung finden. Diese Ausführungen stehen in einem erfreulichen Gegensatz zu den Ausführungen des preussischen Landwirtschaftsministers, daß er zu den preussischen Kanalbauern nur ausländische Arbeiter verwenden wolle. Um dem ganzen die Krone aufzusetzen, hat das preussische Abgeordnetenhaus noch eine Resolution in diesem Sinne beschlossen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube nicht, daß der Staatssekretär im Reich so stark ist, um gegenüber Preußen seine Ansicht durchzudrücken. Vor kurzem hat sich auch das Herrenhaus mit der Frage der ausländischen Arbeiter beschäftigt und scharfe Worte gegen die Agenten gebraucht, die unter allen möglichen Versprechungen ausländische Arbeiter ins Land ziehen. Wir haben gegen die ausländischen Arbeiter an sich nichts. Wir gönnen ihnen Lohn und Brot. Aber wir sind der Meinung, daß in Deutschland hinreichend Arbeitskräfte vorhanden sind. Und dann können die ausländischen Arbeiter schon deswegen nicht genug vor der Einwanderung nach Deutschland gewarnt werden, weil sie, wenn sie Recht verlangen, ausgewiesen werden, ausgewiesen, weil die Unternehmer die intimsten Beziehungen zur Polizei unterhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter sind wir gegen eine Beschäftigung ausländischer Arbeiter bei den Kanalbauern, weil diese Beschäftigung einer der wesentlichsten Faktoren zur Erhöhung der Unfallziffer ist. Im Bereiche der Tiefbauwerkstoffgesellschaft sind im Vorjahr allein mehr denn 12 000 Unfälle vorgekommen. Witten im Frieden geht so eine ganze Armee von Arbeitern an Leben und Gesundheit zugrunde. Das ist eine nationale Schmach. Auch bei dieser Frage sehen wir den Widerstand Preußens gegenüber einer vernünftigen sozialen Regelung im Reich. (Warm rechts.) Es gibt nichts Antinationaleres, nichts Antipatriotischeres, als wenn man nationale

Hande mit ausländischen Arbeitern dort, die den deutschen Arbeitern das Brot wegnehmen. Hoffentlich wird Graf Rodatowski seine feierlichen Versicherungen in die Tat umsetzen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Köhler (Wirtsch. Bg.): Die Landwirtschaft kann für Kamalbauten keine Arbeitskräfte mehr abgeben. Der Etat wird bewilligt. Es folgt

Der Reichsjustizetat.

Abg. Stadthagen (Soz.): Nach der Reichsverfassung darf an einem vom Reichstag und Bundesrat beschlossenen Gesetz ohne Genehmigung dieser Instanzen keine Änderung vorgenommen werden. Tatsächlich sind aber am Braukerzeugungsgesetz und am Erbschaftsteuer-gesetz nachträglich sogenannte „Berichtigungen“ vorgenommen worden. Das ist zweifellos unzulässig. Es ist ja erklärlich, wenn bei der Hast, mit der Regierung und Reichstagsmehrheit damals die neuen Steuern einbringen wollten, Fehler vorkamen. Aber zu jeder Berichtigung ist die Genehmigung des Reichstags erforderlich, und die jetzige Methode widerspricht dem Gesetz und der Verfassung. Dazu kommt, daß die Berichtigungen des Reichsanwalters ohne jeden Grund gemacht worden sind. Bei § 8 des Unfallversicherungsgesetzes ist ein ähnliches Versehen vorgenommen. Hier aber handelt es sich um ein Gesetz im Interesse der Arbeiter, daher hat der Reichsanwalters eine Korrektur nicht für nötig befunden. (Hört! hört!) Ebenso wenig in dem § 1715 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach der Vater verpflichtet ist, der Mutter die Kosten der Ernährung und des Unterhalts in den ersten sechs Wochen nach der Entbindung innerhalb der Grenzen der Notdurft zu ersetzen. Die Worte „innerhalb der Grenzen der Notdurft“ sind im Jahre 1896 von der großen Mehrheit des Reichstags gestrichen worden, aber in der Zusammenstellung sind aus Versehen diese Worte stehen geblieben. Durch diesen Fehler sind die unehelichen Kinder auf das schwerste geschädigt. Wir müssen dringend verlangen, daß auch in diesen Fällen die Fehler verbessert werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Reichssekretär Herr v. Stengel: Die Behauptung, daß der Herr Reichsanwalters sich in diesem Falle einer Verfassungsverletzung schuldig gemacht hat, ist eine große Übertreibung. (Sehr wahr! rechts.) Als der Druckfehler gemerkt wurde, war der Reichstag nicht mehr versammelt. Gleich nach seinem Zusammentritt ist ihm die Veränderung des Textes mitgeteilt worden.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Bp.): Auch wir sind der Ansicht, daß man nachträgliche Änderungen von Gesetzestexten nicht leicht nehmen sollte. Im vorliegenden Falle ist das Reichsschatzamt loyal verfahren.

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich erwarte, daß man nun auch den Druckfehler beseitigen wird, durch den die unehelichen Kinder so geschädigt sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Etat wird hierauf angenommen. Es folgt der

Etat des Reichseisenbahnnetzes.

Abg. Storz (libd. Bpt.) tritt für die Betriebsmittelgemeinschaft der Eisenbahnen ein.

Abg. Richter (B.) tritt dem entgegen. Herrscher Bundesratsvollmächtigter Geheimrat Dr. v. Reibhardt: Ich muß dem Vorredner entgegen treten. Der Vertrag mit Preußen hat uns nicht geschadet. Auch herrscht keineswegs in Hessen allgemeine Unzufriedenheit.

Abg. Ulrich (Soz.):

Hätte der hessische Vertreter Gelegenheit, zu hören, wie man sich im hessischen Landtag über die Frage äußert, so hätte er das hier nicht gesagt. (Heiterkeit.) Selbst die Nationalliberalen sind dort bezüglich des Eisenbahnwesens mit den anderen Parteien einverstanden. (Hört! hört! im Zentrum.) Gewiß dürfen wir Eisenbahnen bauen, wenn wir sie beschließen; aber sie werden dann nicht in die Gemeinschaft einbezogen, sie bekommen keine Anschüsse und schwächen in der Luft. (Heiterkeit.) Es heißt in dem Vertrag, daß die Wünsche Hessens „tunlichst“ berücksichtigt werden sollen. Was aber für Hessen „tunlich“ ist, entscheidet Preußen! (Große Heiterkeit.) Wir treten für eine Reichseisenbahngemeinschaft ein, nicht für eine mit Preußen.

Abg. Herr v. Camp (Rp.): Der Vorredner möge im hessischen Landtag doch für die Kündigung der preussischen Eisenbahngemeinschaft eintreten. Es ist undankbar von den Hessen, das Geschenk, das sie von Preußen erhalten, nicht anzuerkennen. (Lebhaftes Wohl im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Würde der Vorredner das preussische Eisenbahnstudium, so würde er wissen, daß Preußens Eisenbahnpolitik eine großzügige ist. (Beifall rechts.)

Abg. Ulrich (Soz., mit Lärm rechts empfangen): Herr v. Camp empfiehlt uns, das preussische Eisenbahnnetz zu studieren. Würde er unseren Vertrag mit Hessen nur ein wenig studieren, so könnte er uns nicht raten, ihn zu kündigen; denn er ist un kündbar. Wenn er sagt, Preußen verschänke etwas an Hessen, so glaubt er das wohl selbst nicht. (Heiterkeit.) Bei uns sagt man:

Preußen ist wie's Reer:

Was es hat, gib's nicht mehr her."

(Große Heiterkeit.) Hat Preußen schon jemals etwas verschenkt? (Schallende Heiterkeit.) Ich verspreche Ihnen, die Frage der Reichseisenbahnen nicht mehr aus dem Auge zu lassen, aber wenn alle Staaten ebenso wie wir Hessen in Preußen aufgehen sollten, so wäre das ein nationales Unglück. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Herr v. Camp (Rp.): Jeder Vertrag ist mit gegenseitiger Uebereinstimmung aufhebbar. Die preussischen geschickten Politiker würden den Vertrag mit Hessen lieber heute als morgen aufheben.

Damit schließt die Debatte.

Der Etat wird angenommen. Die nach übrigen Etats werden debattelos bewilligt, ebenso das Staatsgesetz und der Etat in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung in 20 Minuten, d. h. um 5.45 Uhr. (Tagesordnung: Dritte Lesung des Auslieferungsvertrages mit Griechenland, Wahlprüfungen.)

Schluß 5.25 Uhr.

54. Sitzung vom Dienstag, den 14. Mai nachmittags 5 1/2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski. Der Auslieferungsvertrag mit Griechenland wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Es folgen

Wahlprüfungen.

Zur Wahl des Abg. Schack (Wirtsch. Bg.) beantragt die Kommission Beweiserhebungen.

Abg. Raab (Wirtsch. Bg.): Wir stimmen dem Antrage der Kommission zu, betonen aber, daß wir in der Tatsache, über welche die Erhebungen stattfinden sollen, daß nämlich Bürgermeister mit ihrem Titel Wahlaufträge unterschrieben haben sollen, einen erheblichen Grund zur Beanstandung nicht würden erblicken können. Die Abg. v. Derken (Rp.) und Heine (nail.) geben eine kurze Erklärung in demselben Sinne ab.

Abg. Singer (Soz.): Im Gegenfah zu den Vorrednern erkläre ich, daß meine Freunde, falls die Punkte, auf welche die Erhebungen sich beziehen, als wahr erwiesen werden, daraus ungewissheit über die Ungültigkeit der Wahl folgern würden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Bei den Wahlen der Abgeordneten Rader (4. Niederbayer. B.), Slowacki (8. Cöpen. B.), Wehl (4. Hannover, nail.), Schwabach (1. Königsberg, nail.) beantragt die Kommission Beweiserhebungen.

Diesen Anträgen wird debattelos zugestimmt.

Die Wahlen von Dr. Ruegenberg (6. Koblenz, B.), Dr. Neumann-Hofer (Lippe, fr. Bg.), Dr. Richter (3. Niederbayer. B.), Fürst zu Dohna-Schloditten (4. Königsberg, L.), Herr Hehl zu Herrnsheim (7. Hessen, nail.), Lind (5. Mecklenburg-Schwerin, nail.), Dr. Müller-Reinigen (1. Sachsen-Meinigen, fr. Bp.), Dr. Dröcher (2. Mecklenburg-Schwerin, L.), Graf v. Schwerin-Löwig (1. Stettin, L.), v. Gzarlinski (2. Bromberg, Pole), Fürst v. Haffeldt (6. Breslau, Rp.), Sommer (8. Merseburg, fr. Bp.), Hausmann (9. Hannover, nail.), Dr. Siengel (1. Stralsund, fr. Bg.), Herr v. Steinäder (3. Stettin, L.), Dr. Hedscher (10. Schleswig-Holstein), Dr. Jäger 3. Schwaben und Neuburg, B.), Trimbörn (1. Köln, B.), Dr. Delbrück (2. Stettin, fr. Bg.), Hindel (11. Hannover, nail.), Hans Edler zu Pulitz (5. Stettin, L.), Fürst Radziwill (10. Posen, Pole), Wiedeberg (7. Arnberg, B.), Koenen (4. Trier, B.) beantragt die Wahlprüfungskommission für gültig zu erklären.

Diese Anträge werden debattelos angenommen. Die Wahl von Dr. Hermes (7. Liegnitz, fr. Bp.) beantragt die Kommission ebenfalls für gültig zu erklären.

Abg. Singer (Soz.): Wir halten die Deduktion der Mehrheit der Kommission nicht für richtig. Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem Wunsch Ausdruck geben, daß bei mündlichen Berichten über Wahlen, bei denen Proteste vorliegen, diese Proteste dem Hause doch mindestens zur Kenntnis gebracht werden.

Abg. Wellstein (B., Vorsitzender der Wahlprüfungskommission): Der Erfüllung dieses Wunsches steht nichts im Wege, aber mündliche Berichte werden nur erstattet, wenn die Proteste wirklich ganz unberechtigt sind.

Die Wahl wird für gültig erklärt. Die Wahlen von Rang (2. Mittelranken, fr. Bp.) und Schlüter (8. Frankfurt, Rp.) werden, da sie längere Debatten hervorrufen werden, von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Abg. Baffermann (nail.) dankt dem Präsidium für die „liebendwürdige Führung der Geschäfte“. (Bravo!)

Graf Posadowski verliest die kaiserliche Botschaft, welche die Vertagung des Hauses bis zum 19. November ausspricht. Hierauf bringt der Präsident Graf Stolberg das Kaiserhoch aus. Die Sozialdemokraten haben vorher den Saal verlassen.

Schluß 7 Uhr.

Die russische Revolution.

Der erste Mai.

Petersburg, 14. Mai. (B. L. V.) Bis 12 Uhr mittags hatten wegen der Raifeier 93 097 Arbeiter auf 236 Fabriken die Arbeit eingestellt. Auf den großen Werken waren sich die Arbeiter noch nicht schlüssig, ob sie sich an der Raifeier beteiligen sollen. —

Reichsduma.

Am Montag nahm die Duma ihre Arbeiten wieder auf. Es wurde die Interpellation Malakoff verhandelt, die sich mit einer ungeklärten Verfügung des Generalgouverneurs von Moskau, Hörschelmann, beschäftigt. Hörschelmann hat widerrechtlich ein Feldkriegsgerichtsurteil laßiert, durch welches ein wegen Ermordung eines Polizeispießhals Angeklagter mit Zwangsarbeit bestraft worden war. Der Herr Generalgouverneur ernannte ein anderes Gericht und dieses tat, was er verlangte: Es verurteilte vier Personen zum Tode!

Der Kriegsminister Rodiger und sein Kollege von der Justiz, Schtscheglowitz, sowie Malakoff, der Gehilfe des Ministers des Innern, suchten Hörschelmann zu verteidigen, aber nicht ihnen, sondern dem Interpellanten stimmte die Duma zu, ebenso den Ausführungen anderer Redner aus dem Hause, die — wie Kusmin-Karawajeff und Hesse — Malakoffs Ausführungen unterstützten.

Schließlich wurde folgende Resolution Hesse mit allen gegen 8 Stimmen angenommen:

In Anbetracht, daß die Ungefährlichkeit der Handlungen des Generalgouverneurs Hörschelmann aus den Erklärungen des Kriegsministers und des Justizministers hervorgeht, weil Hörschelmann ein Urteil eines Feldkriegsgerichts laßiert hat, während das Gesetz jede Revision und jede Kassation der Urteile dieser Gerichte verbietet; in Anbetracht, daß die Ungefährlichkeit der Handlungsweise des Generalgouverneurs Hörschelmann positiv festgestellt ist und die Hinrichtung von vier Personen zur Folge hatte und dem zuständigen Urteil unterworfen werden muß, was nicht durch die von den Ministern vorgebrachten Rechtfertigungen ersetzt werden kann, geht die Duma zur Tagesordnung über.

Vervorfen wurde ein Zusatzantrag der Sozialdemokraten, der bezweckte, die Erklärungen der Regierung als unbefriedigend zu bezeichnen.

Erregte Etatberatung.

Petersburg, 14. Mai. Die Reichsduma wird nach 2 Uhr eröffnet. Die revolutionären Sozialdemokraten tragen aus Anlaß der Raifeier rote Blumen. Die Duma berät Artikel für Artikel das Budget der Dumalanzei. Der Gehilfe des Ministers des Innern, Krychanowsky, erklärt, die Regierung wolle die Etatberatung beschleunigen; sie bestche nicht darauf, daß auf technische Erwägungen eingegangen werde, aber sie verlange Beobachtung des Gesetzes, welches für die höchsten Beamten der Dumalanzei höhere Bildung fordert. Der Präsident unterbricht Krychanowsky und schlägt ihm vor, diese Erklärungen bei der Beratung der entsprechenden Artikel abzugeben! Krychanowsky verläßt die Tribüne, äußert aber über das Verhalten des Präsidenten sein Verwundern, weil die Regierung nach dem Gesetz das Recht habe, ihre Erklärungen abzugeben, wann es ihr paßt. Inmitten des Lärms steigt Purischewitsch auf die Tribüne und ruft: Wenn der Gehilfe des Ministers seine Erklärungen bei der Beratung der einzelnen Artikel abgeben werde, werde man nicht den allgemeinen Eindruck haben. Der Präsident entzieht Purischewitsch das Wort und unterstößt den Lärm.

Darauf gestaltet die Debatte sich wieder ruhiger. Die Duma nimmt die einzelnen Positionen des Etats, der im ganzen 400 916 Rubel umfaßt, nacheinander an. Um 8 Uhr abends wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag.

Aus den Angaskäften der russischen Finanzverwaltung.

Der sehr gemächliche Moskauer Professor J. Oserow, der auf besondere Erlaubnis hin Zutritt zum Archiv der Reichskontrolle erhalten hat, veröffentlicht nun auf Grund der authentischen Dokumente ein Werk, das einen äußerst wertvollen Beitrag zum Kapitel „Die Verschleuderung des russischen Staatsvermögens“ bildet. Wir geben im folgenden ein paar charakteristische Beispiele wieder:

Ueber die „nichtordnungsgemäße“ (mit anderen Worten — gesetzwidrige) Darlehensverteilung der Reichsbank fällt Professor Oserow folgendes Urteil, das er durch zahlreiche Beispiele belegt: „Die Reichsbank ist bei uns fast zu einer Spielhölle geworden, wo jeder sein Glück versuchen und um Darlehen bitten kann in der Hoffnung, daß das Glück ihm günstig sein und ihm ein Darlehen ausfallen werde.“

Noch schlimmer steht es mit der Eisenbahnverwaltung: Die Lieferungen sind nachgerade das Monopol einiger Personen geworden, unter denen technische Angestellte des Verkehrsministeriums nicht selten sind! Die Lieferungen werden nach Abzug von 40 bis 60 Proz. in zweite oder dritte Hände abgegeben. Die Bestellungen für den Eisenbahnhauhalt werden von einem besonderen Komitee vergeben, das ungemächlich hohe Preise zahlt. So wird den russischen Stahlwerken pro Pud Eisenbahnstahlfäden 1.12 R. gezahlt, während es den Werken selbst 0.80 R. kostet. — Die Of-

chinesische Bahn ist durch ihre Lasterwirtschaft fast erschrecklich gemordet. So schreibt Herr L. nach einer Revision dieser Bahn an den Reichskontrolleur: „Die Untersuchung des Rechnungswesens hat folgendes zutage gefördert: Viele Quittungen, die angeblich chinesisch sein sollten, bestanden in Wirklichkeit aus phantastischen Zeichen! Eine und dieselbe Person wird bald als des Schreibens kundig, bald als des Schreibens unkundig angegeben. Die Empfangsbekundigungen verschiedener Chinesen auf den Listen sind oft von einer und derselben Person ausgestellt. . . .“

Und nun ein Beispiel aus dem Rechnungswesen des Finanzministeriums: In seinem Bericht an die Reichskontrolle vom Jahre 1902 heißt es unter anderem: „Dem Oberingenieur sind 42 Millionen überwiesen worden.“ Kein Wort mehr — als sei hier die Rede von 42 Kopelen. —

Die Häuten und Bergwerke werden über die Rohen schlecht verwaltet. Die staatlichen Bestellungen werden an Privatunternehmungen abgegeben, während die staatlichen Werke stillstehen müssen, wenn sie sich nicht an private Vermittler wenden wollen, die ihnen für entsprechenden klingenden Lohn staatliche Bestellungen zuführen!

Für das Beamtenum sind staatliche Bestellungen überhaupt ein goldener Vorn. Besonders beliebt sind Auslandsbestellungen; denn hier „gilt die Regel, daß bei diesen Bestellungen 10 Proz. für diejenigen abfallen, die momentan die Macht besitzen. . . .“ Nicht selten kommt es vor, daß sogar bei inländischen Lieferungen eine Vermittlungsgebühr von 10 bis 20 Proz. gezahlt wird.

Es gibt natürlich auch andere Wege, den Staat zu „erleichtern“. Es sei bloß ein Beispiel angeführt: Dem Prinzen von Oldenburg wurden 1000 Dehjanin Land in Gagar für 40 000 Rubel „verkauft“, während der tatsächliche Verkaufswert dieses Landstückes 7 Mill. Rubel betrug. . . . !

„Für alle, die im Besitz von Macht oder Einfluß waren“ — schreibt Professor Oserow — „war es ein leichtes, ihren Willen durchzusetzen. Der Staatsfiskus war diesen Einflüssen gegenüber äußerst nachgiebig. . . .“ Einflußreiche Personen konnten bei uns das Reichsschatzamt in die verschiedenartigsten Operationen hineinziehen: in unvorteilhafte Abschlässe, verlustbringende Lieferungen und so weiter,“ so daß in Wirklichkeit „das Reichsschatzamt an einen Spielklub gemahnt, dem Abenteuer aus aller Herren Ländern mit den verschiedenartigsten Kunstgriffen zuzustreben, selbstverständlich unter dem Deckmantel verschiedener Projekte, die Rußland „beglücken“ sollten.“

So schreibt ein lokaler, „wohlgefinnter“ Professor, der das vollkommene Vertrauen der Obrigkeit genießt. Was muß es also von „interessantem“ Material noch in denjenigen Geheimfächern des Finanzministeriums und der Reichskontrolle geben, zu denen sogar „Vertrauensmänner“ der Regierung keinen Zutritt haben? —

Zum Tode verurteilt — trotz des Pour le mérito.

Nach langen Beratungen, die auf Betreiben von gewisser Seite immer wieder hinausgeschoben, beziehungsweise „von neuem aufgenommen“ werden mußten, ist die Kommission, die mit der Angelegenheit des Generals Stöffel beauftragt war, nun doch zur Verurteilung zum Tode und Hinrichtung durch den Strang gekommen! Die Gründe dieses Urteilspruchs, der gefällt ist von aktiven Militärspezialisten, die sich unter einem gewissen Druck befanden, sind folgende:

Am 1. Januar 1906 hat General Hod auf Befehl des Generals Stöffel den Japanern ohne Schloß die Positionen eingeräumt, in denen man sich noch halten konnte und mußte. Hierdurch wurde den Japanern die ganze alte Stadt, das heißt diejenige Hälfte der Festung ausgeliefert, wo der gesamte Proviant konzentriert war, den Stöffel trotz der ihm Mitte November gewordenen bringenden Vorstellungen nicht nach der Reusad, beziehungsweise Jaoatschan übergeführt hat. Am 1. Januar befahl Stöffel, das Feuer einzustellen, da Unterhandlungen wegen einer ehrenhaften Uebergabe der Festung im Gange seien. Indessen wurden die Uebergabebedingungen nicht den Chefs der Truppenteile, sondern den Mannschaften und zwar nach erfolgter Uebergabe mitgeteilt. Trotzdem beim Kriegsrat am 29. Dezember von 23 Teilnehmern 19 gegen die Uebergabe der Festung waren, während sich 2 der Stimme enthalten haben (General Blich) erklärte, daß noch viel Munition vorhanden ist, General Smirnow behauptete, daß der Proviant noch länger als einen Monat reicht und die anderen Generale versicherten, daß im Bedarfsfalle noch genügend Verteidigungsmacht am Platze ist), gab General Stöffel seine Absichten nicht kund, ließ das Protokoll dieses Kriegsrats nicht unterschreiben und lieferte bald darauf die Festung aus. Am 4. Januar, noch vor dem Eintreffen der kaiserlichen Depesche, sprach General Stöffel den Offizieren seine Verwunderung darüber aus, daß sie mit den Mannschaften in die Gefangenschaft gehen wollten, bei der Uebergabe der Festung aber überließ Stöffel das ganze Hab und Gut derselben seinem Schicksal. Die Kriegsgefangenen bursten je nach Rang einige Pud Gepäck mitnehmen, Stöffels Gepäck aber wurde am 10. Januar auf 40 Wagen aus Port Artchur gebracht. —

Verbandstag der Löpfer.

In der gestrigen Vormittagsitzung wurde die Debatte über die Rechnungsbücher fortgesetzt. Es sind hauptsächlich innere Angelegenheiten der Organisation, die hierbei zur Sprache kommen, sowie einige Differenzen zwischen Zentralvorstand und Filialen, namentlich der Filiale Berlin, die zu ihrer Zeit mancherlei Aufregung hervorgerufen haben. Es zeigte sich in der Debatte allgemein die Ueberzeugung, daß der Zentralvorstand sein Amt nach bestem Wissen und Gewissen verwaltet hat und daß einige grobe Angriffe, die im Laufe der Geschäftsperiode gegen die leitenden Personen gerichtet wurden, durchaus unberechtigt waren. Ein Antrag, jährlich einigen Mitgliedern Gelegenheiten zu geben, an den von der Generalkommission veranstalteten Unterrichtskursen teilzunehmen, wurde in der Debatte allgemein gebilligt. Auch die von Redakteur Schmit vorgeschlagenen Regeln über Mitarbeit und Redaktion des „Löpfer“ fanden, abgesehen von einzelnen Einwendungen, die Billigung der Diskussionsredner. Dazu liegt noch ein Antrag vor, den Redakteur zu verpflichten, die Parteipresse über die wichtigsten Kämpfe im Löpferberuf zu informieren.

Die Debatte erriete in der Vormittagsitzung nicht ihr Ende und wurde nachmittags fortgesetzt.

Nachmittagsitzung.

In der Debatte über die Rechnungsbücher wird ferner eine im vorigen Jahr von der Leipziger Filiale geparte Offensivkonferenz erwähnt, die nicht die Billigung des Zentralvorstandes fand und auch nicht zustande gekommen ist. Auf der Konferenz sollte über die Differenz im Offensivgewerbe in Verbindung mit dem Vorbringen der Dampfheizung gesprochen werden. Der Zentralvorstand hielt eine solche Konferenz kurz vor dem Verbandstag, sowie die Art ihrer Einberufung nicht für zweckmäßig. Zur Sache selbst wurde von mehreren Diskussionsrednern hervorgehoben, daß die Einführung der Dampfheizung durch Pfuscharbeit im Offensivgewerbe begünstigt wird, die auch mit der Lieferung schlechter Kugeln zusammenhängt. Es wurde der Wunsch laut, man solle in den Tarifverträgen Vorzüge treffen, daß nur gutes Material zur Verarbeitung geliefert werden darf, und eventuell auch durch Verständigung mit den Werkstatthaltern für die Herstellung guten Materials gesorgt wird. Im Zusammenhang damit wurde auch die schmachvolle Belehungs-ausbeutung erwähnt, die der Ausbildung tüchtiger Gehülfen hinderlich ist.

Ferner wurde in der Debatte die Verschmelzungsfrage berührt. Es haben bereits Verhandlungen zwischen dem Zentral-

Verband des Arbeiterverbandes und dem des Porzellanarbeiterverbandes stattgefunden, woran auch der Vorstand des Glasarbeiterverbandes teilnehmen sollte, was jedoch wegen Verhinderung der beiden anderen Verbände für die Verschmelzung sind, so ist dies auch von der des Glasarbeiterverbandes anzunehmen. Die Entscheidung des Verbandstages über diese Frage wird bei einem anderen Punkt der Tagesordnung getroffen. Ebenso wird später über einige andere Anträge beschlossen werden, die in der Debatte über die Berichte berührt wurden.

Die Debatte selbst wurde in der gestrigen Sitzung bis auf die Schlussworte des Referenten beendet.

Nach der Sitzung besuchten die Delegierten das wissenschaftliche Theater „Urania“.

Aus Industrie und Handel.

Billige Staatsbahnlieferungen.

Unter vorstehender Stichmarke schreibt das Organ der Kohlenmagnaten, die „Koh.-Wesf. Ztg.“:

Das Kohlen Syndikat muß bei seinen Abschlüssen mit der Staatsbahn durchschnittlich 1 M. pro Tonne zulegen, da der den Bahnen zu vergütende Preis um diesen Betrag höher ist als die Bahn bezahlt. Das wirkt natürlich auch auf die Syndikatsumlage, über deren Höhe ja vielfach bei den Bahnen geklagt wird. Der Fiskus steht sich mit seinen langfristigen Abschlüssen bei den heutigen Verhältnissen finanziell recht gut, denn alle übrigen Abnehmer müssen kurzfristig kaufen, da die Syndikats im allgemeinen keine langfristigen Verträge machen. Der Fiskus allein ist infolge dessen in der Lage, die Konjunktur gründlich auszunutzen. Man erinnere sich nur der Jahre 1899/1900, in denen er für seine alten Eisenschienen ungefähr denselben Preis erhielt, den er für seine neuen Stahlschienen bezahlte. Es ist denn auch eine bekannte Tatsache, daß Staatsbahnaufträge in Hochkonjunktoren wenig beliebt sind und nur in Zeiten schwacher Beschäftigung als willkommene Ergänzung des Auftragsbestandes angesehen werden.

Die Unterstellung, der Fiskus erhalte die Kohlen zu billig, ist durchaus unrichtig. Die Erlöse aus den Lieferungen an die Staatsbahn müssen sogar noch mit dazu dienen, das Syndikat für die billigen Auslandsverläufe und die Winderpreise in den besetzten Gebieten schadlos zu halten. Mit anderen Worten: Auf Kosten der Steuerzahler stützt das Syndikat seine Preispolitik, durch welche es die Konsumenten in stetig stärkerer Maße schröpft. Wie sich die Preise, die der Fiskus zahlen muß, zu den Erlösen verhalten, die im Durchschnitt pro Tonne erzielt werden, zeigt diese Tabelle:

Jahr	Preise für Lokomotivkohlen (Ruhrkohle)	Erlös des Syndikats im Durchschnitt per Tonne Förderung
1900	11,10 M.	10,56 M.
1901	11,10	11,01
1902	11,00	10,28
1903	10,50	9,84
1904	10,50	9,83
1905	10,50	9,89

Der Durchschnittserlös bleibt hinter den Preisen, die die Staatsbahn zahlen muß, um 9 bis 61 Pf. zurück. Da kann man doch gewiß nicht davon reden, der Fiskus bekomme das Brennmaterial zu billig. Sollte die Minderleistung der vorstehenden Hiffen über Erlöse angezweifelt werden, dann muß man sich an diejenigen halten, die zu der amtlichen Denkschrift 8. Teil (Kohlen Syndikats) das Material geliefert haben. Der Hinweis auf die Tabellenpreise ist anders nicht wie Spiegelbilderei. Der Tabellenpreis ist berechnet als Durchschnittserlös für sämtliche Kohlenarten und für Koks. Da ist es selbstverständlich, daß bei den Verkäufen nicht für alle Sorten die Tabellenpreise herausgeholt werden, und dazu noch für eine Reihe anderer Sorten weit höhere Erlöse. Uebrigens stehen die Preise, die der Staat zahlen muß, durchaus nicht hinter den Tabellenpreisen zurück. Diese betragen nämlich für

	1900	1901	1902	1903	1904	1905
Fettkohlen	10,50	11,50	11,50	11,00	11,10	11,10
Flammkohlen	10,00	10,00	10,25	10,75	10,75	10,75

Dazu vergleiche man die obigen Preise für Lokomotivkohlen. Die Riesengewinne, die die Syndikatsleute eingestrichelt haben, haben wohl die Lust nach noch höheren Preisen geboren und da soll Vater Staat noch tiefer in den Sackel greifen.

Preisbewegung an den Zuckermärkten. Die Preisrückgänge an den Zuckermärkten illustriert die folgende Tabelle über die Notierungen am Hamburger Tonnenmarkt. Es wurden notiert:

Am	1. März	Mai	August	Dezember
1. März	18,20	18,50	18,05	18,05
2. April	18,60	18,75	18,30	18,30
1. Mai	19,05	19,35	18,85	18,85
10. „	20,50	20,65	19,65	19,65
11. „	20,45	20,65	19,65	19,65

Das Plus stellt sich für die kurze Zeit auf 12,3, 11,6 resp. 8,86 Proz.

Soziales.

Tragische Folgen eines Betriebsunfalls.

Im Jahre 1899 arbeitete der Schlosser L. im königlichen Feuerwerkslaboratorium in Spandau. In

seiner Nähe explodierte ein Geschöß. Durch einen Splitter wurde L. nur leicht am Finger verletzt. Das hinderte ihn nicht, seine Arbeit fortzusetzen. Aber außer der unerbittlichen sichtbaren Verletzung trug L. infolge des Unfalls ein äußerst schweres Leiden davon, das freilich zunächst von niemand bemerkt wurde. Der durch die Explosion verursachte furchtbare Schreck hatte bei L. eine schwere Erschütterung des Herzenssystems hervorgerufen. Er lebte seitdem fortwährend in Angst, es könne wieder eines der gefährlichen Geschöße, mit denen er zu hantieren hatte, explodieren. Infolge seines nervös-gereizten Zustandes kam L., wie leicht erklärlich ist, in Reibereien mit seinen Mitarbeitern. Zwei derselben verklagten L. im Jahre 1901 wegen Verleumdung, und er wurde auch zu Geldstrafe und Kosten verurteilt. Eine weitere Folge der Krankheit war die, daß L. sich zu Unrecht verurteilt fühlte, daß er die Prozeßzeugen des Meincides bezichtigte, und daß er Eingaben aus diesem Anlaß an alle möglichen Behörden machte. Ton und Inhalt dieser Eingaben erregten den Verdacht, daß man es mit einem Geistesgestörten zu tun habe. L. wurde dann im Spandauer Krankenhaus auf seinen Geisteszustand untersucht und später in die Irrenanstalt zu Neu-Nippin übergeführt. Ein Gutachten des ärztlichen Leiters der Anstalt erklärte den Zustand des L. als einen derartigen, daß eine Heilung nicht zu erwarten sei. Auf Grund dieses Gutachtens erzielte die Frau des L. die Scheidung der Ehe. Aus der Anstalt ist L. einmal entflohen, später aber wieder in dieselbe aufgenommen. Nach Jahr und Tag hat sich sein Zustand so weit gebessert, daß er aus der Anstalt entlassen werden konnte. Gegenwärtig ist L. als Schlosser in einem hiesigen Großbetriebe beschäftigt. Ein wenn auch nicht sehr heller Lichtblick auf dem Lebenswege des bedauernswerten L. war es, daß er auf Grund seiner später festgestellten geistigen Erreanlung das Wiederaufnahmeverfahren in den beiden Verleumdungsprozessen aus dem Jahre 1901 erzielte. Die beiden Privatklagen wurden am Dienstag im Wiederaufnahmeverfahren am Landgericht II erneut verhandelt. Auf Grund ärztlicher Gutachten wurde festgestellt, daß es mindestens zweifelhaft sei, ob L. bei Begehung der Verleumdungen zurechnungsfähig gewesen ist. Nach dieser Feststellung nahmen die Privatkläger die Klagen zurück und das Gericht erkannte auf Einstellung des Verfahrens. Dieser kleine Erfolg kann das tragische Geschick des bedauernswerten Mannes natürlich nicht erleichtern. Es bleibt die furchterliche Tatsache bestehen, daß ein vordem gesunder Arbeiter infolge eines Betriebsunfalls den Ruin seiner Gesundheit, seines Familien- und Lebensglückes davongetragen hat. Trotz alledem konnte er nicht einmal eine Unfallrente erlangen, und das, obwohl er seinen Anspruch seinerzeit bis zum Reichsversicherungsamt durchgefochten hat. Öffentlich gelingt ihm auch im Unfallverfahren die Wiederaufnahme des Verfahrens.

Fortbildungsschulbesuch und Arbeitgeber.

Nach § 127 der Gewerbeordnung ist der Lehrherr verpflichtet, den Lehrling zum Besuche der Fortbildungs- oder Fachschule direkt anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen. Ferner schreibt § 120 im Absatz 1 unter anderem vor: „Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, ihren Arbeitern unter 18 Jahren, welche eine von der Gemeindebehörde oder vom Staate als Fortbildungsschule anerkannte Unterrichtsanstalt besuchen, hierzu die erforderlichenfalls von der zuständigen Behörde festzusetzende Zeit zu gewähren.“ Auf die Auslegung dieses „gewähren“ kam es in einem Strafprozeß gegen den Raurermeister Wagner an, der angeklagt war, weil einen jugendlichen Arbeiter (nicht Lehrling) diese Zeit „nicht gewährt“ habe. Das Landgericht Koblenz sprach ihn frei. Es ging davon aus, daß hier von einem Nichtgewähren nicht die Rede sein könne, da der junge Mann jene Lernstunden gar nicht habe besuchen wollen und gar nicht nach ihrer Freigabe verlangt habe. — Das Kammergericht hob auf die Revision der Staatsanwaltschaft das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung in die Instanz zurück. Es nahm dem Gesetz entsprechend an, daß zur Anwendung der angezogenen Vorschrift nicht erforderlich sei, daß der Arbeiter die Freigabe verlange. Vielmehr sei die Bestimmung so auszulegen, daß der Arbeitgeber ohne weiteres verpflichtet sei, dem Arbeiter an den Tagen des Schulunterrichts so rechtzeitig freizugeben, daß dieser die Möglichkeit habe, den Unterricht zu besuchen.

Agrarische Rücksichtslosigkeit gegen Unfallverhütungsvorschriften.

Auf dem Gute Grünlinde in Ostpreußen stehen die beiden Gutsbesitzer Krause und Löwe am 27. Januar d. J. Getreide mit der Maschine drehen. Wie das leider auf vielen ostpreussischen Gütern geschieht, kümmerten sich auch hier die Besitzer nicht um die Unfallverhütungsvorschriften und ließen das Göpelwerk der Dreschmaschine an den gefährlichsten Stellen unbesetzt. Eine beim Drehen beschäftigte alte Frau wurde von der unbesetzten Mauer bei den Kleidern erfaßt und in die Maschine hineingezogen. Sie erlitt schwere Verletzungen am Bein, die operative Eingriffe nötig machten. Zwei Tage darauf stellte sich jedoch Wundergiftung ein, weshalb die Ärzte eine Amputation des Beines als notwendig erachteten, um die Frau wenigstens am Leben zu erhalten. Die alte Frau widersetzte sich aber der Amputation und starb dann am 18. Februar infolge der Verletzung und der darauf folgenden Blutvergiftung.

Nun hatten sich anfangs dieses Monats die beiden Gutsbesitzer wegen fahrlässiger Tötung vor der Strafkammer zu Königsberg zu verantworten. Sie gaben auch ihre Schuld ohne weiteres zu. Jedoch betonten sie und baten die Sache milde zu beurteilen, da

sie doch alles getan hätten, das Schicksal der berunglückten Frau zu erleichtern. Gätte diese sich nicht der Amputation widersetzt, dann wäre sie am Leben geblieben. Das Gericht hatte denn auch volles Verständnis für die von den armen Gutsbesitzern angeführten Milderungsgründe. Es billigte denselben im weitgehendsten Maße milde Umstände zu und verurteilte den Gutsbesitzer Krause zu einer Woche und Löwe zu drei Tagen Gefängnis.

Gerichts-Zeitung.

Majestätsbeleidigung.

Wegen Majestätsbeleidigung mußte sich gestern der 30jährige Arbeiter Franz Brüning vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I. verantworten. Die Verhandlung, welche wegen Befähigung der öffentlichen Ordnung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, ergab folgenden Sachverhalt. Im November vorigen Jahres war der Angeklagte auf einem Neubau in der Karlstraße beschäftigt. Am 10. November vorigen Jahres hatte er, da es sehr kalt war, schon vom frühen Morgen an Schnaps getrunken und hatte, als sich der jetzt zur Anlage stehende Vorfall ereignete, nach seiner eigenen Angabe für etwa 80 Pf. Schnaps gewöhnlicher Sorte konsumiert. An jenem Tage hatte der Kaiser dem 2. Garde-Granadierregiment einen Besuch abgestattet und fuhr dann mit seinem Automobil die Karlstraße in der Richtung nach der Friedrichstraße zu entlang. Als sich das kaiserliche Automobil dem Neubau näherte, auf welchem der Angeklagte arbeitete, wurden die Bauarbeiter durch die Ovation, die das angesammelte Publikum dem Kaiser entgegenbrachte, aufmerksam. Wie zwei in der Nähe postierte Schupleute beobachtet haben wollen, soll der Angeklagte nach Art kleiner Kinder die Junge herausgesteckt haben. Dies wird seitens der Anklagebehörde als Majestätsbeleidigung aufgefaßt. Vor der Strafkammer bestritt der Angeklagte, sich der ihm zur Last gelegten Handlungsweise schuldig gemacht zu haben und behauptete, er habe wie die übrigen „Surra“ gerufen. Staatsanwalt Artelt glaubte in dem Benehmen des Angeklagten nur einen groben Anflug zu erblicken zu können und beantragte 2 Wochen Haft. Das Gericht beschloß die Sache auf Sonnabend zu vertagen und noch verschiedene Zeugen zu laden, auf die sich der Angeklagte zu seiner Verteidigung berufen hat.

Fabrikbesitzer, Graf und Professor.

Eine wüste Szene, die sich in der Silvesternacht in dem Englischen Wäldchen unter den Linden zugetragen hatte, beschäftigte gestern in einer längeren Sitzung das Schöffengericht Berlin-Mitte. Wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges mußte sich der Fabrikbesitzer Rudolf Herschel vor dem Strafgericht verantworten. — Es war am Neujahrsmorgen dieses Jahres in der fünften Stunde, als sich in dem im ersten Stockwerk gelegenen Grill-Raum des Englischen Wäldchens eine kleine Gesellschaft zusammengefunden hatte, die vollständig unter dem Banne der Selbsteier stand. Unzählige Selbstflaschen fanden auf und unter den Tischen und ständig wurde neuer „Stoff“ herangebracht. Die überaus lustige Selbststimmung wurde jedoch plötzlich durch einen unangenehmen Zwischenfall äuserst tief unterbrochen. An einem der Tische sah eine Gesellschaft, unter der sich auch der Professor Neumann aus Charlottenburg befand. Am Nebentisch saß der Graf Dohna-Rotwitz mit einer jungen Dame. Als Professor Neumann gerade ein gefülltes Glas in der Hand hielt, rief er im Scherz der Dame ein „Prosit Neujahr“ zu. Dies wurde von dem Herrn Grafen gewaltig übergenommen, denn er rief Herrn R. zu, der „Judenjunge solle das Maul halten“. Professor N. trat auf diese Beleidigung sofort an den Tisch des Grafen Dohna heran und ersuchte ihn in höflichem Tone zu redegieren, da die Beleidigung ansehnlich infolge der verschiedenen Quantitäten Sekt und Liqueur ihm nur einschüpfte sei. Graf D. weigerte sich mit einer neuen Beleidigung, worauf ihm Professor Neumann eine schallende Ohrfeige applizierte. Zu weiteren Tätlichkeiten kam es nicht, da verschiedene Bekannte des Professors ihn zurückhielten. Inzwischen erwichen der Angeklagte Herschel auf der Wildfläche, der mit dem Grafen Dohna bisher an einem Tisch gesessen hatte. Nachdem ihm dieser den Sachverhalt mitgeteilt hatte, ergriff Herschel eine halbvolle Selbstflasche und ließ den Inhalt auf den Fußboden auslaufen. Mit der geleerten Flasche in der Hand stellte er sich dann in drohender Haltung auf und rief den Freunden des Professors Neumann zu: „Kommt nur heran, wenn Ihr was wollt.“ Diese provozierende Aufforderung wurde gar nicht beachtet. Während sich die mit Herrn Professor N. bekannten Herren bemühten, diesen zu beruhigen, trat der Angeklagte plötzlich von hinten auf die Gruppe zu und ließ, ehe es jemand verhindern konnte, die schwere Selbstflasche zweimal auf den Kopf des Professors Neumann niedersausen, so daß dieser blutüberströmt in die Knie sank. Die Schläge waren so wuchtig geführt, daß der Geschlagene sich sofort in die Klinik des Gehirnerskrankten Bergmann begeben mußte. Hier stellten sich glücklicherweise die Verletzungen nur als Quetschungen heraus, immerhin mußte Professor Neumann längere Zeit das Zimmer hüten. Vor Gericht erhob der Angekl. den Einwand der Notwehr, der jedoch durch die mehrstündige Beweisaufnahme völlig widerlegt wurde. Der Staatsanwalt hielt mit Rücksicht auf die zutage gelegte außerordentliche Roheit und Brutalität des Angeklagten eine Milde nicht für angebracht und beantragte eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Das Schöffengericht hielt den Milderungsgrund der Angetrunkenheit dem Angeklagten zugute und erkannte auf die höchste zulässige Geldstrafe von 1000 M. Wäre auch ein Arbeiter mit Geldstrafe davongelommen?

Briefkasten der Expedition.

Radfahrer. In Ihrem Inserat vom 12. Mai ist durch ein Versehen in der Druckerei anstatt Gruppe Radfahrer und Träger des Wort Radfahrer gesetzt worden.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Dr. Schünemann Spezial-Arzt für 44112* Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Vereinigte Schuhmacher G. m. b. H. zu Strausberg. 127/10* Gegründet von organisierten Arbeitern. Einzige Niederlage in Berlin Wrangeistr. 119/120 beim Schuhmachermeister Seller. Streng reelle Ware zu kalanten Preisen. Der Vorstand.

Phänomenen Nach ägyptischer Art hergestellt. Zigaretten mit Kopf 3, 4 u. 5 Pf. das Stück. ZIGARETTEN-FABRIK „NANKORI“

Möbelfabrik „Phönix“ Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Bilanz am 31. Dezember 1906.

Aktiva.	R. M.	Passiva.	R. M.
Kassenbestand	2 159,25	Anteil-Ronto	510,—
Vorendbestand	21 560,87	Darlehens-Ronto	23 892,97
Adventar-Ronto	5 817,86	Kreditoren-Ronto	8 510,17
Debitoren-Ronto	5 796,20	Reservefonds	160,—
Bank-Ronto	3 915,74	Unkosten-Ronto	99,—
Rückstellungen	600,—	Reingehöru	90,88
	Ca. 89 850,02		Ca. 89 850,02

Die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1906 betrug 16; eingetreten 1, ausgeschieden 2. Mitgliederzahl am 31. Dezember 1905 14. Beitrag der Postsumme 430 M. Postsumme der Mitgliedschaften haben sich um je 60 M. vermindert. 127/9 Der Vorstand: Petersen, Friederich.

Bären Kaffee ein kräftiger aromatischer, stets gleichmäßiger Kaffee. Original 1/2 Pfd. Packung zu 60, 70, 80, 90 und 100 Pf. in circa 2000 Geschäften.

Frack Verleih-Institut: Friedrichstr. 115 I, a. Oran. — Tor. Weg. Stad. Gehrod. 1,50, Cofe 1,00, Weste 60 Pf. Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, durch Zutat, von 20 Mark an. Moritzplatz, Oranienburger Straße 4, I.



Hochmoderne
Sacco-Anzüge

Viele Tausende Exemplare
auserlesener Neuheiten,
vorzüglichster Passformen.

Nur eigene Erzeugnisse

00-23-20-42-40-30-15
33-30-27-24-21-18-15 **15** Mark



Herren-Wasch-Westen

aus waschenden Stoffen, in den neuesten Dessins

3 Stück für **6 Mk. 50**, einzeln **2 Mk. 25**

Vornehme Mass-Anfertigung

Baer Sohn

Spezialhaus für Herren-Waschwesten

Chausseestrasse 29-30 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

MAX BUSSE

Uhren und Goldwaren

175 Brunnenstraße 175

Strassenbahnhaltestelle an der Invalidenstrasse.



Massiv goldene Ringe von 1,50 Mark an
Silberne und versilberte Tafelgeräte und Bestecke zu
Hochzeits- und Patengeschenken
Brillanten • Goldene und silberne Uhren

SPEZIALITÄT:
**Schieberketten
für Damen**

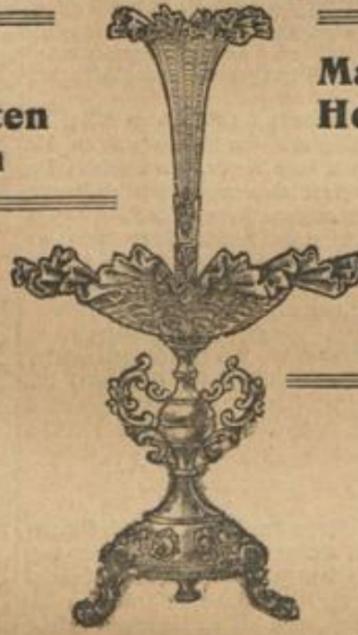
Massiv goldene
Herren-Panzerketten

585 gestempelt

Regulatoren
Hänge-Uhren
Stand-Uhren
eigenen Fabrikats

Gramm 2 Mk.

inklusive Fassung



Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfeldern, Kachel-
malerie Große Frankfurterstr. 9,
parterre, kein Laden. Mauerhoff. 41

Teppiche billig! Bedr. Große
Frankfurterstr. 9, parterre. 41

Gardinenhaus Große Frankfurter-
str. 9, parterre. Kein Laden.
Mauerhoff. 41

Teppiche! (Leibliche) in allen
Größen für die Halle des Hauses
im Teppichlager Brunn, Ode-
platz 4, Bahnhof Seite. 255/2

Fahrräder, Leihabgaben. In-
validenstr. 20, Schlichterstr. 40. *

Gardinen, Vorhänge, Tisch-
decken, Wanddecken, Schürchen
billig! Plandelehaus, Küstner-
platz 7. 294/58

Augen, Betten, Bettwäsche, Leib-
wäsche, Decken, postbillig Plandele-
haus Küstnerplatz 7. 294/58

3000 Herrenfahrräder, Damen-
fahrräder, hochlegante Luxusmodelle
48,00, 55,00, 60,00, Doppelstufen-
lager, Leuchtmaschinen 10,00 Auf-
schlag, Luftschläuche 1,75, Laufdecken
2,50, Kettenschlüssel 1,75, Pedale 0,90,
Kettenschlüssel 0,65, Sattel 1,50, Reifen,
Nittstränge 94. 246/28

Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
wie neu, 45,00. Holz, Blumen-
streifen 30. 245/28

Herrenfahrrad, hochmoderne
Puchmaschinen, umhängebare be-
dingt jeden Preis, Wallertorstr. 44,
1. rechts. 246/28

Teppiche postbillig, Kachel-
Große Frankfurterstr. 60. 210/28

Möbel, Spiegel ohne Anzahlung,
Uhren, Teppiche, Tischdecken, Vor-
hänge, Gardinen, Teppiche, Polster-
waren, Gardinen, Herren-Konfektion,
Leihabgaben von 0,50 pro Woche an,
Heiter Weber, Brennenstr. 49. *

Lauben-Baummaterialien, gebraucht
und neu, mit Kantholz, Bretter,
Ratten, Leisten, Türen, Fenster, Dach-
pappe, in größter Auswahl billig!
Golenbeide 2 (am Hermannplatz). *

Fahrräder, gebraucht und neu,
billig, Produktiv- und Einlaufs-
genossenschaft, Oberbergerstr. 30,
Laden. 127/7

Galbreuner, wie neu, Spott-
preis, Bismarck-Siedler, Invaliden-
str. 13. 69/5

Wandteiche! Hermannplatz jedw.
Gebrauchlicher Bekleidungs- und
verkaufter Wandteiche, Sommer-
paletts, Badelanzüge, Gardinenanzüge,
Küchenmöbel, Gardinenverkauf,
Teppichverkauf, Teppiche, Uhren-
verkauf, Schmuckwaren. 411

Musik, elegante 15,00-18,00,
Uhren billig! Gubenerstr. 3,
Plandele. 437

Extra-Räumungsverkauf meines
Kleiderlagers, Teppiche nur so
lange Vorrat, Stück 3,25, 3,85, 4,65,
5,25 usw. 248/28

Plüschdecken mit feinen Bede-
schleim jetzt für die Hälfte des Preises.
Tuchdecken jetzt 1,65, 1,95, 2,35 usw.

Angeschmückte Gardinen und Sto-
res mit extra 15 Prozent Rabatt.
G. Weihenbergs Teppichhaus, Große
Frankfurterstr. 125. 285/2

Extra-Räumungsverkauf. Plüsch-
und Tuchdecken zu Spottpreisen
mit 10 Prozent Rabatt. 248/28

Schwere Plüschteppiche jetzt mit
10 Prozent Extrarabatt. 248/28

Schwere Schlafdecken, Best das
Doppelte, jetzt 3,25, 5,25, 6,75 usw.
G. Weihenbergs Teppichhaus, Große
Frankfurterstr. 125. 248/28

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Wanderverkauf. Sommerpaletts,
Badelanzüge, Gardinenverkauf, Aus-
steuerung, Teppichverkauf, Plandele-
haus Küstnerplatz 7. *

Brennaborrad, hochlegant, jeden
Preis. Exerzierstr. 25, III rechts.

Metallbetten, zwei prächt-
volle, allem Zubehör 80,00, Ritter-
str. 112 II. 37/10

Wegen Saalveränderung unserer Fabrik-
lager feinsten, elegantesten Herren-
anzüge und Paletts zu außer-
gewöhnlich billigen Preisen veräußert.
Anzüge 24-37, Paletts 18-32 Mark.
Verkauf nur 12-2, Sonnabend 5 Uhr.
Reise Friedrichstr. 37 III, Höhe
Wartstraße. 260/4

Herings-, Kartoffel- und Kompott-
geschäft Altens wegen ganz billig
Wartenstraße 111. 411

Gutgehender Barbierstuhl (stark
zu verkaufen, Preis 100 Mark.
Offerten B. 100 Postamt 57. 66/5

Destillation, große Fabriken,
Kaufgegenstände, wegen zweier Geschäfte
billig veräußert. Anfragen Vor-
wärts. Expedition, Ritterstr. 36.

Galbreuner, modern, 40, Pant-
str. 24a, parterre rechts. 498

Fahrrad, billig, Drontheimer-
str. 40, vorn II geradeg. 498

Landverkauf, eventuell Verleib,
Schleimantstraße 18, Seitenflügel
parterre. 497

Achtung! Billig verkauft Herren-
anzüge, Ankeranzüge, Glatte
Kaschmir, Wilhelm Jange, Restor-
handlung, Lützowstr. 84. Zweites
Geschäft Al. Roabit 82. Drittes
Geschäft Hensburgerstr. (Stadt-
bahnhöfen). 478

Kaulsdorf-Eld, Station Sobowa,
neuer, schöneres Terrain, billige Wald-
parzellen. Kellermann, Blumen-
str. 9. 412

Pianino, höher, 120,-, Lützow-
str. 8 I. (Vormwärtsger. Nebst). *

Sommerpaletts, Monatsanzüge,
wenig getragen, von 5 Mark an,
große Auswahl für jede Figur, auch
neue elegante Garderobe und vieler
Devisenstücke 20 Prozent billiger wie
im Laden, direkt vom Schneider-
meister Paul Fährtenzeit, nur Rosen-
felderstr. 10. Fernsprecher Amt III
5117. 260/2

Pianino, höher, 120,-, Lützow-
str. 8 I. (Vormwärtsger. Nebst). *

Pianino, höher, 120,-, Lützow-
str. 8 I. (Vormwärtsger. Nebst). *

Pianino, höher, 120,-, Lützow-
str. 8 I. (Vormwärtsger. Nebst). *

Pianino, höher, 120,-, Lützow-
str. 8 I. (Vormwärtsger. Nebst). *

Pianino, höher, 120,-, Lützow-
str. 8 I. (Vormwärtsger. Nebst). *

Pianino, höher, 120,-, Lützow-
str. 8 I. (Vormwärtsger. Nebst). *

Pianino, höher, 120,-, Lützow-
str. 8 I. (Vormwärtsger. Nebst). *

Pianino, höher, 120,-, Lützow-
str. 8 I. (Vormwärtsger. Nebst). *

Pianino, höher, 120,-, Lützow-
str. 8 I. (Vormwärtsger. Nebst). *

Patentanwalt Bessel, Otschmer-
str. 24a. 9275

Sehr gutes Honorar demjenigen,
der mir Unterricht im Spigen geben
und fachen erteilt. Kalmar, Kur-
str. 34/35 IV. 6655

Nigdorf, Durststation zum
Landmann* (Eduard Nigdorf), jetzt
Prinz Handwerkerstr. 6a, Leising-
str. 411

Erkläre Frau Schla, Gericht-
str. 61, als anständig. Hofmann,
Gerichtstr. 61. 497

Die Beleidigung, welche ich gegen
den Arbeiter Karl Leditz zu Spandau
ausgesprochen habe, erkläre ich für
unwahr. Karl Gradwohl, Spandau,
Lützowstr. 6. 667b

Polkhumorist Balgo, auch Geis-
schalt, Rantaustr. 41. 497

Vermietungen.

Zimmer.
Möbliertes Zimmer sofort oder
zum 1. d. M., Dresdenerstr. 118 II
rechts. 474

Möbliertes Balkonzimmer für
1 oder 2 Herren sofort Ehemer-
str. 24 I links. 4129

Möbliertes Zimmer für 2 Herren.
Bauer, Baldemarstr. 61 II. 411

Schlafstellen.
Schlafstelle für zwei anständige
Leute zu vermieten, Wiedemannstr. 18,
Seitenflügel IV. 498

Schlafstelle für zwei Herren zu
vermieten, Charlottenburg, Bismarck-
str. 40, 2 Treppen, bei Nieder. *

Möblierte Schlafstelle für zwei
Herren, Gante, Oranienstr. 196, II.

Bessere Schlafstelle, vorn, 10 Mark,
Brangellstr. 115, 3 Treppen rechts.

Möblierte Schlafstelle für Herrn,
Straubergstr. 6, Obergebäude
parterre. Biele. 497

Mietsgesuche.
Möbliertes Balkonzimmer wird
gesucht in Treptow oder Baumshulden-
weg. Th. Kalk, Berlin, Karlsruh-
str. 3 IV. 37/15

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Deutschermpfänger, 37, verheiratet,
sucht Beschäftigung, Kaulon
vorhanden. Offerten H. T., Expedition
Petersburger Platz 4. 4124

Blinder Stillschreiber bittet um
Arbeit. Stille werden abgeholt und
zurückgebracht. K. Wäcker, Pflanz-
str. 27. 146/5

Stellenangebote.

Automobilfahrer! Chauffeur-
Lehrlinge werden jederzeit verlangt.
Prosperte frei. Größter Stellennach-
weis gratis. Große Geschäfts-
Anstalt, nur Berlin-Wilmers-
dorf, Hildbergstr. 13. Bedeutendstes
Lehrinstitut Deutschlands unter An-
genieusleitung. Von Behörden be-
vorzugt. 2477/2

Wahlfahrer mit eigenem Fahrrad
finden lohnende und dauernde Be-
schäftigung. Schützenstr. 24/25,
Arbeitszeit: 4-11, vormittags
4-7 nachmittags. 37/3

Deckenrührer verlangt Holzhaus,
Karlshagenstr. 6. 37/14

Arbeitsdürchen verlangt Max
Leonard, Weihenstr., Ledderstr. 86.

Geschirrtreger für Sonn- und
Feiertage verlangt Karl Ludwig,
Treptow, Viktoriagarten. Meldungen
heute, Mittwoch, abends zwischen 6
und 8 Uhr. 411

Tüchtige Gärtler auf chirurgische
Instrumente, nur erste Kräfte, ver-
langen Louis u. G. Roemenstein,
Flegelstr. 28. 670b

Plätterin und Stärkerin verlangt
Erte Wiener Hofmarkt, Berlin O.,
Simon Dachstr. 33. 37/11

Zum Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung!

**Zuschneider und Schneider
der Herrenkonfektion!**

Die Zuschneider befinden sich in einer
Lohnbewegung.

Verstärkter Beschäftigung infizieren nun
schon nach Streikbrechern. Wir
fordern daher alle Kollegen, Zu-
schneider und Schneider auf, in den
nächsten Wochen keine Stellung in
einem Berliner Konfektionsgeschäft an-
zunehmen, um den für bessere Lohn-
und Arbeitsverhältnisse kämpfenden Zu-
schneidern und Zuschneiderinnen nicht
in den Rücken zu fallen. 164/9

Mitgliedschaft II
des Schneider-Verbandes.
(Zuschneider-Vereinigung.)

Zwei Zinkstauer,
ein Werkstättenschlichter und einer auf
Rau nach Kasse, können sofort
ständig Arbeit erhalten in Jüländs
Friedrichsberg 78, Karlsruh, Danmarl.
Gesucht sofort für Hamburg
Abzieher für Mineralwasser.
Dauernde Stellung, Wohnung Berlin,
Lützowstr. 39, Hildesheimer. 671b

Achtung! Töpfer!

Die Firma Kaufmann Wilhelm
Meine ist durch den Stiefsohn
des Töpfermeisters Karl Runge,
namens Karl Gruschinski,
einen Bau in der Pottentofenstraße
auszuführen. Da die Differenzen bei
genannter Firma noch nicht beigelegt
sind, ist dieser Bau als gefährlich zu
betrachten. 196/8

**Annahme-Stellen
für „Kleine Anzeigen“.**

Zentrum:
Fritz Rink, Mauerstr. 52
H. Gahnisch, Auguststr. 50

Westen:
G. Schmidt, Bismarckstr. 52

Osten:
E. Mann, Petersburgerplatz 4
H. Wengels, Rüdigerstr. 2
Gustav Vogel, Köpenickerstr. 83

Nordosten:
E. Rucht, Reibstr. 42
J. Neul, Barnimstr. 42

Norden:
G. Rasche, Ritterstr. 38
H. Trapp, Steintorstr. 10
Karl Ward, Lützowstr. 123
Karl Weike, Nauenstr. 42
H. Dechand, Ruhelplatz 24
G. Vogel, Vorplatz 37
H. Tieg, Invalidenstr. 124

Nordwesten:
Karl Anders, Salzweberstr. 8
W. Schroll, Gohlfamstr. 23

Südwesten:
G. Werner, Gneisenaustr. 72
G. Schröder, Vogelbergstr. 27

Süden:
St. Feil, Brüggelstr. 31
H. Gutschmidt, Rottbuser Damm 8

Südosten:
Paul Böhm, Lützowstr. 14/15
H. Gorch, Engelstr. 15

Charlottenburg:
G. Schanberg, Seidenstr. 1
Friedrichsberg:
C. Zeisel, Strempingstr. 50

Rixdorf:
W. Reinick, Redarstr. 7
Conrad, Hermannstr. 50

Rummelsburg:
H. Rosenkrantz, Alt-Bohdagen 56

Schöneberg:
Willy Bäumler, Berlin-Lützowstr. 51

Weißensee:
H. Fuhrmann, Sedanstr. 105
Jul. Schiller, König-Chaussee 30a

Reinickendorf:
P. Gursch, Wronitzstr. 108

Treptow:
R. Gramenz, Gohlfamstr. 412

Liman angenagelt!

Ueber die Verhandlung des Prozesses Liman-Mehring, worüber wir bereits kurz berichtet haben, bringt die „Leipziger Volkszeitung“ einen stenographischen Bericht. Er ist eine Folge interessanter Momentbilder. Wenn der Bourgeois nicht unterschiedslos jeder, sofern er nur auf die Sozialdemokratie schimpfen kann, als Verteidiger ihrer heiligsten Güter willkommen wäre, Liman wäre ein toter Mann. Der Bericht zeigt mit graufamer Deutlichkeit, daß die Verhandlungen ein wahres Spektakel für ihn waren, eine moralische Stülpung schlimmster Art.

Die Erklärungen des Genossen Mehring und Kressin, wegen derer Liman geflaggt hat, erfolgten auf Grund der Tatsache, daß in einem vorhergegangenen Prozeß vom 18. April 1906 gegen den Genossen Kressin, in dem dieser zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde, Liman unter Eid erklärt hatte, er habe noch nie in seinem Leben jemand beleidigt, sowie daß in einem diesen Prozeß behandelnden Artikel des Liman-Blattes, der „Leipz. Neuesten Nachr.“, betitelt „Genossentum vor Gericht“, abermals wüste Beschimpfungen gegen Kressin und Mehring geschleudert wurden. Liman hatte in erster Instanz zugegeben, daß er der Verfasser dieses Schimpfartikels sei. Jetzt bestritt er es in folgender charakteristischen Weise:

Der Artikel ist nicht von mir! Ich habe damals nur unter Eid gesagt, daß ich ihn geschrieben haben könnte! Ich kann mich nicht mehr daran besinnen!

Bekannt ist, daß Liman auch seine Äußerung im Kressin-Prozeß, er habe noch nie jemand in seinem Leben beleidigt, in erster Instanz bestritten hat. Das wurde in der jetzigen Berufsverhandlung fortgesetzt. Mehrere Zeugen haben indes in erster Instanz unter Eid erklärt, daß Liman sich so geäußert hat. Dieses Moment wurde unter anderen auch bei der Vernehmung des Genossen Mehring berührt. Der stenographische Bericht darüber lautet:

Mehring: Der Kläger hat mich, seitdem ich bei der „Leipziger Volkszeitung“ angestellt bin, fortgesetzt und systematisch in schändlicher, verleumderischer und gemeiner Weise beschimpft. Ich kann Ihnen all die Artikel zum Beweise vorlegen! Aber nie ist mir da in den Sinn gekommen, dem Kläger auch nur einen Ton zu erwidern. Aber als er in der Verhandlung gegen meinen Kollegen Kressin sagte, er habe noch nie einen Menschen beleidigt, so ist mir denn doch die Galle überlaufen! Das sagte ein Mann, der meine Parteigenossen ständig jahrelang in schändlichster Manier beschimpft, der es gewagt hat, die Frauenehre meiner Freundin Rosa Luxemburg anzutasten, einer Frau, die — man mag in politischer Hinsicht über sie denken wie man will — in ihrem Privatleben völlig makellos ist! Und nun kam noch jener Artikel des Klägers: Der Genossentum vor Gericht hinzu, und ich hatte die moralische Verpflichtung gegen Kressin, ihm hier Weisung zu leisten. Ich habe schon früher gesagt, daß ich mich doll zu dem bekenne, was ich schrieb. Es war zweifellos groß — aber hier hatte ich das moralische Recht dazu!

Vorsitzender: Grob war es allerdings!

Mehring: Gewiß, aber bitte lassen Sie nur verstehen, was Liman jahrelang gegen mich geschrieben hat, ohne daß es mir gut genug war, darauf zu antworten.

Vorsitzender: Sie sagen also, daß hätte dem Faß den Boden ausgeschlagen, als Herr Dr. Liman äußerte, er habe noch niemals jemand beleidigt?

Mehring: Ja, denn das war eine empörende Äußerung!

Vorsitzender: Hätten Sie nicht vielleicht mit einem Zerkum rechnen können, ob Dr. Liman das wirklich so gemeint hat?

Mehring: Die beschworenen Zeugenaussagen und das Urteil in der ersten Instanz haben ja meine Auffassung völlig bestätigt!

Vorsitzender: Das kann aber doch Dr. Liman nicht so dreist behaupten!

Mehring: Warum nicht? Ich traue ihm diese Dreistigkeit zu. Ich möchte noch hinzufügen, daß auch in den Artikel Limans: Genossentum vor Gericht vom 21. April 1906 ebenfalls mein Name ohne jeden Grund hineingezerrt wurde. Wenn der Kläger auch heute die Autorschaft bestritt — früher hat er sie unter Eid zugegeben!

Vorsitzender: Wie will es doch so scheinen, daß Dr. Liman in der Tat diesen Artikel nicht verfaßt haben mag. Man vernimmt hier eigentlich das sonstige lebhafteste Temperament Dr. Limans.

Mehring: Es ist meine feste Ueberzeugung, daß ihn nur der Privatkläger geschrieben haben kann.

Aus Limans Antwort seien folgende Stellen herausgehoben:

Nach den Ausdrücken, die Dr. Mehring soeben gegen mich gebraucht hat, fällt es mir schwer, zu antworten. Ich gebe alles zu, was ich geschrieben habe, aber der Artikel: Genossentum usw. ist nicht von mir. . . . Wenn mein Gegner nun sagt, ich verleumde ihn seit Jahren, so erwidert er den Anschein, als ob ich ihn als meinen Konkurrenten betrachte. Ich habe aber über ihn erst geschrieben, als er seit dem Dresdener Parteitag eine gewisse Notorizität erlangte. Ich habe ihn nicht — hm — kaum — selten — persönlich angegriffen. Niemals habe ich verleumderische Worte gebraucht, die doch eine unwahre Tatsache voraussetzen. Wenn ich geschrieben habe: „Mehring erfreue sich am Skandal wie die Wabe im Speck“, so kam ich dabei fast auf die ganze sozialdemokratische Führerschaft zu sprechen. Ich habe das Protokoll vom Dresdener Parteitag mitgebracht, wo Weibel von der „proletarischen Natur“ Mehring sprach. Den Artikel vom 23. Januar 1906: Der stille Sonntag (wegen dessen Dr. Mehring Widerklage erhob) habe ich geschrieben.

Vorsitzender: Sprechen Sie sich bitte einmal über die Ausdrücke vom „Wahl aufreihen“ und vom „Wahllos“ aus.

Liman: In jener Zeit hatte die Sozialdemokratie das Verstecken durch Straßendemonstrationen auf die öffentliche Meinung im Sinne der Erweckung des allgemeinen Wählerrechts auch für die Bundestage einzuwirken. Man zog Vergleiche zur russischen Revolution, sprach vom Blutigen, daß man auf die Straße gehen werde usw. Das konnte man überall hören, wo nur einer von den Herren in einer Anceps eine Rede hielt! Auch die hiesige Polizei hatte ja Vorbereitungsaktionen getroffen. Auch bei Mehring und seinem Blatte war davon zu hören, und bekanntlich ist ja auch ein Redakteur wegen sechs Artikeln wegen Aufreizung verurteilt worden. Unter diesen Umständen war es die selbstverständliche Pflicht eines Publizisten der bürgerlichen Anschauungen, dagegen in schärfster Weise Front zu machen und — wie bei den inkriminierten Äußerungen — mit der Waffe der Ironie dagegen zu kämpfen. Wenn von sozialdemokratischer Seite damals von den „Versteckten des internationalen Proletariats“ gesprochen wurde, so war damit gemeint, daß man eben mit den Armen aktiv werden wollte! Nur zwei Möglichkeiten gab es: Entweder renommierte man, und dann hat man eben — wie das Volk sagt — das Maul zu weit aufgerissen, — oder es ernst gemeint, dann ist man eben im letzten Augenblick ins Wahllos gekrochen!

Vorsitzender: Haben Sie mit den „Herren“ auch Dr. Mehring gemeint?

Liman (stotternd): Nein — hm — nicht direkt — aber ich gebe das an sich zu.

Genosse Kressin erklärte in seiner Vernehmung, daß er die inkriminierte Erklärung in der Empörung über die von Liman gegen ihn geschleuderte Beschimpfung „Sigredakteur“ geschrieben habe. In Genosse Segers Vernehmung wurde besonders festgenagelt, welche bodenlose Unanständigkeit des Journalisten Liman in dem Umstande liegt, daß er neben den Verfassern und Unterzeichnern der beiden Erklärungen auch noch den verantwortlichen Redakteur der betreffenden Nummer der „Leipziger Volkszeitung“, eben den Genossen Segers, verfolgte. Liman und sein Rechtsanwalt, denen diese Annagelung sichtlich unangenehm war, suchten sich durch die traurige Ausrede weis zu machen, Segers sei nicht als verantwortlicher Redakteur, sondern als Mittäter verlaggt worden.

Besonders interessant ist die Blütenlese aus den Schimpfartikeln des Liman, die Rechtsanwalt Dr. Häbler in der Begründung seiner Beweis-anträge gab. Er sagte:

Am 28. Oktober 1903 geht es mit den persönlichen Schmähungen gegen Dr. Mehring los, die jahrelang fort dauerten. Wöge eine kleine Blütenlese folgen: Am 28. Oktober 1903 wird Mehring mit Marat verglichen, wie er über Leidenhausen auf seinen Redaktionsstempel klettert; in einem Artikel vom 13. Januar 1906 heißt es, Dr. Mehring habe einmal in einem Anfall von Wahrheitsliebe geschrieben; ferner schrieb Liman, Mehring sei ein moralisch verkommenes Pöbel, ein blutrünstiger Phrosenmacher, der seine Feder verlaßt, der jeden Gegner beschimpfe und im entscheidenden Augenblick zu feige sei. Im Leitartikel Limans vom 28. Oktober 1903 wird er als Schmod bezeichnet, der um ein Linsengericht seine sozialdemokratische Gesinnung verkauft habe, der den glatten Weg der Eitelkeit und der Gesinnungslosigkeit gehe. Am 8. Juni 1904 schrieb Liman, Mehring lebe vom Skandal wie die Wabe vom Honigseim und die Wabe im Speck. Der Artikel vom 23. September 1904 trägt die Ueberschrift: Wie Südekum medert und Mehring großt. Darin schrieb Liman, Mehring sei ein Marat in Duodezformat, dessen geflüstert zur Schau getragener Blutdurst durch ein Täuschendes Blieschen gelöst werden kann, der ein Liebhaber von abgeschliffenen Köpfen sei. Er betrachte die gepulverten Stiefel und den reinen Hemdkragen des Herrn Südekum mit den Empfindungen eines Hungernden, der vor dem Schaufenster eines Wurstladens steht; Mehring habe einen gehässigen Anblick gegen Südekums reine Hemdkragen aufgenommen, er wälze das Verilten der unfeinen Tonart. Am 11. Dezember 1904 schrieb Liman, daß Mehring an Schimpfworten reich wie ein Krosch sei, in dessen Schatzkammer wohlgeordnet und wohlgeordnet Injurie neben Injurie ruhe, er werde nur hineingreifen, und wo er's packt, ist es eine Robeit. Er sei der „Propbet der Injurie“, das abgheulichste Mittel heilige seinen Zweck, seine politische Moral sei gleich Null; Mehring ipse die Früchte seiner Erziehung von sich. —

Noch unzählige weitere Zitate kann ich anführen. Ueber Singer schreibt Dr. Liman: Singer hat aus seinem früheren Verurteil die Vorliebe für das Schachergeschäft in das politische Kontor hinüber genommen. Aus dem schlichten Kleiderhändler, der die Mäntel der Liebe nähte, mit denen sein Kompagnon Rosenkohl seine Sünden bedeckte, ist er (Singer) ein gemachter Mann geworden. . . . der als M. d. R. aus der 1. Klasse mitteilig herabblüht auf das wimmelnde Volk der 4. Garnitur. . . . bis Singer den Verurteil in sich spürte, die Sorgen für die Konfessionen seines Kompagnon zu überlassen und dahinzuschwimmen auf den Wellen des Proletariats. „Singerleben“ usw.

Ueber Stadthagen heißt es: . . . sein unwahres Pathos täuscht nicht darüber hinweg, daß ihm die Sache der Arbeiter innerlich gleichgültig ist, daß sie ihm nur dazu dienen soll, seinen Ehrgeiz zu befriedigen. . . . Stadthagen gelte als unaufrichtiger Stänker. . . . Stadthagens Angriffe zeichnen sich stets durch Bässigkeit und hinterhältige Feigheit aus. Stadthagen ist der Habitus der Berliner Nachtweib, „der Löwe von Juda“. Stadthagen sei der schwarzbärtige Herr, der die weibliche Hysterie in das Ewigmännliche übersteigt. . . .

Ueber Weibel schrieb Liman: „Weibel-Maherero, Weibel habe eine moral insanity, eine Art von sittlichem Wahnsinn. . . . Weibel ist freivol unwahrhaftig; er spricht von Weibels Verzeihungskampf mit der Wahrheit. Weibel wird Schamlosigkeit vorgeworfen. . . .

Ueber Ledebour äußerte sich Liman in einem Leitartikel unter der Ueberschrift: Ledebouero: ein Vurche wie Ledebour, Ledebouero, auch Ledebourist genannt Thersites — er sei von einer Art Hippodidismus der Phantasie behaftet.

Ueber die Genossin Luxemburg, die zunächst Liman nicht anders als die „blutige“ oder „bittere“ Rosa bezeichnet: „Bäpstin Johanna, Ledebour ist nicht nur den Eitisch-Kestheischen ein Greuel, sondern sogar die blutige Rosa, die doch keineswegs leder ist, hat ihm gegenüber Empfindungen, wie Griechen gegenüber dem Mephisto. . . . Weiber werden zu Hyänen und beschämen selbst die blutige Rosa. . . . Das ist die feine Taktik, die man von der Gelbin des „Vorwärts“, der Polin Rosa Luxemburg lernte, die ja in blutrünstigen „Vorwärts“-Artikeln den russischen Auftrütern Verfall kreißt, sich aber wohl hütet, die sicheren Mauern Berlins mit dem heimischen russischen Boden zu vertauschen, an die Stelle des Rates die Tat zu setzen.“

Dr. Häbler bemerkte hier, daß dieser Artikel zu einer Zeit geschrieben wurde, als Frau Luxemburg sich bereits nach Rußland begeben hatte und im Gefängnis saß.

Am 22. November 1905 schrieb Liman über Frau Zeilin, die hierliche Wagnon — zu einer Zeit, als diese nahe am Erblinden war.

Am perfidesten aber sind die fortgesetzten Verleumdungen Limans, daß zwischen Rosa Luxemburg und Stadthagen ein ehebrecherisches Verhältnis bestehe. Am 22. November 1905 heißt es in einem Leitartikel Limans: Stadthagen und Rosa bei Bilzen und Fleischhahnen von Stadthagen: Doch, der Wilde tobt schon an den Mauern, der Löwe von Juda, der mit grimmiger Miene umherzieht, zu suchen, was er verhasst. Minniglich hat sich Rosa Liebes zu ihm gesellt. Und am 13. Januar 1906 heißt es in dem Leitartikel Limans: Das Spiel mit dem Feuer: . . . Dieweil sie nach dem Zeugnis der eigenen Freunde hinter der Linie in sicherem Versteck verschwinden, dieweil auch Stadthagen mit seiner Rosa lieber ein Schäferhündchen verleben, als in der kritischen Stunde auf dem Schloßplatz erscheinen werden.

Fortwährend wird in dieser Weise Stadthagen mit der Frau Dr. Luxemburg in Zusammenhang gebracht, um bei dem Leser den Glauben an ein anstößiges Verhältnis hervorzurufen!

Der Verteidiger stellte noch einen weiteren Antrag auf Verlesung des Artikels in einer Privatklagesache Dr. Limans mit Dr. Rohan, in dem der Kläger 1894 wegen Beleidigung bestraft wurde. Darin wird der Beweis erbracht, daß Limans Vater Jude war. Es sollte damit der Beweis erbracht werden, wie Charakterlos der Kläger, der selbst Jude, fortwährend jüdische Sozialdemokraten als Juden in höhnischer Weise beschimpft. Liman und sein Rechtsbeistand baten um Ablehnung der Anträge, oder um vollständige Verlesung der Artikel und der vorhergehenden Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, damit man den Zusammenhang erkenne. Liman sagte u. a.:

. . . Die von mir geäußerten Ausdrücke haben auch einen Anlaß, den man dann auch prüfen möchte. Ein großer Teil jener

Worte sind auch — Zitate aus der „Leipziger Volkszeitung“ oder Äußerungen von Sozialdemokraten über sie. Ich muß eventuell darum bitten, das Protokoll des Dresdener Parteitages zu verlesen. Der Artikel über Rosa Luxemburg und Stadthagen — hm — ist nicht von mir. Aber auf einen sozialdemokratischen Parteitag hat doch ganz offen Stadthagen Frau Luxemburg unanant und gefügt! Ich glaube ja nicht, daß jene Neigung tatsächlich besteht und hatte auch damals keine Ähnung, daß Rosa Luxemburg bereits in Rußland gefangen war. Ich habe ja auch nicht gewußt, daß Frau Zeilin nahe am Erblinden war — aber ich habe den Artikel ja nicht geschrieben. Ich habe nicht die Absicht gehabt, eine abwesende Dame zu beleidigen. . . . Sonst aber gebe ich den größten Teil der Artikel zu. . . .

Besonders fatal war für Liman die Verlesung der beiden einander widersprechenden Artikel über den Journalistenbesuch in England, die er in der Londoner „Finanzchronik“ und in der Beilage der „Deutschen Tageszeitung“ als „Armer Jorid“ geschrieben hat. Nach der Verlesung entspann sich folgende Szene:

Vorsitzender: In der „Finanzchronik“ schreiben Sie also einen angeblich mehr englandfreundlichen Brief, in der „Deutschen Tageszeitung“ einen mehr englandfeindlichen?

Liman (in höchster Verzweiflung): Aber das ist ja gerade, was mir vorgeworfen wird! (Durch Verlesen von Zitaten sucht er dann darzulegen, daß die „Grundtendenz“ beider Artikel die nämliche sei. Ich muß noch bemerken, daß der Artikel englandfeindlichen Charakter hat. Man fällt über mich her, weil ich englandfeindlich sei! Aber, meine Herren, es gebietet doch die Höflichkeit, wenn man vom Tische aufsteht — da ist man doch nicht unhöflich. Der Artikel in der „Finanzchronik“ ist nur in einer ganz anderen Form geschrieben.

Dr. Häbler: Ich bin wirklich gespannt darauf, wie folgender Widerspruch zu erklären ist: In der „Finanzchronik“ heißt es, daß die Feste glänzend verlaufen seien und ihren Gipfelpunkt in jener Rede gefunden hätten, die von der Stammesgemeinschaft germanischer Völker gesprochen habe. Der Arme Jorid in der „Deutschen Tageszeitung“ sagt aber, daß die Phrasen geschmacklos art seien, die einem zum Halbe heraushängen, wenn in den Artikeln anderer Blätter fortwährend von der germanischen Stammesverwandtschaft gesprochen werde! Also, was Dr. Liman in der Londoner „Finanzchronik“ schreibt, hängt dem Arme Jorid zum Halbe heraus! (Heiterkeit im Saale.)

Liman (in steigender Verlegenheit): Wenn der Direktor der Universität Cambridge jene Worte von der Stammesgemeinschaft äußerte, so war das für mich nicht trivial, und ich bekenne mich dazu. Hier aber sind nur banale Redensarten der — englischen Presse gemeint. Nur im Ton ist ein Unterschied zwischen den Artikeln: dort wurde für Engländer, dort für Deutsche geschrieben und hier noch für die geistig etwas schwerfälligen Leser der „Deutschen Tageszeitung“, Bauern und Agrarier. Der arme Jorid will doch belamlich den Karren markieren; er wählte die Form der Satire und Ironie. Darum die andere Tonart. (Nach einer Pause): Es wird immer bei der Politik vorausgesetzt, daß jeder Politiker einen ganz bestimmten Standpunkt haben muß. Ich bin je nachdem: englandfreundlich und englandfeindlich — wie es gerade für mein Vaterland gut oder schlecht ist — absolut aber feins von beiden. (Liman liest in heftiger Aufregung noch einige Zitate mit stotternder Stimme vor): Ich weiß wirklich nicht, meine Herren, ob das englandfeindlich ist — ich weiß nicht — das kann auch englandfreundlich sein!

Dr. Mittelstädt: Ich beziehe mich noch auf Sachverständige, daß kein vorurteilloser Journalist hier einen Wechsel der Gesinnung finden wird. Ich habe hier einen Brief von Harden an Dr. Liman, der mir das bestätigt.

Vorsitzender: Aber um diese Frage zu entscheiden, dazu brauchen wir doch keinen Sachverständigen!

Dr. Häbler: Ich kann es gar nicht verstehen, weshalb denn Dr. Liman nicht gegen die Artikel in der „Leipziger Tagesblatt“ und in der „Frankfurter Zeitung“ vorgegangen ist. Dort wurde er Schmod genannt, der rechts und links schreiben könne; das ließ Herr Liman auf sich sitzen, aber wegen der Formalien der „Leipziger Volkszeitung“ sagt er.

Liman (am Ende seiner Kraft): Gewiß — der Artikel im „Tagesblatt“ hat mich sehr verlegt. Aber ich konnte ihn juristisch nicht fallen. Und dann wollte ich nicht gegen ein nationales Blatt klagen!! Ich wollte ein literarisches Schiedsgericht anrufen. . . .

Vorsitzender: Es steht jedenfalls fest, daß der Artikel im „Leipziger Tagesblatt“ zuerst erschien, der das feinstellte! Darauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Verfammlungen.

Der Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Filiale Berlin, hatte zum Montag eine öffentliche Versammlung nach dem „Schwiblergarten“ einberufen. R. Keller referierte über den Streik in Rathenow bei der Firma Buchholz, Wäscheabrik, und über das Verhalten der Berliner Unternehmer zu diesem Streik. In Rathenow wurde gestreikt, weil die Bezahlung dort um die Hälfte niedriger war als in Berlin; ebenso galt es, eine Verklärung der ungescheuten ausgedehnten Arbeitszeit herbeizuführen. Es gelang, viele streikende Mädchen in Berlin unterzubringen, als plötzlich die hiesigen Unternehmer dagegen mobil machten und dem Ansehen nach schwarze Listen zirkulieren ließen. Am 26. April hatten die Unternehmer eine geheime Sitzung und am Tage darauf wurde den Rathenower Mädchen in allen Berliner Geschäften unter allerlei Vorwänden gefündigt. Im Jahre 1906 schloß der Verband mit den Unternehmern einen festen Tarifvertrag, nach welchem solche Praktiken unzulässig sein sollten. Der Tarif dauert drei Jahre und es scheint, als bereiten sich die Unternehmer mit dem Ablauf des Tarifes auf einen Kampf vor, zu dem der Verband beizutreten rufen muß. — Welche Profite die Arbeitgeber aus ihren Angestellten ziehen, beweist der Geschäftsbericht der Firma Ritter, Chauffeurfabrik, Aktiengesellschaft. Fünf Aktionäre teilten sich 1906 in einen Reingewinn von 140.482 Mk. und im Jahre 1906 in 149.656 Mk. Die Zahl der Angestellten bei jener Firma beträgt etwa 350, so daß jeder Angestellte pro Jahr und Kopf 427 Mk. Reingewinn herausarbeiten muß. — Der Streik in Rathenow dauert fort. Die Versammlung nahm eine Resolution einstimmig an, in der erklärt wird, daß das Vorgehen der Berliner Unternehmer nicht den Tarifabmachungen entspreche und als Eingriff in das Koalitionsrecht der Rathenower Kolleginnen zu betrachten sei. Die Versammelten machen sich anheißig, für die Organisation mit allen Kräften zu arbeiten und alle fernstehenden Kollegen und Kolleginnen heranzuziehen, um im Jahre 1908 den Unternehmern stark und einig gegenüberzutreten zu können.

Berein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. (Abteilung Weihensee.) Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 Uhr, bei G. Ball, Langhansstr. 146: Wäslieberversammlung.

Lehr- und Diensterwerb „Zukunft“. Heute abends 8 1/2 Uhr bei Talsdorf, Adolfsstr. 58: Vortrag.

Deutscher Arbeiter-Abkündentebund. Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 15. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 270: Versammlung.

Zentralverband der Konditoren. Donnerstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 270: Allgemeine Mitglieder-versammlung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittmoß, den 15. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Carmen.
Kgl. Schauspielhaus. Sappho.
Neues Kgl. Opernhaus. 1001 Nacht.
Deutsches. Robert und Bertram.
Kammerstücke. Frühling.
Erwachsen. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Dopsenraths Erben.
Schiller O. (Schiller-Theater.) Heimat.
Schiller-Theater Charlottenburg. Der Kaiserjäger.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Am grünen Weg.
Berliner. Die Jungfrau von Orléans.
Leipzig. Der Bettelgraf.
Central. Die Nachtigall aus dem Bäckergang. Walter's Ebenbild.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Neues. Der Dief.
Vorhug. Der Troubadour.
Welken. Die lustige Witwe.
Residenz. Haben Sie nicht zu verzeihen?
Lustspielhaus. Dufarenfieber.
Walha. Wo die Liebe hinfällt.
Lustig. Das Mädchen ohne Ehre.
Trianon. Jai. Jofette — meine Frau.
Berthold Hofe. Im Rausche des Lebens.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gehr. Herrnsfeld. Es lebe das Nachtleben!
Wintergarten. La Tortajada.
Apollo. Der lustige Witwe.
Kasino. Heirat auf Probe.
Walhalla. Der grüne Teufel.
Folies Caprice. Eine Nacht in der Apotheke.
Vollage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tanzenträge 48/49.
Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/52.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel Lucie Vléra.
Die Jungfrau von Orleans.
Donnerst.: Der Hund von Badewille.
Freitag.: Staatsanwalt Alexander.
Sonnabend.: Die Kamellenbams.

Neues Schauspielhaus
Wittmoß, den 15. Mai 1907:
Hopfenraths Erben.
Morgen:
Hopfenraths Erben.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Dieb.
Morgen und folgende Tage:
Der Dieb.

Kleines Theater.
Zum 204. Male:
Ein idealer Gatte.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag und Freitag.: Ein idealer Gatte.
Sonnabend und folgende Tage:
Marcell Salzer.

Lotzing-Theater
Belisariusstr. 7/8.
Wittmoß, den 15. Mai, 8 Uhr:
Der Troubadour.
Abendstücke gültig!
Donnerstag.: Sternsches Komf. :
Rigoletto (2. Akt), Haniel und Gretel.
Belisarius-Garten-Eröffnung:
Sonntag, den 19. Mai c.

Lustspielhaus.
Sommerpreise. Abends 8 Uhr:
Dufarenfieber.
Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Am grünen Weg.

Zentral-Theater.
Gesamtgastspiel des Hamburger Gnst.
Drucker-Theaters:
Die Nachtigall aus dem Bäckergang.
Vorch.: Walter's Ebenbild.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollaender. Dirigent Max
Roch. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Kassary. Ernani. Bender.
Glampetro. Josephi.
Rauchen überall gestattet.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Durch Dänemark und Südschweden.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends
8 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Haben Sie nicht zu verzeihen?
Schwan in 3 Akten v. R. Hennequin
und F. Weber.
Robert de Trieville: Rich. Alexander.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 24.
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.
Alle Abende: Das Mädchen ohne
Ehre.
Vingstsonntag nachmittags: Die
Waise aus Howood.
Vingstmonatag nachmittags: Die
Händer.

Apollo Theater

9 1/2 Uhr. Abends 8 Uhr:
Denkbar größter Lachersolg!
Hartstein
mit seinem glänzenden Schlager:
Der lustige Witwe.
1. Bild: Das letzte Mal.
2. Bild: Die Folgen davon.
Vorch.: 8 Uhr: Spezialitäten und
Merian Hund-Bauertheater.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:
Das Mai-Programm.
Der größte Erfolg
der Saison!
Grete Gallus
Mascha Dignam
3 Clarus Brothers
14 Attraktionen 14.

WINTER GARTEN

La Tortajada.

Neues Programm.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Im Rausche des Lebens.
Komödie in 3 Akten von D. Mitchell.
Donnerstag, Freitag, Sonnabend:
Geschlossen.
Sonntag, den 19. Mai: Eröffnung
der Sommeraktion.

Walhalla-Variete-Theater

Reichenbergerstr. 19/20, Rotung. Kor.
Gente abends 8 Uhr:
Der grüne Teufel.
Sensations-Dantomime.
5 Jungmanns. Drahtseil-
tänzer.
12 neue Spezialitäten 12
Im Tunnel: Frei-Konzert.

Steidl-Theater.

Brückenstr. 2 (a. d. Jannov. Br.)
Neues Programm!!!
Anf. 8 Uhr. Tageskasse 11-2 Uhr.
Steidl-Restaurant (Berlin):
Gr. Dybowski-Konzert.
Eintritt frei!

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Schiller-Theater).
Wittmoß, abends 8 Uhr:
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann
Eisemann.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.
Freitag, abends 8 Uhr:
Moloch. — Der zerbrochene Krug.

Gehr. Herrnsfeld-Theater

Anfang Theater Vorberf.
8 Uhr. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstraße 57.
Täglich:
Es lebe das Nachtleben!
Folgen einer Separé-Affäre
in 2 Akten
von Anton und Donat Herrnsfeld
mit den Autoren
in den Hauptrollen.
Vorch.: Neu bearbeitet:
Die Welt geht unter!
Schwan in einem Akt von
Anton u. Donat Herrnsfeld.

Brunnen-Theater

Bachstraße 58. Direkt.: Bernh. Rose.
Ab Sonntag, den 19. Mai 1907:
Täglich:
Garten-Konzert, Theater
und **Spezialitäten.**
P. Coradin. Mosekaly-Truppe.
The Rämblee Comp. u. w.
Das Sensations-Vollstück:
Im Fluge durch die Welt
mit großer Ausstattung und Ballett.
Baldofenpehant: Bernhard Rose.
Anf. Sonntags 4 1/2, wochentl. 5 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anf. wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Reichs-
hallen-
Restaurant.
Großes
Militär-
Konzert.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Ill. Brunnstr. 16.
Gente: **Geschlossen.**
Am 1. Pfingstfesttage:
Eröffnung der Sommerspielzeit
im herrlich renovierten Garten.
Näheres Anschlag und Annoncen.

Kasino-Theater

Lothringerg. 37. Täglich 8 Uhr.
Kur bis 19. Mai! Neu einstudiert:
Heirat auf Probe.
Gesangspolke in 3 Akten von Sach-
binder und Kren.
An heißen Feiertagen nachm. 4 Uhr:
Traum der Rose. Singvögelchen.

Prater-Theater

Kasernen-Weg 7/9.
Sonntag, den 19. Mai (1. Feiertag):
Eröffnung der Sommeraktion.
Gefällige Spezialitäten.

Flotte Weiber.

Wochentags mit Gel. u. Tanz
Montag, 20. Mai: Frühvorstellung.
Anfang früh 5 1/2, Uhr. Eintritt 30 Pf.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Jekulein Jofette — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Schweizergarten

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Pfingsten: Früh- und Nachmittags-
Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Programm.
Gehr. Darton, Miss Talvan, Time &
Money, Paula Grigati, Dolsons Duett,
The Barkelys, Gragg & Sheffield,
Jeltverreich im Caféhaus.
Von Pfingsten ab täglich
Theater-Vorstellung,
Spezialitäten und Bail.
Kasselerische ist nur am Wochen. eröffn.
Anfang der Frühkonzerte 5 Uhr,
nachmittags 4 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater

Gesellschaft 13/15.
Wöchentliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeische ist täglich von
2 Uhr ab geöffnet.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W., Goltz-
straße 9.
Das herrliche
Mai-Programm
Neu! Thomas
Bedsy Com-
pagnie.
Gr. amerikan.
Excentric-Vant.
Neu! Handwerkerstreit
Rauzer (Suff), Ammermann (Dr.
Gust. Behrens), Müller (W. Sandel),
Maier (Hans Frick), sowie die andern
erfahrenen Spezialitäten.
3. Schluß die tolle Lustspiel-Operette:
Menschuckmann im Sündenpuli Berlin.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 6 1/2, Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Wittmoß, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Komödie in 3 Akten v. Hans Brennert
und Hans Dittwald.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Heimat.
Freitag, abends 8 Uhr:
Heimat.

Sanssouci, Kolibauer

Direktion Wilhelm Reimer.
Wegen Vorbereitungen
zu den
Pfingstfeiertagen
geschlossen.
An allen drei Feiertagen:
Große Extra-Soiréen
von Hoffmanns Norddeutschen
Sängern. Tanz.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

**Welt-Ausstellungs-
Biograph** (St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Der Untergang des
Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anf. wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Reichs-
hallen-
Restaurant.
Großes
Militär-
Konzert.

Buchhandlung Vorwärts.

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.
Unter dem Titel:
Sozialistentöter Bülow
im Deutschen Reichstag
Preis 25 Pf. Porto 10 Pf.
erschien eine 186 Seiten starke Bro-
schüre, enthaltend die Reden der sozial-
demokratischen Reichstagsabgeordneten
Debel, David und Singer,
sowie die Rede des Zentrumsgarde-
mehren Gröber und des Reichskanzlers
von Bülow im vollen Wortlaut nach
den stenographischen Berichten der
Sitzungen vom 26. und 28. Februar
und vom 1. und 3. März 1907, in
denen der Reichshaushaltetat ver-
handelt wurde. Aus dem in den Reden
gebildeten Material erweitert sich die
Verlogenheit des Reichstags: Sozial-
demokratie und Zentrum hätten die
nationale Ehre und Würde Deutsch-
lands mit Füßen getreten.
Besmer ist erschienen:
Eine Abrechnung
mit d. Reichstagenverband
Preis 20 Pf. Porto 5 Pf.
enthalten die Verhandlungen des
Reichstags über die Interpellation betr.
die Wahlämter des Reichsverbandes
zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.
Die Broschüre enthält die Reden
der Genossen Fischer und Debel
im vollen Wortlaut nach den stenog-
raphischen Berichten und die Reden
der anderen Abgeordneten, soweit sie
sich auf die Interpellation und die
Ausführungen unserer Genossen be-
ziehen. Die Verhandlungen bieten
so reiches Material, daß die Broschüre
überall verbreitet zu werden verdient,
wo der Reichstagenverband seine Ver-
leumdungen gegen unsere Partei aus-
gestreut hat. 234/5*

Eine Abrechnung mit d. Reichstagenverband

Preis 20 Pf. Porto 5 Pf.
enthalten die Verhandlungen des
Reichstags über die Interpellation betr.
die Wahlämter des Reichsverbandes
zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.
Die Broschüre enthält die Reden
der Genossen Fischer und Debel
im vollen Wortlaut nach den stenog-
raphischen Berichten und die Reden
der anderen Abgeordneten, soweit sie
sich auf die Interpellation und die
Ausführungen unserer Genossen be-
ziehen. Die Verhandlungen bieten
so reiches Material, daß die Broschüre
überall verbreitet zu werden verdient,
wo der Reichstagenverband seine Ver-
leumdungen gegen unsere Partei aus-
gestreut hat. 234/5*

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Riesen-Auswahl!
Gardinen, Portieren, Stores,
Vitrage, Täfeldecken etc.
Einzelne Fenster spottbillig!
Pracht-Katalog mit ca. 600
Abbildungen
gratis und franko.

Max Kliems Sommer-Theater

Gesellschaft 13/15.
Wöchentliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeische ist täglich von
2 Uhr ab geöffnet.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W., Goltz-
straße 9.
Das herrliche
Mai-Programm
Neu! Thomas
Bedsy Com-
pagnie.
Gr. amerikan.
Excentric-Vant.
Neu! Handwerkerstreit
Rauzer (Suff), Ammermann (Dr.
Gust. Behrens), Müller (W. Sandel),
Maier (Hans Frick), sowie die andern
erfahrenen Spezialitäten.
3. Schluß die tolle Lustspiel-Operette:
Menschuckmann im Sündenpuli Berlin.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 6 1/2, Uhr.

Turnverein „Fichte“ Berlin.

Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.
Am Donnerstag, den 16. Mai, abends 8 Uhr,
findet die Eröffnung einer neuen (13.)
Lehrlings-Abteilung
in der Schullernhülle **Görlitzerstraße 51** statt.
Turnzeiten Montag und Donnerstag 8-10 Uhr abends.
Eintrittsgeld 10 Pf., monatlicher Beitrag 25 Pf. Einheitsbeitrag wird
bei Anmeldeungen die am ersten Abend erfolgen, nicht erhoben. Jugendliche
Personen im Alter von 14-18 Jahren werden als Mitglieder auf-
genommen. Gäste willkommen. 200/8

Für Pfingstausflüge

aller Naturfreunde gibt es kein schöneres Ziel als
Mohr's Strand-Restaurant
Richtershorn.

Zwischen Grünau und Carolinenshof im alten Hochwald und am Langen
See gelegen. Alter Wald als Garten, wunderbare Aussicht. Angenehmer
Aufenthalt. Tanzsaal usw. Telefon: Amt Grünau Nr. 70. [49262*]

Restaurant „Hungrierer Wolf“ Strausberg II.

Großes Grünau und Carolinenshof im alten Hochwald und am Langen
See gelegen. Alter Wald als Garten, wunderbare Aussicht. Angenehmer
Aufenthalt. Tanzsaal usw. Telefon: Amt Grünau Nr. 70. [49262*]

Empfehle allen Genossen.

Empfehle allen Genossen. Gewerkschaften, Theater- und anderen
Bereinen meine vollständig neu renovierten Feiertage, 40, 80 und
500 Personen fassend, nebst Bühne mit 25 Verwandlungen. 49322*
400 Schattiger Naturgarten. Fritz Wilke, Brunnenstr. 168
Recherre Sonnabende u. Sonntage sind noch frei. Amt 3, 6325.

Kenner
rauchen
Zenith
Zigaretten

Gelegenheitskauf!
Nie wiederkehrend. Nie wiederkehrend.
500 Stück Ia Fahrräder
Nur solange der Vorrat 60 bis 80 Mk.
reicht das Stück 60 bis 80 Mk.
Teilszahlung gestattet.
Transporträder 100 Mk. billiger wie bei der Konkurrenz.
Deutsche 4563L.*
Transport-Fahrrad-Gesellschaft
Poststraße 26. BERLIN C. Poststraße 26.

Mit Ihren geringen Ersparnissen
können Sie Ihr
Glück machen.
Ordnung, nüchternen
Schlossern, Monteuren usw.
geben wir schon bei geringer
Anzahlung
Motorwagen
wodurch sie ein glänzendes Ein-
kommen erzielen, besonders da
jetzt die Fahrtage um 1/3 er-
höht ist. 175/16*

Hüte in allen
Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher
Dresdenerstr. 100, Prinzestr.
Teilszahlung
monatlich 10 R. leibere Herren-Gar-
derobe nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110,
Rübe Bellesallianceplatz.
Stufe 10%, billiger.

Steppedecken
billig direkt in der
Fabrik
72. Wallstr. 72.
wo auch alle Steppedecken aufgestellt
werden. Bernhard Strohmaier.
Berlin 5 14. Muster-Katalog gratis.

Oscar Arnold Dresdenerstr. 116
(Kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft!
Filtzhüte, Cylinder-
hüte, Strohhüte und
Mützen.
**Garnierte
Damenhüte!!**
Größte Auswahl!
Einzeltverkauf zu auf-
fallend billigen aber
streng festen Preisen!

Achtung!

Achtung!

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Mittwoch, den 15. Mai,

abends 8¹/₂ Uhr,

im Lokale „**Neue Welt**“, Hasenheide Nr. 108—114:

Außerordentliche

General-Versammlung

aller zum
Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Bezirke der Maurer.

Tages-Ordnung:

**Die bevorstehende Aussperrung im
Berliner Baugewerbe.**

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Die Verbandsleitung.

NB. Die Mai-ausgesperrten Kollegen auswärtiger Zweigvereine, welche in Berlin arbeiten, sich aber nicht in Berlin, sondern in ihrem Heimatort zur Kontrolle gemeldet haben, können, falls sie Anspruch auf Unterstützung erheben, dieselbe während der Bureaustunden auf dem Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, Zimmer 29, in Empfang nehmen.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands

Ortsverein Berlin.

Bureau: Steinstraße 38.

Telephon: Amt III 8100.

Mittwoch, 15. Mai, abends 8¹/₂ Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Unsere Lohnbewegung.

Mitgliedsbuch legitimiert. [129/07] Der Vorstand. S. K.: Gustav Jęglin.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter

Deutschlands. — Zweigverein Berlin und Umgegend.

**Donnerstag, den 16. Mai, abends 8¹/₂ Uhr, im Lokal
Neue Welt, Hasenheide 108—114:**

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere bevorstehende Lohnbewegung. 2. Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.

Recht regen Besuch erwartet Der Zweigvereinsvorstand.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter

Berlins und Umgegend.

Bureau: Stein-Strasse 38, I. — Telephon: Amt III Nr. 8574.

Donnerstag, den 16. Mai 1907, abends 7¹/₂ Uhr, bei Voelker, Weberstraße 17:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Aussperrung im Baugewerbe. 2. Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

Die übrigen Bauhandwerker werden ersucht, unsere Kollegen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

NB. Bei dieser Versammlung können die Kollegen ihre Stellung in Empfang nehmen, Verband d. d. Post erfolgt nicht. D. O.

Deutscher Buchbinderverband

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, 16. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal IV):

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung der Delegierten zum 10. Verbandstag in Nürnberg 1907. 2. Stellungnahme zu den Anträgen zum Verbandstag. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt! Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Selbst wenn sie mehr
kosten sollten, würde ihre
Beliebtheit nicht darunter
leiden, weil

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

stets von jedem wirklichen
Kenner allen anderen Fabrikaten
gegenüber bevorzugt werden.

10 St. 30 Pfennig.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Donnerstag, den 16. Mai, abends 8¹/₂ Uhr:

Verammlung

im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.

Tages-Ordnung:

Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Donnerstag, 16. Mai, abds. 8¹/₂ Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151/52:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

Bericht über die Einigungsverhandlungen und Abstimmung über den
Schlichtspruch.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1230. Charitestr. 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 16. Mai, abends 8¹/₂ Uhr: Branchen-Versammlung

der Elektromonteur und Hilfsmonteur
Berlins und Umgegend

in „Frankes Festhölzer“, Sebastianstraße 39.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Schriftstellers H. Grünwald über:
„Arbeit und Bildung“.

2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Steinarbeiter!

Berlin I.

Donnerstag, den 16. d. M., abends 8¹/₂ Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Max Kiesel über: „Die gegen-
wärtige Lage des Arbeiterhandes“. 2. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. 179/17

Die Ortsverwaltung.

Zahnärztliche Klinik

106 Belle-Alliancestraße 106, gegenüber Warenhaus Jandorf.

Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Kloben n. d. Aus-
lagen berechnet. — Geöffnet von 9—6 Uhr. Sonntags 9—12 Uhr. 46342

Orts-Krankenkasse der Stadt Schöneberg.

Rechnungs-Abschluss 1906.

Einnahme. RM.

1. Barbestand am 1. Jan. 36 268,50

2. Zinsen 7 408,27

3. Einrückungsgelder 18 508,83

4. Beiträge 725 623,59

5. Erstattung f. gewährte
Krankenunterstützungen 10 192,05

6. Erstattung d. Berufs-
genossenschaften 6 582,79

7. Aus verkauften Werbepapieren usw.

8. Durchlaufende Posten . 20 917,11

9. Sonstige Einnahmen . 4 280,54

Summa 809 527,06

Ausgabe. RM.

1. Für ärztl. Behandlung 67 611,24

2. Für Arznei und sonstige
Heilmittel 91 000,03

3. Krankengelder:
a) an Mitglieder 251 031,19

b) an Angehörige 7 879,74

4. Unterstützung an Hoch-
vermerken 12 156,75

5. Sterbegelder 14 375,02

6. Kur- und Heilungsaus-
kosten in Heilanstalten . 111 206,10

7. Erstattung f. gewährte
Krankenunterstützung . 13 551,56

8. Zurückgezahlte Beiträge
und Eintrittsgelder . . . 716,69

9. Für Kapitalanlagen . . . 75 925,07

10. Zurückgezahlte Beiträge 39 764,78

11. Verwaltungskosten:
a) persönliche 70 206,43

b) sachliche 21 826,93

12. Sonstige Ausgaben . 4 913,37

Summa 812 372,90

Summa der Einnahmen . 809 527,06

Summa der Ausgaben . 812 372,90

Bestand am 1. Jan. 1907 . 27 154,16

Krankheitsfälle der männ-
lichen Mitglieder 6 736

Krankheitsfälle der weib-
lichen Mitglieder 3 304

Krankheitsfälle der männlichen
Mitglieder 134 658

Krankheitsfälle der weiblichen
Mitglieder 95 521

Sterbefälle der männlichen
Mitglieder 97

Sterbefälle der weiblichen
Mitglieder 37

Die durchschnittliche Mitgliederzahl
betrug am Schluss des Jahres 1906
18 890, die des Vorjahres 17 304,
mithin mehr: 1576.

Der Vorstand. 274/7

Blusen seid. taucht man
lediglich am billigsten
und besten in unentbehrlichen
Spezialgeschäften zu
einem billigen Preise ein. 47822

Nur ganz kurze Zeit!

1. Ges.: Seydewitz, 32, II. (9-1,3-8).

2. Schöfstr. 2, part. links.

3. Rixdorf, Berlinstr. 90, I.

Büsten

zur Schneiderei, verstellbar und nach
Maß, von 1,50 RM. an, bei abgesehen
Garlich, Leipzigerstr. 54, II.

Partei-Angelegenheiten.

Steglich. Am Donnerstag, den 10. Mai, von 10—12 Uhr vormittags und 5—8 Uhr abends finden die Stichwahlen zur Gemeindevertretung statt.

Bezirk Waidmannslust. Der Wahlverein veranstaltet am zweiten Pfingstfeiertag im Schweizerhäuschen zu Waidmannslust ein Festkonzert.

Berliner Nachrichten.

Gegen die Verkehrsprojekte der Stadt Berlin

wird von den interessierten Gesellschaften ständig Sturm gelaufen, direkt und indirekt; der indirekte Weg wird bevorzugt. Billige, für alles zu habende Korrespondenzbureaus sind nach Kräften bemüht, den Wünschen ihrer Auftraggeber nachzukommen.

Dieser Tage wurde wieder eine jener oben schon gekennzeichneten Notizen in die Presse lanciert, die sich auf die Fortführung der Untergrundbahn nach der Schönhauser Allee bezog.

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß die von ihr gegen die Stadtgemeinde geltend gemachten Ansprüche die Eröffnung des Betriebes auf der von der Hoch- und Untergrundbahn geplanten Verlängerungsstrecke nach der Schönhauser Allee hindern oder verzögern könnten.

Das „Berliner Tageblatt“ findet, daß der Ton, den der Magistrat anzuschlagen für gut befindet, nicht geeignet sei, den höheren Interessen des Verkehrs zu dienen.

Die Wertzunahmevorlage.

In der letzten Sitzung des Stadtverordneten-Ausschusses zur Vorbereitung der obigen Vorlage wurde zunächst in die Beratung des § 9 der Vorlage eingetreten, welcher von der Ausmittlung der Wertsteigerung handelt.

Neben hielten, wurde das Recht verlangt, so ziemlich eine jede Handlung, die ein Grundbesitzer behufs Verwaltung und Verwertung seines Grundbesitzes vornimmt, in Geld umzurechnen und bei Ausmittlung der Wertsteigerung in Abrechnung zu bringen.

Eine lange Debatte entsetzte dann noch der folgende aus der Mitte des Ausschusses gestellte Antrag: Die Veräußerung von ideellen Anteilen an Grundeigentum ist steuerlich ebenso wie die realen Grundstücksanteile zu behandeln.

In den früheren Ausschußberatungen war von den Gegnern immer betont worden, die neue Steuervorlage würde praktisch zu wenig führen, da gerade die Großgrundbesitzer und die Zertaingesellschaften Wege hätten, die Zahlung der Steuer zu umgehen.

In der nächsten Sitzung des Ausschusses soll die Beratung des Antrages fortgesetzt werden.

Die Zahl der Mitglieder der Fraktionen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat in der letzten Zeit infolge der Nachwahlen eine kleine Veränderung erfahren. Die Fraktion der Linken, vielfach „alte“ Linke genannt, zählt unter Hinzurechnung des kürzlich gewählten Abgeordneten Dr. Hermes, der früher schon der Linken angehört, nunmehr 55 Mitglieder.

Die Hitze und ihre Folgen.

Die Erwartungen, daß gestern morgen durch ein starkes Gewitter eine erlösende Abkühlung der Temperatur eintreten würde, haben sich nicht bestätigt. Die drohenden Gewitterwolken, die sich schon am Montagabend am Firmament zeigten, zogen vorüber, ohne sich zu entladen.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 10. Mai d. J., nachmittags 6 Uhr. Berichterstattung über die Vorlagen betreffend: eine Fluchtlinienveränderung in der Königstraße, — den Verkauf des an der Revaler Straße, Ecke der Remeler Straße und Warschauer Straße belegenen städtischen Grundstücks — und die Keuzregelung der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Assistenzärzte an den städtischen Krankenhäusern.

stücken Luisenufer 17 und 18 liegenden Vorgärten an die Eigentümer dieser Grundstücke, — die Nachbewilligung von Mitteln aus der Stadtkasse von 1904 für die Fortführung der Kaiser Wilhelmstraße von der Hirttenstraße bis zur Schönhauser und Prenzlauer Allee.

Das Prügelrecht auch gegen Fortbildungsschüler wird von manchen Leuten als unentbehrliche Voraussetzung der „erzieherischen Wirkung“ angesehen, die die Fortbildungsschule auf die heranwachsende Jugend ausüben soll.

Ein vierzehnjähriger Knabe D., der zu Ostern dieses Jahres aus der Schule entlassen worden war, aber vorläufig noch nicht in eine Lehre gebracht worden ist, bekam von der Pflanzfortbildungsschule seines Bezirks die amtliche Aufforderung, sich im Schulhause in der Langenstraße einzufinden, damit seine Aufnahme bewirkt werden könne.

Der plötzlich auflosende Grimm des Herrn A. fand hinterher darin seine Erklärung, daß es den Schülern seiner Anstalt untersagt war, durch die erwähnte Glastür zu gehen. Das konnte aber D. nicht wissen, und ein darauf hinweisendes Plakat war von ihm nicht vorgefunden worden.

Wenn übrigens gegen Herrn A. eine Beschwerde an die Fortbildungsschuldeputation gerichtet würde, so würde diese sich wohl genötigt sehen, ihm unrecht zu geben.

Aus der Lungenheilstätte in Beelitz werden und verschiedene Klagen von Patienten übermittelt mit der Bitte um Veröffentlichung. Im allgemeinen halten wir es für wünschenswert, daß sich die Patienten mit ihren Klagen zunächst an die Leitung der Anstalt und wenn sie hier kein Recht erhalten, an den Vorstand der Landesberufungsanstalt wenden.

Von den Ärzten wird immer darauf hingewiesen, daß der Staub der gefährlichste Feind der Lunge sei. Die Gartenwege werden aber, trotzdem namentlich im Sommer der Sand viel Staub entwickelt, selten oder gar nicht gesprengt.

Der Fischfang in der Kaiser Wilhelm-Straße. Eine eigenartige Szene, die viele Hunderte von Zuschauern herbeilodete, trug sich am Montagabend gegen 7 1/2 Uhr in der Kaiser Wilhelm-Straße, in der Nähe der Ringstraße, zu.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend erzielte im Monat April d. J. in ihren 15 Verkaufsstellen einen Umsatz von 81 778,66 M. gegen 55 297,46 M. im April 1906.

Die ersten Cyper der Babelfelsen werden vom Sonntag gemeldet. Der 15jährige Sohn Ernst des in der Schiemannstr. 21 wohnenden Arbeiters Duhal hatte mit mehreren Freunden am Sonnabendmorgen einen Spaziergang nach Tegel unternommen.

Die jungen Leute beschlossen, im Tegeler See zu baden und schwammen dabei weit in den See hinaus. Hier scheint der junge D. plötzlich von einem Schlaganfall befallen worden zu sein, er ersank lautlos in den Fluten. Erst nach etwa einer Viertelstunde wurde er von seinen Begleitern bemerkt, die nunmehr sofort der Tegeler Behörde von dem Unglücksfall Meldung machten. Bis hier ist es nicht gelungen, die Leiche zu heben. — In gleicher Weise büßte der 19jährige Heizer Wilhelm Boite beim Baden in der Spree sein Leben ein. Der junge Mann wollte mit einem Kollegen am Sonntagmorgen gegen 2 Uhr in der Spree, unweit der Kierstorfer Schleuse ein Bad nehmen, hatte sich jedoch kaum in das Wasser hineinbegeben, als er plötzlich ausstieß und sofort vor den Augen seines Kameraden verank. Anscheinend ist auch Boite einem Schlaganfall zum Opfer gefallen.

Es kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, daß die Badenden sich nicht erhitzen dürfen in das bisher noch ziemlich kühle Wasser hineinbegeben, namentlich dort, wo sich keine Badeanstalten befinden, menschliche Hülfe also nicht vorhanden ist.

50 000 Mark unterschlagen hat ein bei der Kupferbank von Lampenmühl u. Co. in der Neustädtischen Kirchstraße beschäftigter Bediensteter Reumann. Er ist noch nicht ergriffen. — Eine interessante Mitteilung macht die Gefängnisverwaltung in Tegel. Diese berichtet nach Berlin, daß sich ein Mann unter den Personalien Reumanns dort seit dem Himmelfahrtstage hinter Schloß und Riegel befindet. Reumann ist vor zwei Monaten wegen eines Angriffs auf ein minderjähriges Mädchen zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Ein „Vertreter“ Reumanns hat diese Strafe am Himmelfahrtstage angetreten. Die Persönlichkeit des „Vertreters“ konnte noch nicht festgestellt werden. In dem beschlagnahmten Schriftwechsel des Verurteilten finden sich Andeutungen auf diese „Vertretung“. Es geht daraus hervor, daß Reumann mit der Verbrechenswelt stets Fühlung gehalten hat und dem „Stellvertreter“ für seine Mithaltung 600 M. zuschickte.

Eine überaus reiche Selbstmorddrohne liegt und vor. In seiner Wohnung in der Zimmerstraße 23 erschah sich der 24jährige Handlungsgehilfe Adolf Wilhelm. W. löste sich durch einen Schuß in die Schläfe. — In der vergangenen Nacht verübte noch ein zweiter Handlungsgehilfe, der 36 Jahre alte Gustav Rosler, Rottmühlstraße 19, Selbstmord. Der Lebensmüde jagte sich in einem Abteil dritter Klasse eines Stadtbahnzuges eine Kugel in den Kopf und war auf der Stelle tot. Seine Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt. — Auf dem Boden erhängt hat sich die 34jährige Anna Kargis aus der Reuen Hochstraße 17. Als ein Mieter die Tat entdeckte, war die B. bereits tot. — In einem Gartenterrazentisch in der Hauptstraße in Tegel bewirkte ein unbekannter Selbstmörder seinem Leben gewaltsam ein Ende. Ein etwa 20jähriger Mann, der längere Zeit bei einem Wäse hier am Tisch gesessen hatte, zog plötzlich einen Revolver hervor und jagte sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Der Lebensmüde sank tot vom Stuhl. — Als der 18jährige Lehrling Kurt Streckfus aus Dresden wurde ein junger Mann rekonstruiert, der sich in einer Raube zwischen der Haupt- und Kobergerstraße in Schöneberg erhängt hat. St. war bei der Firma Jordan u. Timms angestellt. Die Eltern wissen sich nicht zu erklären, was den Sohn in den Tod getrieben hat. — Am Alexander-Ufer sprang der 33jährige Klempner Hermann Bederer, Brunnstraße 13, in selbstmörderischer Absicht in den Humboldthafen und ertrank. Seine Leiche wurde gestern morgen gelandet. In den Taschen fand die Polizei mehrere Strafanträge und Gerichtspapiere. Vermutlich hat sich B. aus Furcht vor Bestrafung das Leben genommen. — Am Postreiter Ufer wurde die Leiche des Schneidermeisters Adolf Minow aus der Prinz-Hamburghstraße 19 aus dem Wasser gezogen. B. war wegen Krankheit und Schwerkraft in den Tod gegangen. — In der Fruchtstraße wurde der Leichnam eines unbekannteren Mannes aus der Spree gelandet. Der Tote hatte etwa im 40. Lebensjahre gestanden. Seine Leiche wurde zur Rekonstruierung nach dem Schauhaus gebracht. — An einer Wache im Hofe an der Schleifischen Bahn erhängte sich der Postarbeiter Adolf Michaelis. Ausflügler fanden den Leichnam des Lebensmüden.

Über einen schweren Unglücksfall am Montag meldet der Polizeibericht. Als gegen Mittag eine mit Mauersteinen beladene Lokomotive auf dem Hof des Hotel-Neubaus Königsplatzstr. 112/13 hochgezogen wurde, fiel sie in der Höhe des vierten Stockwerkes infolge schiefer Ladung gegen die Brücke des Lastenaufzuges, wodurch ein Teil der Ladung nach dem Hofe fiel und den dort tätigen 26 Jahre alten Arbeiter Friedrich Klein aus Charlottenburg am Kopf verletzte. In einer Drohke brachte man ihn nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer, wo neben einer erheblichen Kopfwunde eine Verletzung der Schädeldecke festgestellt wurde, die seine Ueberführung nach dem Krankenhaus Am Urban notwendig machte.

Vermißt und zu rekonstruieren. Der taubstumme Maurer Karl Rumbt, 41 Jahre alt, in Neu-Lobnow geboren, zuletzt in Döllensradung an der Ostbahn wohnhaft, ist seit dem 20. Januar 1907 von dort verschwunden. Er soll sich angeblich nach Berlin gewandt haben. Rumbt ist 1,66 Meter groß, dunkelblond, hat blaue Augen und einen schwarzen Schnurrbart, längliches Gesicht, gesunde Farbe und gut erhaltene Zähne. Bekleidet war Rumbt mit schwarzer Pelzmütze, dunklem Jackettanzug, dunkelbraunem Ueberzieher, Schaffelstiefeln mit Nägeln beschlagen und zwei wollenen Unterjassen. Diejenigen Personen, die in der Lage sind, über den Verbleib des Rumbt Auskunft zu geben, werden ersucht, ihre Wahrnehmungen mündlich oder schriftlich jedem beliebigen Polizeirevier oder dem königlichen Polizeipräsidium, Zimmer 329, 2 Et., mündlich in den Vormittagsstunden zur J. N. 614 IV. 28. 07 mitzuteilen.

Vermißt wird seit dem 11. April d. J. der Maler Helmuth Matthias, 20. September 1878 in Stargard geboren, Hornstr. 11 wohnhaft gewesen. Er ist 1,76 Meter groß, von schlanker Gestalt, hat dunkles Haar, blaue Augen, dunkelblonden Schnurrbart, blaue Gesichtsfarbe und etwas X-Beine. Besondere Kennzeichen: Auf linkem Arm Arzons eintätowiert. Bei seinem Fortgang war er bekleidet mit schwarzem Hut, schwarzem Jackett, dunkler Weste, dunklen Hosen, schwarzen Schuhen und grauen Strümpfen. Der Vermißte ist Gewohnheitsraucher und hat bei seinem Fortgang Selbstmordabsichten gehabt. Nachrichten über den Verbleib des Vermißten werden in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 3-6, 2 Et., Zimmer 334, schriftlich und mündlich zu Tagebuchnummer 2688 IV. 27. 07 entgegen genommen.

In der Nacht zum 3. Mai d. J. wurde in der Kottbingerstraße auf der Mittelpromenade, vor dem Hause Nr. 68 auf einer Bank sitzend, ein circa 55 bis 60 Jahre alter unbekannter Mann krank aufgefunden und verbracht auf dem Wege nach dem Krankenhaus, ohne daß seine Persönlichkeit festgestellt werden konnte. Der Unbekannte war circa 1,68 Meter groß, hatte langes, volles, dunkelblondes, etwas meliertes Kopfsaar, graumeliertes Schnurr- und Backenbart, graue Augen, lüdenhafte Zähne und war bekleidet mit braunem, steifem Hut, braunem Winterüberzieher mit braunem Samtkragen, schwarzem Cheviotrock, dunkler Weste, braunen Hosen, schwarzen Strümpfen, grauen Unterhosen, weißleinenem Hemd, am Tragen mit roten Sternchen, graurotgestreiften Hosenträgern, trug am rechten Fuß einen schlechten Gummigüßstiefel und am linken Fuß einen schlechten Schnürstiefel. An den Händen saßen die Ballen sehr hervor, besonders rechts. Die zweite Hand ist an jedem Fuß über die große Zehe übergewachsen. Bei der Leiche wurde ein gelbes Leberportemonnaie mit 21,40 M., eine gelbe Uhrkapsel und ein Taschentuch gefunden. Personen, welche zur Sache Angaben machen können, werden gebeten, dies der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier zu den Akten 8006 IV. 41. 07 mitzuteilen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Montag, den 20. Mai, (2. Pfingstfeiertag) Familienausflug nach Dirckgärten, Rabenhorst Mühle. Abfahrt des Zuges nach Dirckgärten vom Bahnhof Alexanderplatz vormittags 8,29, Jannowibridge 8,31, Schleifischen Bahnhof 8,34. Treffpunkt für Radfahrer bei 10 Uhr vormittags Restaurant „Waldburg“ (Znhaber W. Keller) am Bahnhof Dirckgärten. Von 12 Uhr mittags ab Gasthaus zur Raben-

horst Mühle (Znhaber A. Klemm) in Rabenhorst Mühle. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder nächst Angehörigen sowie Freunden der Schule wird erwartet.

Feuerwehbericht. Montag und Dienstag wurde die Feuerwehr mehrere Male alarmiert, um Pferde aus Notlagen zu befreien, Verkehrshindernisse zu beseitigen, Grasbrände zu löschen und Gasexplosionen zu verhüten, die durch Gasauströmungen drohten. U. a. wurde die Wehr dann noch nach der Kaulstr. 27 gerufen, wo ein Küchenbrand ausgekommen war. Ferner hatte die Wehr in der Volkstr. 20 zu tun, wo Spiritus in einer Destillationsbranne, und in der Oranienburgerstr. 5, wo eine Verpackung in Brand geraten war. Zweimal wurde die Wehr nach der Höhenlohestraße gerufen, wo auf einem Müllabladepark Feuer entstanden war. Kohlen brannten in der M. Karlsrufer. 30 und an anderen Stellen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Morgen, Donnerstagabend 9 Uhr, beginnt der Kursus in der 3. Abteilung in Schöneberg bei Obst, Reisingerstr. 8, und in der 4. Abteilung in Lichtenberg bei Piesenhagen, Schornmeierstr. 60. Der Einleitungs-vortrag in jeder Abteilung lautet „Anatomie“ (Bau des menschlichen Körpers). Der Besuch des ersten Abends steht jedem als Gast frei. Einschreibegeld 25 Pf. Wir ersuchen um rege Beteiligung.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung übergab in ihrer letzten Sitzung eine Vorlage des Magistrats betr. Einrichtung eines Spielplatzes an der Rubensstraße zur Abhaltung des Turnunterrichts nochmals einem Ausschuss zur Prüfung. Vom Magistrat sowohl wie von den Rednern der Linken war die sofortige Zustimmung verlangt worden, da durch die Ueberweisung an einen Ausschuss an der Sache nichts geändert, die Errichtung des Spielplatzes aber ganz unnötigermasse hinausgeschoben wird. Der Besitzer des Grundstücks, das augenblicklich unbenutzt daliegt und sich vor seiner Rebauung zu anderen Zwecken schwer verwenden läßt, fordert von der Stadt eine Pacht von 25 Pf. pro Quadratmeter und die Festschließung einer jeberzeitigen dreimonatigen Kündigung.

Sodann machte der Vorkörper die Mitteilung, daß 9 Einladungsarten zur Eröffnungsfeier der Armee- und Marine-Ausstellung der Stadtverordnetenversammlung vom Magistrat zugeandt worden sind. Diese Mitteilung wirkte wie ein Funke im Pulverfaß. Fast alle Redner von der bürgerlichen Seite machten ihrem Unwillen darüber Luft, daß der Stadtverordnetenversammlung eine so geringe Anzahl von Karten zur Verfügung stehen. Sie wandten sich auch gegen den Verteilungsmodus des Magistrats, der 11 Karten für sich behalten habe und nur 9 Karten der Stadtverordnetenversammlung zuteile. Die Verteilung sei willkürlich und sonderbar. Man solle es ablehnen, von den Karten Gebrauch zu machen, und zählte bei dieser Gelegenheit auf, was man alles für die Ausstellung getan habe, und betonte besonders, daß sogar der Bau einer Schule auf ein halbes Jahr wegen der Ausstellung hinausgeschoben werden mußte. Nur zwei Redner suchten die Mehrheit für die Annahme der Einladungsarten zu gewinnen. Stadts. Käter (Soz.) benutzte die Gelegenheit, den bürgerlichen Herren zu zeigen, daß ihnen diese Behandlung ganz zu Recht geschieht. Die Herren geben ja sonst immer bei diesem Kummel durch die und dünn. Redner empfiehlt, auch jetzt hüßlich den Gehorjam zu bewahren und die Einladungen anzunehmen. Die Sozialdemokratie werde, wie stets bei solchen Gelegenheiten, auf die Einladungsarten verzichten. — Die Versammlung beschließt darauf, von den Einladungsarten zur Eröffnungsfeier keinen Gebrauch zu machen, sondern dieselben zurückzugeben.

Bei einer Nachforderung des Magistrats zum Armenetat wird beschloffen, den Magistrat aufzufordern, der Versammlung halbjährlich eine Uebersicht über die Zahl der in Fürsorgeanstalten untergebrachten Zöglinge zugehen zu lassen.

Zugestimmt wird sodann einem Antrage, für die weitere Bearbeitung von Entwürfen zur Verlängerung der Berliner Nord-Süd-Unterpfahlerbahn einen weiteren Vertrag von 6000 M. zur Verfügung zu stellen, ebenso dem Antrage, die neue Unterführung an der Hauptstraße und Straße Parzellationisch auszugestalten.

Eine längere Debatte brachte der Antrag der liberalen Fraktion, auf den Dächern der neuen Schulbauten Spielplätze einzurichten. Während von liberaler und sozialdemokratischer Seite der Antrag wegen der fortwährend steigenden Verteuerung des Grund und Bodens in Schöneberg befürwortet wurde, brachte man von anderer Seite eine Reihe von Einwendungen und Bedenken zum Vorschein. Der Antrag wurde schließlich einem Ausschuss zur näheren Prüfung übergeben.

In letzter Minute war der Versammlung vom Magistrat noch die neue Befolungsordnung der städtischen Feuerwehr zugegangen. Stadts. Käter (Soz.) wandte sich gegen einzelne Bestimmungen derselben, so hauptsächlich dagegen, daß dem Magistrat das Recht gegeben werde, die Gewährung der Alterszulagen auf bestimmte Zeit zu versagen, wenn das dienstliche oder außerdienstliche Verhalten der Angestellten dazu Veranlassung gibt. Redner beantragte, die Befolungsordnung zunächst einem Ausschuss zu überweisen. Die Mehrheit stimmte darauf diesem Antrage zu.

Wannsee.

Von seinem eigenen Wagen überfahren und getötet wurde vorgestern abend gegen 10 Uhr der Kutscher Robert Dreilich aus Wannsee. Er fuhr mit einem mit Mauersteinen beladenen Wagen die Altemannenstraße in Nikolassee entlang, als plötzlich die Ladung ins Kutschen geriet. Der Kutscher wurde durch die Wucht der Steinmassen vom Hof gerissen und stürzte so unglücklich zu Boden, daß er unter den Wagen geriet, dessen Räder ihm über den Kopf hinweggingen. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den eingetretenen Tod feststellen.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

In einer heute abend 8 Uhr im Lokale von Anders an der Bahn stattfindenden Hausväter-Versammlung sollen wichtige Beschlüsse, die Schule betreffend, gefaßt werden. Es werden deshalb die Genossen ersucht, pünktlich amwesend zu sein. Vabekarten der Schulkinder zu verabfolgen, wurde dahin be-

Pankow.

Die Erbauung eines großen Güterbahnhofs ist in der Nähe der Station Pankow-Medow-Schönhausen geplant. Der Eisenbahn-fiskus hat sich hierüber mit der Gemeinde Pankow in Verbindung gesetzt, um von ihr 400 Quadratmeter Land zu erwerben. Die landespolizeiliche Genehmigung durch den Regierungspräsidenten ist bereits erfolgt.

Borgsdorf.

Ein gewaltiges Schadenfeuer brach gestern nacht in Borgsdorf, Bimow an der Nordbahn aus. Auf noch nicht aufgeklärte Weise geriet eine Scheune in dem Dorfe in Brand. Das Feuer gewann so schnell an Ausdehnung, daß es sich nach einer halben Stunde auf alle Gebäude, die bis 120 Meter Entfernung standen, erstreckte. Die Feuerwehren der Ort an der Nordbahn hatten die ganze Nacht über zu tun, um des Brandes Herr zu werden. Menschenleben hat das Feuer glücklicherweise nicht gefordert, doch ist viel Vieh und fünf Kühe sowie zwei Schweine verbrannt.

Oranienburg.

In Flammen aufgegangen und total verbrannt ist auf der Dabel in der Nähe der malerischen Kolonie Fichtengrund bei Oranienburg der Kahn des Schiffers Runge aus Uß. Berliner Ausflügler, die durch den Feuerschein aufmerksam gemacht waren, näherten sich dem Fahrzeug, dessen Vorderteil bereits in Flammen unterteilt verbrannt. — T. G. L., Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärt-

stand und weckte die in festem Schlafe liegende Familie des Schiffers, die sonst unfehlbar verbrannt wäre. Sofort wurden die Feuerwehren der Nachbarschaft requiriert, doch kam jede Hülfe zu spät, die Hülse wurde vollständig ein Raub der Flammen. Das Fahrzeug sowie die aus Zute bestehende Ladung war verlohren.

Potsdam.

Ein Drama zwischen Förker und Wildschützen hat sich am Sonntag früh in dem Walde bei Schloß Lindstedt abgespielt. Wie berichtet wird, soll der Förker Guttanus schon längere Zeit Abgänge im Wildbestand wahrgenommen haben. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag legte sich Guttanus in Gemeinschaft mit dem Wildschützen Gerlach auf die Lauer. Bei Anbruch des Tages trafen sie auf einen bewaffneten Mann. Guttanus blieb zurück in der Meinung, noch Komplizen des betreffenden Mannes aufzuspüren. Währenddessen entspann sich zwischen Gerlach und dem Fremden ein Kampf, wobei der Letztere von einem tödlichen Schuß getroffen zu Boden sank. Bei der Leiche wurde eine auf den Namen Hermann Ebel, Jägerstraße 37 zu Potsdam wohnhaft, lautende Legitimation vorgefunden. Vorher hatte Guttanus noch einen gewissen Karl Schulz festgenommen. Da Sch. festen Wohnsitz hat, wurde er nach Aufnahme seiner Personalien wieder entlassen.

Verfammlungen.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hatte die Angestellten des Kaufhauses des Westens zu einer Betriebsversammlung nach den Praxialen des Westens zusammen gerufen und Hunderte waren diesem Aulse gefolgt. Gerichtet doch unter den Angestellten dieser Firma die größte Empörung über das Verhalten der Chef gegen das Personal. Lebhafteste Schreie ertönten, als die Referentin Kraus von den Massenfindigungen sprach, die am vorigen Mittwo erfolst sind und nach Pfingsten sich natürlich in größerem Maße wiederholen werden. Es handelt sich hier um Personal, das durch das Rodmittel hoher Gehälter aus festen Stellen wegengagiert worden ist, um nun, nach wenigen Monaten schon, entlassen zu werden, weil an den Gehältern geknarrt werden soll. Vielen von denen aber die ihre Kündigung nicht direkt erhalten haben, ist der Vorschlag gemacht worden, um 20 bis 30 M. billiger zu arbeiten. Die Referentin verurteilte den Trick, den die Firma angewendet hat, um gutes Personal zu erhalten, wies dann aber nach, daß das Kapital immer die Tendenz hat, möglichst niedrige Löhne zu zahlen. Diese Tendenz haben wir wirksam sowohl im Warenhand wie im kleinen Geschäft. Deshalb bekämpft der Zentralverband auch das System des Kapitalismus, ganz gleich, ob es sich im Groß- oder Kleinbetriebe äußert, während die Antisemiten die Warenhäuser nur deshalb bekämpfen, weil sie Großbetriebe sind und die kleinen Kaufleute ruinieren. Ein wirkliches Interesse können ja die Antisemiten auch nicht für die Handlungsgehilfen in den Warenhäusern haben, da diese meist Frauen sind und der antisemitische Verband ein Gegner der Frauenarbeit ist. Nachdem noch Mißstände in der Behandlung zur Sprache gebracht waren, wies die Referentin nach, daß nur eine Uebervergütung, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, die Interessen der Handlungsgehilfen wirksam vertreten könne und forderte die Anwesenden auf, sich zu organisieren. Die Diskussionsredner erklärten alle, daß die vorgebrachten Mißstände tatsächlich vorhanden seien, nur davon wollten einige der Redner nichts hören, daß sie sich als Arbeiter fühlen sollen. U. d. o. und die Referentin geißelten diesen Standesdünkel und ein großer Teil der Anwesenden stimmte den Ausführungen durch den Beitritt zum Zentralverband zu.

Vermischtes.

Die Polizeibombe. In Offenbach a. M. platze in der vergangenen Nacht auf dem Gesimse der Polizeiwache I im Hofe des Stadthauses (I) eine aus einem starken Eisenrohr, wahrscheinlich dem Ende eines größeren Gasrohrs gefertigte „Bombe“. Das dicke Sandsteingemische ist der „Offenbach. Jtg.“ zufolge an der Explosionsstelle angeblich völlig zermettert, die Fenster sind, wie behauptet wird, total zersplittert, der Verputz der Mauer ist stark beschädigt. Zahlreiche Sprengstücke flogen in die Nachstraße selbst, die Mehrzahl jedoch auf den Hof, weitere Fensterheben zermetternd und die dahinter befindlichen Drahtgestriche durchlöchernd (I). In der Decke der Nachstraße befinden sich tiefe Löcher, auch sonst sind überall die Spuren der umherfliegenden Sprengstücke bemerkbar. Von den Benannten, von denen merkwürdigerweise niemand im Augenblicke der Explosion in der Nähe der Fenster war, wurde niemand verletzt. Ueber die Täter fehlt jede Spur.

Ein schweres Gewitter mit Hagel und wolkensbruchartigem Regen entlud sich vorgestern in den Abendstunden über die Stadt R a n n - heim und Umgebung. In der Zellstoffabrik Waldhof wurde ein Arbeiter während der Arbeit vom Hagel getötet. In der Rammheimer Kompositfabrik entstand durch Einschlagen eines Hagels ein Brand. Eine Scheuer mit vielen tausenden Jentnern Heu wurde eingestürzt. In Heudensheim und Rheinau gingen Wolkensbrüche nieder, die vielen Schaden anrichteten. Das Wasser stand in den Straßen, Gassen und Höfen bis 1/2 Meter hoch.

400 Gebäude verbrannt — 2000 Personen ohne Obdach. Ein gewaltiges Schadenfeuer hat nach einer Meldung aus Lemberg in Uherenlegabitolske gewütet. 400 Gebäude sind abgebrannt und gegen 2000 Menschen obdachlos geworden. Auch werden Menschenverluste befürchtet.

Ein schauerliches Familiedrama ereignete sich in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag 1/2 Uhr in Dirckheim bei Tutzingen. Der in guten Verhältnissen lebende 24jährige Kaufmann E. Mattes hat seine 31 Jahre alte Ehefrau ertränkt, ihr den Bauch aufgeschnitten, sie mit Benzol übergossen und angezündet. Auch die Betten seiner drei Kinder übergoss er mit Benzol und setzte sie in Flammen. Die Frau ist tot. Von den 1 1/2 bis 4 Jahre alten Kindern kam nur das jüngste mit dem Leben davon. Die Feuerwehr wußte den Brand. Der Täter wurde verhaftet. Wie verlautet, soll der Geiz des Mannes die eigentliche Ursache zu der schaurigen Tat sein.

Ein Straßenbahnunglück. Nach einer Meldung aus Longwy trafen gestern abend an dem Straßenübergange bei Gouaincourt eine Lokomotive und ein Straßenbahnwagen aufeinander. Vier Personen wurden getötet und vier verwundet.

90 Arbeiter in der Grube verbrannt. Bei dem Grubenunglück in Mexiko sind, wie definitiv festgestellt ist, 90 Arbeiter umgekommen, bisher konnten nur 40 Leichen geborgen werden, da die Feuerbrunst in der Grube fort dauert.

Witterungsübersicht vom 14. Mai 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Eintriede	758	SE	2	halb bb.	19	Saparanda	758	D	4	wolfig	2
Darmstadt	759	SE	3	wolfig	17	Veitersburg	761	SE	1	wolff.	3
Berlin	759	SE	3	halb bb.	17	Silly	759	NO	3	Rebel	8
Kraus a. M.	762	SE	3	wolff.	14	Übersee	760	SE	2	Rebel	12
München	768	SE	1	halb bb.	16	Paris	762	SE	2	wolff.	11
Wien	761	SE	1	Rebel	19						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 15. Mai 1907. Blicke heller, aber veränderlich mit etwas Regen, mäßigen südlichen Winden, kühlerer Nacht und langsam steigender Tagestemperatur. Berliner Wetterbureau.